

anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 31. JAHRGANG

189 | September/Oktober 2008 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

www.direkteaktion.org

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Global gegen Starbucks

Beachtliche Mobilisierung am Aktionstag gegen international agierende Kaffeehauskette – und mittendrin die FAU

Am 5. Juli 2008 fand ein „Globaler Aktionstag" gegen den Kaffeebar-Multi Starbucks statt. Im Zentrum der Proteste in knapp 80 Städten rund um den Globus stand die Art und Weise, wie die Kette regelmäßig gegen Beschäftigte vorgeht, die sich gegen ihre Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen. Auslöser für die Aktionen war denn auch die Solidarität mit zwei kurz zuvor gefeuerten GewerkschafterInnen: Monica im spanischen Sevilla und Cole in Grand Rapids, USA. Ein Schwerpunkt der Aktionen war die BRD, wo mehr als 40 Starbucks-Filialen in 16 Städten Besuch von der FAU und UnterstützerInnen bekamen.

Die Bündelung von Protesten und Solidarität in Form eines „globalen Aktionstages" hat es in den letzten Jahren häufiger gegeben. Die weltweiten Aktionen gegen das gewerkschaftsfeindliche Verhalten – das „Union Busting" – von Starbucks stellen jedoch etwas Neues dar, und der Bezug auf die Arbeitsbedingungen macht die Aktionen zu etwas Besonderem, von dem wir hoffen, dass es sich in Zukunft häufiger ereignet. Es hat im Jahre 2002 schon einmal eine global koordinierte Aktion gegeben, die die Arbeitsbedingungen bei einem weltweit agierenden Konzern zum Inhalt hatte. Damals hatte die von der FAU organisierte „Internationale Solidaritätskonferenz" (i2002) in Essen den Grundstein gelegt für einen weltweiten Aktionstag gegen McDonald's Workers' Resistance (MWR). Die Aktionen gegen Starbucks dürften allerdings der bislang erste Versuch sein, koordiniert in einen Arbeitskampf einzugreifen, der in mehreren Ländern gleichzeitig stattfindet.

Im April 2008 wurde die Barista Monica im spanischen Sevilla vom iberischen Starbucks-Lizenznehmer Sigla S.A. gefeuert. Der tägliche Akt kapitalistischer Willkür wäre vielleicht ohne Antwort geblieben, wäre Monica nicht Mitglied der Starbucks-Betriebsgruppe der spanischen Gewerkschaft CNT. Diese forderte sofort die Rücknahme der Kündigung und begann – wie bei AnarchosyndikalistInnen üblich – mit Aktionen Druck auf Starbucks auszuüben.

Zur selben Zeit gab es, einige tausend Kilometer entfernt, noch eine weitere Gewerkschaft, deren Mitglieder ständig im Clinch mit dem Starbucks-Management lagen. In den USA hatten sich etliche Baristas in der Starbucks Workers Union (SWU) organisiert, die den Industrial Workers of the World (IWW) angeschlossen ist. Als Reaktion auf diesen erfolgreichen Versuch, sich organisiert gegen die miesen Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen, hat das Unternehmen in den letzten Jahren wiederholt Mitglieder der SWU gefeuert und wegen unrechtmäßiger Entlassungen auch schon Verfahren verloren. Als im Juni der SWU-Aktivist Cole Dorsey vor die Tür gesetzt wurde, war das Maß voll. CNT und IWW beschlossen, sich gemeinsam zu wehren, und riefen zu diesem Zweck den globalen Aktionstag gegen die Arbeitsbedingungen bei Starbucks und für die Rücknahme der Kündigungen aus. Das Mittel des Aktionstages wurde gewählt, weil allen Beteiligten klar war, dass die gewerkschaftsfeindlichen Praktiken in Spanien und den USA kein isoliertes Phänomen sind und dass man die Angriffe auf Beschäftigte eines „Global Player" am besten auch durch handfeste globale Klassensolidarität beantwortet.

Vielleicht lag der Erfolg der Mobilisierung auch darin begründet, dass Starbucks wenige Tage zuvor mit einem vielbeachteten Paukenschlag einen massiven Abbau von Filialen in den USA und Australien ankündigte – 12.000 Jobs sollten alleine in den USA vernichtet werden. Auf jeden Fall häuften sich in Sevilla und Grand Rapids schon bald die Meldungen von Gewerkschaften und sozialen Aktionsgruppen, die ankündigten, sich am Aktionstag zu beteiligen. Mit der Aktionsform, mit der Möglichkeit, die kämpfenden KollegInnen direkt und überall gegen das Starbucks-Management unterstützen zu können, hatten die OrganisatorInnen offensichtlich ins Schwarze getroffen. Als am Abend des 5. Juli die Meldungen rund um den Globus eintrafen, waren dennoch alle überrascht. Argentinien, Australien, Brasilien, BRD, Chile, Frankreich, Irland, Italien, Japan, Großbritannien, Norwegen, Neuseeland, Österreich, Polen, Schweiz, Serbien, Slowakei, Spanien, Taiwan, USA – immer länger wurde die Liste der Orte, an denen Leute in die Filialen gingen, mit den ArbeiterInnen und KundInnen sprachen, Flugblätter verteilten, Protesterklärungen verschickten.

Derzeit ist noch nicht abzusehen, ob Starbucks sich dem massiven weltweiten Druck beugen wird. Eines aber ist bereits jetzt klar, der Aktionstag hat vielen Menschen gezeigt, welche Bedingungen rund um den Globus bei der Firma herrschen. Er hat aber vor allen Dingen gezeigt, dass es möglich und nötig ist, sich gegen weltumspannende Ausbeuter auch weltumspannend zur Wehr zu setzen und dies nicht nur in Form von Sonntagsreden.

Dass es die kleine aber global vernetzte und kämpferische anarchosyndikalistische bzw. unionistische Gewerkschaftsbewegung war, die dieses Beispiel gesetzt hat, zeigt, welches Potential in ihren Reihen steckt und was sie den trägen Riesenapparaten voraus hat. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass es nötig es ist, den Schritt von den eher symbolischen Solidaritätsaktionen hin zu einer Aktionsform zu machen, die letztlich erheblich effektiver ist: einem global koordinierten Streik von Starbucks-Beschäftigten. In Spanien wurde bereits ein Schritt in diese Richtung gemacht. Als Ergebnis des Aktionstages haben sich Baristas in weiteren Filialen der CNT angeschlossen. Bleibt zu hoffen, dass dieses Beispiel Schule macht.

robot

Für weitere Informationen siehe unser Starbucks-Special auf S. 12 und 13.

Geknechtetes Leben

Die 65-Stunden-Woche kommt zurück. EU-Arbeitsminister verabschieden neue Arbeitszeit- und Leiharbeitsrichtlinie.

Zeiten kommen und gehen – und kommen offensichtlich auch wieder. So auch Arbeitszeiten, die einen eher an Verhältnisse aus dem Frühkapitalismus denken lassen. Denn die maximale Wochenarbeitszeit soll EU-weit auf bis zu 65 Wochenstunden heraufgesetzt werden. LeiharbeiterInnen sollen dabei zumindest die gleichen Rechte wie Festangestellte bekommen, in Wirklichkeit werden sie aber weiter betrogen.

Die Mehrheit der Arbeitsminister der 27 EU-Mitgliedstaaten hat sich am 10. Juli, nach langjährigen Debatten, auf eine Arbeitszeit- und Leiharbeitsrichtlinie geeinigt und sie zum Beschluss an das EU-Parlament weitergeleitet. Im Herbst soll dort über die Richtlinien abgestimmt werden. Die Regierungen von Spanien, Belgien, Griechenland, Ungarn und Zypern übten Kritik an der Arbeitszeitrichtlinie, in der sie sich mehr Schutz der Beschäftigten gewünscht hatten, und forderten das EU-Parlament auf, sich dagegenzustellen.

Die Arbeitszeitrichtlinie

Die konservativen Parteien sowie die englischen und deutschen Sozialdemokraten wollen die Forderung der Unternehmer erfüllen, die bisher zulässige Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche auf bis zu 65 Stunden zu erhöhen. Formell wird die 48-Stunden-Woche zwar als Norm dargestellt, es gibt aber Möglichkeiten, sie zu umgehen, so dass sie de facto wohl abgeschafft und auf 60 bzw. 65 Stunden ausgeweitet wird. Als reiner Hohn müssen die Behauptungen der europäischen Bürokratie und der Bundesregierung gewertet werden, die Direktive, zu der die Arbeitszeit- und Leiharbeitsrichtlinie gehören (2003/88/CE), sei zum Schutz der Arbei-

Fortsetzung auf Seite 4

Catwalk



Freiheit statt Angst!

Auch in diesem Jahr mobilisiert wieder ein breites Bündnis zu einer zentralen Demonstration gegen die ausufernde Überwachung durch Wirtschaft und Staat. Die Forderungen umfassen u.a. die Abschaffung bestehender Überwachungsinstrumente und die Gewährleistung der freien Meinung im Internet. Da niemand, der sich ständig überwacht fühlt, sich unbefangen für seine Rechte und eine gerechtere Gesellschaft einsetzen kann, mobilisieren auch verschiedene FAU-Gruppen zu der Demo.

Start der Demo am 11. Okt. 2008 ist um 14.00 Uhr am Alexanderplatz in Berlin. Weitere Informationen siehe auf Seite 5 dieser Ausgabe.

„The road is made by walking"

In den New Yorker Hafenstadtteilen arbeiten viele ArbeiterInnen über 60h die Woche, weit unter Mindestlohn, ohne Kranken- und Sozialversicherung. Viele von ihnen sind illegal. Ihnen droht bei Aufbegehren nicht nur die Kündigung, sondern auch die Abschiebung. Dennoch haben sich seit 2005 die Beschäftigten mehrerer Lagerhäuser den IWW angeschlossen. Stephanie Basile, Mitglied der IWW New York City, stattet im Sept. der BRD einen Besuch ab und wird über diese Kampagne berichten.

30 min. Vortrag auf Englisch mit dtsch. Übersetzung sowie zwei Aktionsvideos und anschließendem Raum für Fragen und Antworten. Genaueres siehe Termine auf Seite 9.

Kauf Dich glücklich!



Es begann als verwegenes, ja fast aussichtsloses Unterfangen. 30 Jahre später stiftet die FAU immer noch Unruhe unter denen, die zum Kuschen angehalten sind. Nun liegt das erste Buch über die Geschichte der FAU vor, von der Gründung 1977 bis zum «Strike-Bike» 2007. Von einfachen GewerkschafterInnen erarbeitet und mit mehr als 300 Fotos und Reproduktionen ausgestattet, ist es ein lebendiges Beispiel für eine Geschichte von unten. Ein Muss für alle, die mehr wissen wollen über den Anarchosyndikalismus in Deutschland heute.

„FAU. Die ersten 30 Jahre."
Buch, 256 Seiten, EUR 14,50
Gemeinschaftsproduktion von FAU-MAT, Syndikat A & Edition AV
ISBN 978-3-86841-004-4
Bestellungen auf: www.syndikat-a.de

FAU-Ticker

Zu ihrem 10-jährigen Bestehen plant die FAU-Bremen für den November eine anarchosyndikalistische Woche mit vielen Veranstaltungen und einem Konzert mit 44 Leningrad +++ In Köln, Wuppertal, Solingen und Essen gibt es Initiativen zur Gründung von FAU-Syndikaten. Interessierte können sich an die Region-West wenden: reko-west@fau.org +++ Das nächste Regionaltreffen der Region-West wird am 14. September in Aachen stattfinden +++ Seit Mai existiert eine Initiative zur Vernetzung von Jugendlichen und jungen „Erwachsenen" bis ca. 25 Jahren innerhalb der FAU. Vernetzungspunkte gibt es bis jetzt in 10 Städten. Kontakt: jugend@fau.org +++ Der monatliche Newsletter der FAU Hannover kann unter folgender Adresse bestellt werden: hannoverinfo@fau.org +++ Die zweite Lieferung T-Shirts aus der Frauenkooperative „Maquiladora Mujeres de Nueva Vida Internacional" aus Nicaragua ist bei der FAU Hannover eingetroffen. Preislisten können unter folgender Adresse oder bei Café Libertad angefordert werden: fairtrade-hannover@fau.org +++ Die FAU-IAA hat im August 2008 neue Statuten beschlossen. Die neuen Statuten wurden innerhalb der letzten 2 Jahre von einer bundesweiten Arbeitsgruppe verfasst, diskutiert, und schließlich per Referendum knapp angenommen

Kaum war die letzte DA mit ihrem Leitartikel über die aktuelle Armutsdebatte in Deutschland draußen, legte der hauptberufliche Schreibtisch-Noske Thilo Sarrazin auch schon wieder nach und mischte sich ein in die Diskussion, ob ärmeren Menschen in Hinsicht auf die steigenden Energiepreise generell staatliche Hilfe geleistet werden solle. In seiner unnachahmlichen Art erklärte er, diejenigen, die unter den hohen Heizkosten leiden, sollten sich doch einfach mal überlegen, „ob sie mit einem dicken Pullover nicht auch bei 15 oder 16 Grad Zimmertemperatur vernünftig leben können". Seine kalten Küchentipps, wie man von Hartz IV leben und sogar sparen könne, indem man sein kulinarisches Sparprogramm beherzigt, hallten da noch in den Ohrwindungen nach.

Zwei Wissenschaftler von der TU Chemnitz meinten nun, solche fiskalische Perfiditäten noch übertrumpfen zu können: Viel zu viel würden die ALG-II-Empfänger bekommen. Nach ihren Berechnungen betrüge das Minimum einer Existenzsicherung 132 Euro. Angesichts der momentan eklatanten Verschwendung staatlicher Gelder fordern die beiden Sarrazin-Plagiate dann auch eine drastische Kürzung der Regelsätze. Unweigerlich ließ mich das an den Sheriff von Nottingham denken, der den Reichen die Kronjuwelen behütete und sich inbrünstig dafür aufopferte, ob bei den Ärmsten noch ein Geldstückchen unter dem Kopfkissen zu finden ist. Und für den verspürte ich als Kind schon nur Groll.

Farbig male ich mir also aus, wie ich einen Kommandotrupp von Arbeitslosen in Norwegerpullis anführe, Sarrazin und Konsorten entführen lasse und über mindestens zwei Jahre in einem Hartz-IV-Camp, einem Laboratorium unter authentischen ALG-II-Bedingungen einsperre. Mal sehen, ob ihnen das endlich das Maul stopfen würde. Der Vorschlag der Vorsitzenden der Diakonie, Susanne Kahl-Passots, Sarrazin doch mal ein Praktikum im sozialen Bereich machen zu lassen, geht mir nämlich definitiv nicht weit genug.

Erfreulich immerhin, dass sich immer mehr Leute gegen diese Zustände wehren, wenn auch auf die individuelle Art. Fast 62.000 Hartz-IV-Empfänger haben im ersten Halbjahr 2008 gegen ihre Bescheide geklagt. Damit sei die Zahl der Verfahren gegen ALG-II im Vergleich zum Vorjahr um 36,2% gestiegen. Ohne Frage, Unruhe kehrt ein ins deutsche Haus. Mal sehen, ob das weitergeht, wenn wir bald wieder zu Arbeitszeiten aus dem Frühkapitalismus schuften dürfen. Denn um die 65-Stunden-Woche in der EU (siehe S. 1) zu verhindern, bedarf es schon mehr als individueller Klagen. In welche Richtung das gehen könnte und sollte, dafür findet sich ein schönes Beispiel in der Anti-Starbucks-Kampagne und dem globalen Aktionstag vom 5. Juli, dem wir in dieser Ausgabe mit unserem Starbucks-Special (S. 12/13) viel Raum schenken. Der 12. Juli soll auf jeden Fall nicht der letzte Versuch eines international organisierten syndikalistischen Kampfes gewesen sein. Und so laufen bereits in der CNT in Spanien und der FAU Vorbereitungen für eine internationale Kampagne gegen die neue EU-Arbeitszeitrichtlinie.



Soliaktion der FAU Hannover am 1. Juli für die Streikenden bei der Frankfurter Rundschau, deren Warnstreik durch den Streikbruch bei der Verlagsgruppe "Madsack" in Hannover unterlaufen wurde.

Zuletzt sei noch darauf verwiesen, dass es auf dem letzten Bundeskongress der FAU wieder einmal einige Wechsel im DA-Team gab: Das Layout wird bereits seit letzter Ausgabe in Kiel besorgt und unsere Abo-Verwaltung hat, ebenso wie die Glücksfee unseres Kreuzworträtsels, nach München gewechselt; die Redaktionen „Globales" und „Hintergrund" befinden sich nun in Berlin, „Kultur" in Braunschweig und die „Letzte Seite" in Düsseldorf . Dezentraler geht es nicht? Oh doch – wenn auch eher aus der Not heraus. Denn dieses Jahr wird mit viel Abwechslung zu rechnen sein, was die Redaktion „Betrieb und Gesellschaft" betrifft. Diese wird von nun an rotieren und jede Ausgabe von einer anderen Ortsgruppe übernommen werden. Den Anfang macht noch einmal die alte BuG-Redaktion aus Berlin, die sich mit dieser Ausgabe dann auch verabschiedet. Und trotz vieler personeller Wechsel, die DA wird ihrer Linie treu bleiben.

Holger Marcks (Redaktion BuG/Hintergrund)

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg . . Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 15h Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0176) 29475839 (mittwochs nach 15h)
Bielefeld . . . . . c/o Umweltzentrum, August-Bebel Str. 16-18, 33602 Bielefeld. faubi@fau.org, www.fau-bielefeld.de.vu. Treffen jeden 2. und 4. Dienstag im Monat ab 19:30 Uhr im AJZ Kino (Heeper Str.132)
Braunschweig . FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig, <faubs@fau.org>
Bremen . . . . . . FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>, c/o FAU Bremen
Flensburg. . . . . c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Hamburg . . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover . . . . . UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel . . . . FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck . . . . . . Kontakt über Hamburg
Wismar . . . . . . Kontakt über Hamburg

REGION WEST

Aachen . . . . . . FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bochum. . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
Bonn . . . . FAU-OG Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr
Dortmund . . . . c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (Anrufbeantworter), Fax: (0231) 86 30 101, <faudo@fau.org>
Duisburg . . . . . Lokalföderation FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf . . . . FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Krefeld . . . . . . Tel.: (02151) 39 42 70
Moers . . . . c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster. . . . . . FAU Münster, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <faums@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/muenster/static/, Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr. Offene Diskussionsveranstaltung jeden 4. Mi. im Monat, 20 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12

REGION OST

Altenburg . . . . Kontakt über Leipzig
Berlin . . . . Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. U2 Senefelder Platz. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>
Dresden. . . . . . FAU Dresden, c/o Infocafé im AZ Conni, Rudolf-Leonhardt-Straße 39, 01097 Dresden, Präsenzzeit: zweiwöchentlich (ungerade Kalenderwochen) donnerstags 16.00 – 20.00 Uhr, <fau-dd@gnuviech.info>
Frankfurt/O. . . Kontakt über Potsdam
Görlitz . . . . Kontakt über Dresden
Gransee . . . . . . FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft, <faugrs@fau.org>, c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh
Halle/Saale . . . c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-Kontakt
Leipzig. . . . . . . VAB FAU Leipzig, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 16.00–17.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650
Magdeburg. . . . FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Potsdam . . . . . FAU Potsdam, c/o Madia, Lindenstr. 47, 14467 Potsdam. Tel. (0177) 639 50 60, <faupdm@fau.org>, www.fau-potsdam.de.vu, FAU-Café donnerstags von 15-20 Uhr im „KUZE", Hermann-Elflein-Str. 10. Treffen des ASy jeden Fr. 18.00 Uhr im Madia.
Schwarzenberg. Kontakt über Leipzig
Zwickau. . . . . . Kontakt über Leipzig

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich. . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. . . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg. . . . . . FAU-Freiburg, <faufr2@fau.org>,Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 18Uhr,KTS,Baslerstr.103,79100 Freiburg; jeden dritten So.im Monat ab 18Uhr,Fabrik,Habsburgerstr.9,79104 Freiburg.
Gießen. . . . . . . FAU-Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen", Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, <faugi@fau.org>, www.ak44de.vu Jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats. Jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend „Café Sabotage", offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen"
Memmingen . . . FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
Lich. . . . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 1215, 35420 Lich,<fauli@fau.org>
Mainz. . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg. . . . . . faumr@fau.org oder über FAU Lich
Meiningen . . . . FAU Meiningen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
München . . . . . Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0163) 6174227, <faum@fau.org>, www.faum.de. Offenes Büro mittwochs 16–18 Uhr. Allgemeines Syndikat, jeden Mittwoch 18h, <kontakt@faum.de>, (0163) 6174227. Bildungssyndikat, <bildungssyndikat@faum.de>, (0175) 4155326. Gesundheitssyndikat SANITA, <faum14@fau.org>.
Neustadt/W. . . FAU Ortsgruppe, Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern <faunw@fau.org>
Nürnberg. . . . . <faum16@fau.org>
Suhl. . . . . Kontakt über Meiningen
Tübingen . . . . . c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden . . . . GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen
Bildungssyndikate: <bsy-public-info@list.fau.org>, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft:
Berlin-Brandenburg, über Gransee, <gnll@fau.org>

Regionalkoordinationen
Nord: Kiel <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org> | Ost: Potsdam <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M.

Geschäftskommission der FAU-IAA
Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA
Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), z.Zt. ohne Postadresse, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz
FAU-CH. . . . . . . Postfach 580, CH-8037 Zürich
FAU-CH. . . . . . . Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, <bern@fauch.ch>

Österreich
Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, allgemeines@syndikat-wien.org
Allgemeines Syndikat Oberösterreich, c/o Infoladen Wels, Spitalhof 3, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 6932864, syndikat_ooe@linuxmail.org
ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, aswi@lnxnt.org
Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Kontrollierte Defensive

Nach der Schlappe in Berlin geht Verdis Plan, sich als offensive Gewerkschaft zu präsentieren, in die nächste Runde. Die bisherigen Fortschritte fallen mager aus.

Die Erfolge unabhängiger Gewerkschaften in den letzten beiden Jahren haben Verdi zum Umdenken gezwungen. Der überraschend hart geführte Streik im öffentlichen Nahverkehr in Berlin zu Jahresbeginn kann als erste Konsequenz dessen betrachtet werden. Man wollte, man musste der Basis einen Beweis der eigenen Kampfkraft abliefern – und scheiterte kolossal. Der Berliner Senat führte Verdi vor, der zustande gekommene Tarifvertrag unterscheidet sich nur in Nuancen vom vollkommenen Gesichtsverlust. Bisher sind über 1.500 Angestellte im Berliner Nahverkehr der GdL beigetreten, Tendenz: steigend.

Damit hat sich an der Ausgangslage für Verdi kaum etwas geändert. Zurück zum alten Stil, gemütlich hinter verschlossenen Türen sozialpartnerschaftlich etwas auszuhandeln, kann man nicht mehr. Denn alles, was auf diesem Wege noch zu erreichen ist, beschränkt sich auf eine Verlangsamung der Verschlimmerung. Die Zeiten aber, da eine Gewerkschaft in Deutschland ihren Mitgliedern einen neuen Tarifvertrag zu schlechteren Konditionen noch als Erfolg verkaufen konnte – nach der alten sozialdemokratischen Devise, es hätte ja noch viel schlimmer kommen können –, sind endgültig vorbei. Das Gespenst der unabhängigen Kleingewerkschaft, die mit größerer Kampfbereitschaft und besseren Vertragsabschlüssen Mitglieder in Scharen abwirbt, wirft drohend seine Schatten.

Erste Lehren gezogen

Bei den jüngsten Arbeitskämpfen, in die Verdi verwickelt war, wurden erste taktische Konsequenzen sichtbar, die aus der Berliner Schlappe gezogen wurden. Der Streik des Bodenpersonals der Lufthansa zu Beginn der Ferienzeit wurde deutlich anders angegangen. Ganz ausdrücklich wollte Verdi die Fluggäste möglichst wenig treffen und trotzdem genügend Druck auf die Lufthansa ausüben. Gleichzeitig hielt sich Verdi in den Medien verbal zurück und gab sich weitaus moderater als in Berlin. War auch Letzteres taktisches Kalkül, um einen schwachen Abschluss diesmal nicht ganz so peinlich wirken zu lassen? Zweifellos war es diesmal ein bewusster Schachzug, zu Beginn der Hauptsaison mit dem Säbel zu rasseln, ebenso, wie rechtzeitig einzulenken, bevor tausende deutsche Urlauber in überfüllten Wartehallen sitzen und Verdi verfluchen. Gelungen ist dieser Spagat, sowohl den Arbeitgeber einzuschüchtern als auch die Bevölkerung nicht gegen sich aufzubringen, nicht. Der erzielte Abschluss von 5,1% mehr Lohn für das zweite Halbjahr 2008 und nochmals 2,3% für 2009 ist nicht eben ein glorreicher Erfolg. Aber da Verdi hier im Vorfeld den Mund nicht mehr ganz so voll genommen hatte, wirkt das ganze auch nicht allzu peinlich.

„Einsatzhuhn Olga"

In Berlin, wo Verdi nun ein gebranntes Kind ist, geht man es ähnlich wie im Fall der Lufthansa an, nur noch um eine Variante erweitert. Im Öffentlichen Dienst streikt und verhandelt Verdi im Verbund gemeinsam mit der Bildungsgewerkschaft GEW und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), bei der auch viele Feuerwehrleute organisiert sind. Dieser Streik wird so leise geführt, dass die Öffentlichkeit kaum davon Notiz nimmt, vor allem (noch) keine nennenswerten Behinderungen zu spüren bekommt. „Geduld" lautet das Zauberwort, das Verhandlungsführerin Westhoff (Verdi) als Parole vorgegeben hat. Man streikt mehr im Verborgenen, und während der Sommerzeit wurde der Streik erst einmal ausgesetzt. Druck soll ganz langsam aufgebaut werden, so dass man schön alles unter Kontrolle hat und man sich nicht wieder vom Senat überrumpeln und von Innensenator Sarazin vorführen lässt. Ob das gelingt, ist fraglich. Nicht nur, weil man mit der GdP einen sehr, sehr seltsamen Partner ins Boot geholt hat. So hat sich die Berliner Polizei konkret auf Bürgermeister Wowereit versteift und war nur mit Mühe davon abzuhalten, mit hunderten uniformierten KollegInnen dessen Privathaus zu belagern. Verstörend auch die Kampagne der GdP, in der das „Einsatzhuhn Olga" (sic!) als Gummitier am Galgen baumelt. Man möchte lieber nicht darüber nachdenken, woran das alles erinnert...

Auf der anderen Seite ist die Geduld der Kollegen und KollegInnen im Öffentlichen Dienst in Berlin bereits arg strapaziert. Verdi verhandelt – leise und geduldig – bereits seit zwei Jahren (!) mit dem Senat, ohne greifbaren Erfolg.

Selbstverschuldetes Dilemma

Bei Verdi hat man begriffen, wie wichtig es ist, nennenswerte Abschlüsse zu erzielen, dass man dafür Druckpotential aufbauen und einsetzen und – gerade im öffentlichen Bereich – Rücksicht auf KonsumentInnen nehmen muss. Die gezogenen Konsequenzen wirken teils halbherzig, teils zaudernd, und haben im Fall des Lufthansa-Streiks keinen ernsthaften Fortschritt gegenüber dem Fiasko von Berlin erbracht. Sicherlich offenbart sich hierin die tatsächliche Laienhaftigkeit der Verdi-Führung, der es an Streikerfahrung und probaten Kampfstrategien mangelt. Doch auch wenn sich die Supergewerkschaft sichtbar bemüht, aus Fehlern zu lernen, wird das allein nicht reichen. Denn die Ursachen für die Defensive, in die der DGB geraten ist, sind zu einem großen Stück hausgemacht.

Skandale um Gewerkschafter, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in Aufsichtsräten standen, beschädigen dauerhaft die Glaubwürdigkeit des DGB. Und wenn etwa Verdi-Boss Bsirske verwundert erklärt, es sei doch „ganz normal", wenn er von derselben Fluglinie, gegen die die Gewerkschaft, der er vorsitzt, gerade streikt, einen Gratisflug erster Klasse nach Los Angeles nutzt, hat er eben – und leider – recht. Drollig wie tragisch denn auch der Kommentar der Tageszeitung, die das prominente Grünen-Mitglied in Schutz zu nehmen versucht: die Kritik an Bsirskes Doppelmandat sei lächerlich, denn „zu Ende gedacht hieße das, ein Gewerkschafter könnte kein Aufsichtsrat mehr werden, da er im Streikfall in einen Interessenkonflikt geraten könnte". Nein! Zu Ende gedacht heißt das, es ist ein Interessenkonflikt, immer und in jedem Fall, nicht nur wenn gestreikt wird. Die Chuzpe, mit der immer noch vom DGB die institutionalisierte Korrumpiertheit von GewerkschafterInnen als Errungenschaft verteidigt wird, zeugt schon von einer gehörigen Portion Realitätsverlust. Niemand scheint dort zu begreifen, dass sie längst viel zu eng mit Mechanismen des Kapitals verwoben sind (siehe Hintergrund auf S. 10-11) und sie sich durch gesetzliche Regelungen, wie dem Verbot von politischen und Solidarstreiks, die sie entscheidend mitbewirkten, selbst des nötigen Handlungsspielraumes beraubt haben.

Paradoxerweise könnte das Entstehen bzw. Erstarken alternativer Kleingewerkschaften dabei helfen, diese systemische Schwäche zu überwinden und auch Verdi langfristig stärken.

Die französischen Verhältnisse kommen

Im Bereich der Luftfahrt ist die Macht des DGB als Einheitsgewerkschaft längst gebrochen. Neben der schon etablierten „Pilotenvereinigung Cockpit" ist nun die Gewerkschaft der Stewards und Stewardessen UFO (Unabhängige Flugbegleiter Organisation) ein weiterer Faktor im Arbeitskampf. Die 1992 von Verdi abgespaltene (woran erinnert uns das bloß?) Kleingewerkschaft zählt nach eigenen Angaben 10.000 Mitglieder und verfügt über ein beachtliches Druckpotential (man vergesse nicht, dass FlugbegleiterInnen nicht nur für den Service, sondern auch für Sicherheit zuständig sind). UFO hielt sich bei den Verhandlungen Verdis mit der Lufthansa zurück, um nach dem Abschluss zu erklären, diesen nicht übernehmen und nächstes Jahr selbst für mindestens 15% Lohnerhöhung streiken zu wollen. Und die Erfolgschancen stehen nicht schlecht.

Der Lufthansa-Vorstand stöhnte schon über die entstandene Situation, wo es mit mehreren Gewerkschaften viel schwieriger geworden ist, (günstige) Abschlüsse zu erzielen. Nebst den üblichen Drohgebärden (wenn Lohnerhöhung, dann Stellenabbau) mahnte die Lufthansa nun an, man müsse neue Wege und Regelungen finden, und schlug z.B. einen „Runden Tisch" vor, an dem alle zuständigen Gewerkschaften beteiligt sind, oder ein Schlichtungsverfahren vor Streiks nebst einem entsprechenden Streikverbot bis zum Schiedsspruch. (siehe "Liberale Rufe nach Vater Staat" auf S. 4) Das sind erste und durchaus hilflose Reaktionen, die zeigen, dass die aufkeimende Auffächerung der deutschen Gewerkschaftslandschaft nicht zu einer Schwächung, sondern vielmehr zu einer Stärkung der Position der Lohnabhängigen führt. Keine Gewerkschaft kann es sich mehr leisten, mit dürftigen Abschlüssen die Basis zu verprellen. Dass 49% der Verdi-Mitglieder bei Lufthansa gegen die neue Tarifvereinbarung stimmten, dürfte im ganzen DGB die Alarmglocken unausgesetzt schellen lassen. Ein derart starkes Aufbegehren der eigenen Basis hat es selten gegeben.

Matthias Seiffert

Kolumne Durruti



„Sie möchten was bitte?" Der Beamte hinter seinem Schreibtisch schaut mich mit großen Augen an. „Meinen eigenen Staat gründen", wiederhole ich mein Anliegen. „Jajaja, ich habe Sie schon verstanden. Soll das ein Scherz sein?" Ich setze einen beleidigten Gesichtsausdruck auf. „Das hier ist das Grundbuchamt, junger Mann, Sie können hier keinen ... Das ist doch wohl wirklich ..." Plötzlich klart sich sein Ausdruck auf. „Wenden Sie sich an die Vereinten Nationen, ich kann ihnen nicht weiterhelfen. Und jetzt bitte, ich habe zu arbeiten." Sichtbar erleichtert, mich so einfach loswerden zu können, geleitet er mich zur Tür, sein Vorschlag allerdings wird nur eine Straßenbahnfahrt später in die Tat umgesetzt. Ein förmliches Schreiben informiert alsdann den UN-Sicherheitsrat über meine Pläne, den mir zur Verfügung stehenden Lebensraum (sechzig Quadratmeter inklusive Balkon) als mein Staatsgebiet auszurufen und so das unabhängige Königreich Kleinwohnistan (der Name war ein Schuss aus der Hüfte) zu begründen, rechtskräftig falls nicht binnen vierzehn Tagen Widerspruch eingelegt wird. Marke drauf und ab in den Briefkasten, zwei Wochen später große Krönungszeremonie: die Merkel war eingeladen, kam aber nicht, Bush genauso; die außenpolitischen Beziehungen scheinen von Anfang an belastet zu sein. Zwei bis zwanzig Leute kommen dann aber doch, als ich mich zum Großherrlichen König von seiner selbst Gnaden ausrufen lasse. Danach ist erstmal Aufräumen angesagt.

Aus statistischer Sicht lässt sich der neue Staat gut an: niemand ist unter der Fünfzig-Prozent-Armutsgrenze, die überwältigende Mehrheit der Einwohner hat einen hohen Bildungsabschluss, die Verschuldung ist moderat. Das ändert sich schlagartig, als ich am nächsten Morgen eine Ameisenkolonie im Balkonkasten finde. Illegale Einwanderer! Tausende! Ich verzichte erst einmal darauf, sie auszuweisen, immerhin macht es mich auch ein wenig stolz, in einem Staat zu leben, der so viele anzieht. Doch bald tauchen die ersten Schwierigkeiten auf. Da Kleinwohnistan über keinerlei Industrie und kaum Landwirtschaft verfügt – von einem Tomatenstock auf dem Balkon mal abgesehen –, muss so gut wie alles importiert werden; für die nötigen Devisen muss ich meine Arbeitskraft exportieren, was meine Regierungsfähigkeit stark einschränkt. Meine neuen Bürger tragen so gut wie nichts zum Bruttosozialprodukt bei, stattdessen fallen sie über die teuer eingeführten Nahrungsmittel her. Als ich versuche, ihnen Einhalt zu gebieten, werden sie zunehmend militant. Auch mein Angebot demokratischer Beteiligung findet wenig Anklang. Bald finde ich einige, die sich mittels gestohlener Hefe selbst in die Luft gesprengt haben. Das macht mir Angst: Wenn der Bush erfährt, dass ich Terroristen beherberge, werde ich sicher bald bombardiert. Und das will ja nun niemand. Eine Lösung muss her, und zwar schnell!

Die erscheint in Form der örtlichen Schrebergartensiedlung. Dort wohnen Wilde. Nur mit Feinrippunterhemden und Sandalen bekleidet und kaum des sprachlichen Ausdrucks fähig, harren sie aus, bis ihnen jemand endlich Zivilisation und etwas Ordentliches zum Anziehen bringt. Und zumindest zu Ersterem fühle ich mich berufen. Hier also der Plan: Mittels einiger schweizerischen Soldtruppen und ein- bis zweitausend meiner eigenen, zwangsrekrutierten Bürger (es gab viel Tumult bis ich sie endlich in der Kaserne, einer alten Tupperwaren-Dose, hatte) eines oder mehrere Gartenareale besetzen, den Eingeborenen ein wenig aus dem Faust vorlesen und ihnen anschließend zeigen, wie sie mittels Fruchtwechselwirtschaft und dem Verzicht auf unnötige Rasenflächen ihre Produktivität soweit erhöhen können, dass nicht nur ihr neuer Kolonialherr, ich, davon profitiert, sondern auch die bis zu zehntausend Siedler, die sich demnächst dort niederlassen werden.

Lesen Sie demnächst: Das Commonwealth Großwohnistan, die Industrialisierung, außenpolitische Weltuntergangsstimmung und Versuche mit der Anreicherung von Uran.

Christian Schmidt

TERMINE

Berlin

Sa. 18. Okt., 14.00 Uhr
Fritz-Reuter-Allee/Ecke Stavenhagener Str. (Treffpunkt)
DenkMalTour: Rudolf Rocker, die Hufeisensiedlung und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus
Historischer Stadtrundgang durch Berlin-Neukölln. Mit Referenten der FAU Berlin.

Düsseldorf

Sa. 27. September
Ortsangabe nach Anmeldung
Tagesseminar: Einführung in das kollektive Arbeitsrecht
Schwerpunkt Betriebsrat. Unkostenbeteiligung auf Spendenbasis. Anmeldung über faud@fau.org.

Frankfurt

Di. 14. Okt., 19.30 Uhr
Mühlgasse 13
Lesung: "FAU – Die ersten 30 Jahre"
Die Geschichte der Freien ArbeiterInnen-Union von 1977 bis 2007. Lesung des Autors Roman Danyluk im Rahmen der Gegenbuchmesse.

Hannover

Di. 30. Sept., 20.00 Uhr
UJZ, Kornstrasse 28-30
Diskussion: Solidarische Ökonomie und Selbstverwaltung I
Mit Film zur Strike-Bike-Kampagne und Vorstellung des Vertriebs fair gehandelter und ökologischer Kleidung der FAU Hannover sowie des selbstverwalteten UJZ Korn.

So. 19. Okt., 16.00 Uhr
UJZ, Kornstrasse 28-30
Kultur: Anarcho-Poetry
Mit R. Burnicki und Kängi an der Gitarre

Mo. 27. Okt., 20.00 Uhr
Café hanOMacke, Königsworther Platz 1
Vortrag: Solidarische Ökonomie und Selbstverwaltung II
Chancen und Ansätze im Web 2.0

Mülheim a.d.R.

Fr. 10. Okt, 19.30 Uhr
Autonomes Zentrum, Auerstr. 53
Buchvorstellung: „Neuer Anarchismus in den USA"
Mit Autor Gabriel Kuhn.
Veranstalter: FAU Duisburg.
Anschließend ab 21.00 Uhr
Konzert und Soli-Party
Zur Deckung der Gerichtskosten eines antifaschistischen FAU-Aktivisten

Weitere Termine auf Seite 9

Zahlen, bitte!



Das ist Geld wert

Mitte August meldete das Statistische Bundesamt einen durchschnittlichen Preisanstieg von 9,9% im Vergleich zum Vorjahr. Zuletzt waren die Preise binnen eines Jahres Anfang der 1980er so stark gestiegen. Die Statistiker machten v.a. Energie und Brennstoffe als Preistreiber aus, danach rangierten Getreide und Futtermittel, gefolgt von Industrie-Rohstoffen sowie Obst und Gemüse: Inflation in voller Blüte.



Kein Niedergang der Industrie

Den Warnungen vor einem Niedergang des „Industriestandorts Deutschland" zum Trotz verlor die Industrie in den letzten 15 Jahren keineswegs an Bedeutung. Das teilte das Statistische Bundesamt bereits im April mit. Das verarbeitende Gewerbe stellte, wie 1993, auch 2007 fast 25% des Bruttoinlandsprodukts. Die Produktivität in der Industrie stieg in diesem Zeitraum um 3,8% pro Jahr – die Lohnentwicklung blieb mit 2,9% deutlich dahinter zurück.



Streiks in Deutschland

Die Republik sah 2007 so viele Streiks wie seit 1993 nicht mehr. Bereits Mitte 2008 ist die Vorjahresquote überschritten, meldete die Frankfurter Rundschau. Konkrete Zahlen zu nennen, ist indes schwierig: Die Bundesagentur für Arbeit, die die offiziellen Zahlen (286.000 Ausfalltage für 2007) liefert, ist für statistische Schönheitsoperationen bekannt. Die verschiedenen Gewerkschaften rechnen ihrerseits bereits Warnstreiks hinzu (500.000 für 2007). Nach Angaben des unternehmernahen Instituts der deutschen Wirtschaft sei die 500.000er-Marke 2008 bereits überschritten. Zumindest der Trend ist unverkennbar.

Zusammenstellung: AE

Fortsetzung von Seite 1

terInnen und ihrer Gesundheit gemacht.

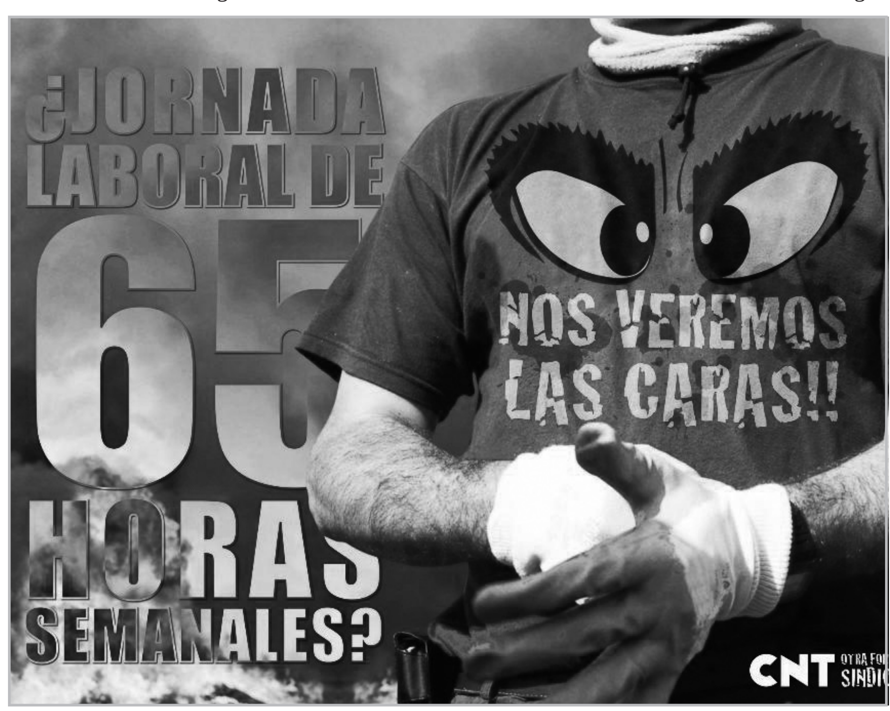
„Der letzte offene Punkt, den der Rat gelöst hat, war die sogenannte „opt-out Regelung", d.h. die Möglichkeit, dass die maximale wöchentliche Arbeitzeit (48 Stunden) nicht gilt, wenn der Arbeiter einer längeren Arbeitszeit zustimmt", heißt es in einer Erklärung. Macht jemand von dieser Möglichkeit Gebrauch, kann die wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 60 Stunden ausgedehnt werden. Neben dieser individuellen „freiwilligen" Überschreitung der 48-Stunden-Woche stellt der sog. Bereitschaftsdienst einen anderen wichtigen Punkt in der Arbeitszeitrichtlinie dar. Unter Bereitschaft wird die Zeit verstanden, in der Beschäftigte am Arbeitsplatz zur Verfügung stehen müssen, um bei Bedarf des Unternehmers bestimmte Arbeiten auszuführen. Im Hinblick auf die Bereitschaftszeiten macht die Richtlinie eine trickreiche Unterscheidung zwischen „aktiver" und „inaktiver" Zeit.

Damit sollen die Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) ausgetrickst werden. Der EuGH hielt in zwei Urteilen (Simap/Jäger) fest, dass Bereitschaft prinzipiell als Arbeitszeit zu gelten habe, da die Beschäftigten im Betrieb anwesend sein müssen, falls ein Notfall auftritt. Diese Urteile brachten die EU-Staaten vor allem im Gesundheitsbereich in Schwierigkeiten, da die Ärzte in fast allen Krankenhäusern der Union illegalerweise länger als erlaubt arbeiten müssen.

Es wurde daher die sogenannte „inaktive" Bereitschaft erfunden, ein Zeitraum, in dem der Beschäftigte die Verpflichtung hat, am Arbeitsplatz zur Verfügung zu stehen, vom Arbeitgeber aber nicht zu Tätigkeiten eingesetzt wird. Die „inaktive" Bereitschaft auf Abruf soll EU-weit nicht als Arbeitszeit anerkannt werden, außer einzelstaatliche Gesetze oder Regelungen, ein Tarifvertrag oder eine Vereinbarung zwischen den „Sozialpartnern" sehen dies ausdrücklich vor. Dagegen soll die „aktive" Bereitschaft, bei der es am Arbeitsplatz auch zum Einsatzfall kommt, als Arbeitszeit gewertet werden.

Die maximale wöchentliche Arbeitszeit bleibt also auf dem Papier bei 48 Wochenstunden, inklusive Überstunden und „aktiver" Bereitschaft. In den Ländern, in denen nur die „aktive" Bereitschaft als Arbeitszeit gilt, ist die 60-Stunden-Woche möglich, wenn über einen Zeitraum von drei Monaten der Arbeitsdurchschnitt bei 48 Stunden liegt. Das kann per Tarifvertrag oder durch eine Vereinbarung der „Sozialpartner" aber noch verschlechtert werden. Falls willige Gewerkschaften mitspielen und entsprechende Tarifverträge unterschreiben, kann ein Durchschnittszeitraum von zwölf Monaten vereinbart werden. Die christlichen Pseudo-Gewerkschaften und auch Verdi werden sich wohl nicht lange bitten lassen. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass sich in einem Land keine Gewerkschaft findet, die solche Verschlechterungen unterschreibt, kann die 12-Monats-Regelung auch per Gesetz, nach Gesprächen mit den „Sozialpartnern", eingeführt werden.

Wenn bei ArbeiterInnen die „inaktive" Arbeitszeit während des Bereitschaftsdienstes auf die Arbeitszeit angerechnet wird und es keinen Tarifvertrag gibt, kann eine maximale wöchentliche Arbeitszeit von 65 Stunden gelten, wenn es auch im Durchschnitt über drei Monate gerechnet wieder 48 Stunden sein müssen.



Kampagnenbild der CNT zur 65-Stunden-Woche

Die „Zeitarbeits"-Richtlinie

LeiharbeiterInnen sollen vom ersten Tag an grundsätzlich die gleichen Rechte in den Betrieben bekommen wie die fest angestellten KollegInnen. Diese Gleichstellung kann verhindert werden, wenn willige Gewerkschaften mit den Bossen Verschlechterungen durch einen Tarifvertrag vereinbaren.

In Deutschland wird es daher keine großen Änderungen geben. Hier wurde bereits im Rahmen der Agenda 2010 der Grundsatz der gleichen Bezahlung und Behandlung (equal pay – equal treatment) von LeiharbeiterInnen beschlossen, durch die DGB-Tarifgemeinschaft, unter der Führung von Verdi, wurden den LeiharbeiterInnen diese Rechte per Tarifvertrag mit den Verbänden der Leiharbeit (BZA/iGZ) jedoch wieder genommen. Der Betrug um die gleichen Bedingungen für LeiharbeiterInnen findet in Deutschland durch einen Nebensatz im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) statt: „Ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen. Im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrages können nicht tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Anwendung der tariflichen Regelungen vereinbaren."

Damit kann die gleiche Bezahlung und Behandlung durch Verschlechterungstarifverträge außer Kraft gesetzt werden. Das Besondere ist dabei, dass üblicherweise die Leistungen aus Tarifverträgen nur den Mitgliedern der abschließenden Gewerkschaft zugute kommen; in diesem Fall können die Verschlechterungen aber allen Beschäftigten der Branche aufgezwungen werden.

In der EU-Leiharbeitsrichtlinie soll die weitere Schlechterstellung der LeiharbeiterInnen durch eine Formulierung im Artikel 5 (Abs. 3) sichergestellt werden, die mit der deutschen Regelung fast identisch ist. Für Staaten, in denen Tarifverträge unüblich sind, wird sicherheitshalber mit Artikel 5 (Abs. 4) die Möglichkeit geschaffen, LeiharbeiterInnen auch durch landesweite Vereinbarungen der „Sozialpartner" um ihre Rechte zu betrügen. Das deutsche Modell, Rechte auf dem Papier zu gewähren, um sie dann durch Vereinbarungen mit gefälligen Gewerkschaften wieder außer Kraft setzen zu lassen, soll damit europäischer Standard werden.

Welche Chancen wir haben, die Arbeitszeitrichtlinie zu verhindern, werden die nächsten Monate zeigen. Die CNT bereitet derzeit jedenfalls eine Kampagne in Spanien vor.

kc

Keine Arbeit ohne Lohn!

Üble Spielchen auf dem Bau

Ende Juli versammelten sich knapp 50 Arbeiter vor der Passauer Baufirma Berger Bau. Deren Geschäftsleitung hatte den rumänischen Bauleuten die Abschiebung angeboten, war aber nicht bereit, die ausstehenden Löhne von insgesamt 130.000 Euro auszuzahlen. Bis dahin hatten die Arbeiter auf dem MAN-Gelände in Nürnberg gearbeitet, in Diensten eines Subunternehmens für Berger Bau. Nachdem das Sub offiziell Konkurs anmeldete, muss nun eigentlich der Generalunternehmer für Forderungen geradestehen – aber Berger Bau spielt auf Zeit und will das Verfahren vor dem Arbeitsgericht abwarten, vorher könne man nur die Kosten für einen Bus nach Rumänien übernehmen. Ein Hohn für die inzwischen verschuldeten Arbeiter, die sich an den Europäischen Verband der Wanderarbeiter (EVW) wandten und nun auf gewerkschaftliche Aktivitäten setzen. Das Motto: Keine Arbeit ohne Lohn! Mit der Protestaktion vor Ort ließ sich Berger Bau zumindest zu einer Abschlagszahlung von 700 Euro pro Person bewegen – gut 100.000 Euro stehen aber noch aus. (AE)

Arbeit hinter Gittern

Ein kleines Schlaglicht auf das Leben hinter Gittern warf Anfang August der einwöchige Hungerstreik von mehr als 500 Gefangenen in 29 Knästen. Die Einsitzenden forderten die Abschaffung der Haftkosten, der Isolationshaft und der Sicherungsverwahrung sowie ein Ende der Überbelegung der Zellen. Die Situation der etwa 75.000 Gefangenen in diesem Land ist weitgehend unbekannt, in die Öffentlichkeit rücken sie meist nur mittelbar: durch die Gefängnisbauten selbst und durch Knast-Shops (siehe DA Nr. 187). Über diese Shops vertreiben die staatlichen Knastverwaltungen die Produkte, die von den Gefangenen hergestellt wurden. Denn für sie herrscht Arbeitspflicht, die Entlohnung dabei ist allenfalls symbolisch. Im Frühjahr 2008 sind spärliche Informationen über das Ausmaß dieses Sektors der Lohnsklaverei bekannt geworden: NRW-Justizministerin Müller-Piepenkötter bestätigte, dass 2007 allein von den Gefangenen des Landes Nordrhein-Westfalen 44,9 Mio. Euro Umsatz erwirtschaftet wurden. Die Arbeit der Gefangenen habe nicht nur „pädagogischen Charakter", sondern solle auch zur „Selbstfinanzierung der Anstalten" beitragen. (AE)

Vorenthaltene Urlaubsansprüche

Auch die Vorenthaltung von Ansprüchen über den Basislohn hinaus kann als ein Fall von unbezahlter Arbeit betrachtet werden: Unter dem Strich wird die Gesamtarbeit nicht angemessen honoriert, egal in welcher Form; umgerechnet wird ein angenommener Teil der Arbeit indirekt umsonst erbracht. Im Juli klagte deswegen ein Mitglied der FAU Berlin vor dem Arbeitsgericht gegen seinen ehem. Arbeitgeber (PromarktOnline) und forderte eine Entschädigung für nicht ausgezahlte Urlaubsansprüche (für 8 Monate). In einer Güteverhandlung schlug die Richterin zunächst einen Vergleich über die Hälfte der Ansprüche vor. Eine Zustimmung des Arbeitgebers steht noch aus. (HM)

Weiteres zu unbezahlter Arbeit siehe auf: www.keine-arbeit-ohne-lohn.de



Liberale Rufe nach Vater Staat

Die Debatte über die Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheit in Deutschland

Dass er kein Rufer in der Wüste ist, dessen war sich Lufthansa-Arbeitsdirektor Lauer wohl sicher, als er für die konzerneigene PR-Zeitung „Lufthanseat" zur Feder griff. Anfang August, als Arbeitskämpfe mehrerer Gewerkschaften die Flugzeuge an den Boden fesselten, nahmen v.a. konservative Presseorgane den Ball gern auf: Der Manager forderte, sekundiert vom Vorstandsvorsitzenden Mayrhuber, einen „Verhaltenskodex" der Gewerkschaften. Nein, er stelle keine Forderung, sondern unterbreite einen „Vorschlag":

Die Gewerkschaften ver.di, Cockpit und UFO sollten sich mit der Unternehmensspitze zu einem „Dialog am runden Tisch" zusammensetzen und eine Schlichtungsregelung vereinbaren. Bevor die Beschäftigten ihre Macht einsetzen, solle es künftig immer eine Mediation mit „neutralen Dritten" geben. Schließlich kam Lauer denn zum Punkt: Für die Lufthansa sei es ganz „wichtig, dass Streiks rechtzeitig angekündigt werden". So simpel naiv und scheinfreundlich Lufthansa sich gibt, so schnell ist der Holzhammer hervorgeholt: Sollten diese Gespräche zu keiner Einigung führen, müssten Gesetze her. Es bestehe „dringender Handlungsbedarf" für die Politik.

Ganz offensichtlich sieht man sich in den Chef-Etagen als Opfer eines aufkeimenden Gewerkschaftspluralismus. Erst der ver.di-Streik Anfang August, zeitgleich Warnstreik in einer Tochtergesellschaft (CityLine) der Cockpit-Mitglieder, und für Anfang 2009 werden ebenfalls Streiks im Zuge von Verhandlungen zwischen UFO und Lufthansa erwartet.

Dem Lamento schlossen sich an: Dieter Hundt (BDA), Vertreter des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), der FDP sowie weitere Konzernvorstände (Fraport). Auch Bahn-Boss Mehdorn dürfte heimlich auf Bruderschaft trinken, hatte er doch bereits in seinen Kanzlerbrief vom November 2007 einen „Ordnungsrahmen zum Erhalt der Tarifeinheit" angemahnt. Indes war sich SPD-Abgeordneter, „Wirtschaftsexperte" und ver.di-Mitglied Rainer Wend nicht zu schade, medienwirksam Beifall zu klatschen und sogar eine Verfassungsänderung zur Einschränkung der Tarifautonomie durch Tarifgemeinschaft oder Vertretungsmonopole zu fordern. Es sei "dauerhaft nicht hinnehmbar", wenn sich Streiks durch die Konkurrenz von Gewerkschaften hochschaukelten.

Tatsächlich steigt die Zahl der Streiks seit 2006, liegt im europäischen Vergleich aber noch immer auf niedrigem Niveau. Im selben Jahr setzten die ÄrztInnen ein Fanal gegen die Lohnbescheidenheit der DGB-Gewerkschaft – die sog. „Spartengewerkschaften" sind seither im Aufwind und auch der DGB gibt sich kämpferischer. Kaum kommt also ein bisschen Bewegung in die hiesige Tarif- und Gewerkschaftslandschaft, schon fällt den Herren Unternehmern nichts anderes mehr ein als der Ruf nach dem Staat.

Die DGB-nahe Böckler-Stiftung und Arbeitsrechtler hielten derweil gegen: Eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit (GG §9 Abs. 3) sei nicht gerechtfertigt. Das eigentliche Problem sei vielmehr die Unterbietung von Tarifnormen, etwa durch christliche Gewerkschaften. Zudem sei das Potential der Spartengewerkschaften begrenzt. Das sieht auch die Regierung derzeit ähnlich. Damit war das Thema erst einmal gegessen – ausgeschlossen ist indes nicht, dass es im Wahlkampf nochmal hochkommt. Zudem sei dahingestellt, ob der Lufthansa-Vorstand mit einer Einheitsgewerkschaft glücklicher würde, wo schon jetzt nur 51% der ver.di-Mitglieder im Konzern den neuen Tarif akzeptieren wollten. Und dennoch ist es bezeichnend, dass sich die Unternehmer wegen der von Spartengewerkschaften losgetretenen Aktivitäten endlich besorgt fühlen. Als die Einheitsgewerkschaft die Zügel noch fest in der Hand hielt, wog man sich jedenfalls noch in Sicherheit.

André Eisenstein

Gläserne Zeiten

Zentrale Arbeitszeiterfassung: Wie die Organisationsreform der Unfallversicherung ein Überwachungsinstrument wird

Ein neuer Monat, eine neue Überwachungsmaßnahme: Am 25. Juni wurde die Organisationsreform der Unfallversicherung beschlossen. Diese soll eigentlich der Straffung des berufgenossenschaftlichen Systems dienen. Aber neben Neuerungen, wie z.B., dass die Berufsgenossenschaften von 23 Stück auf neun reduziert werden, oder der Verringerung der Erwerbsminderungsrenten, wurde eine zentrale Erfassung der in der BRD geleisteten Arbeitszeit beschlossen.

Ganz konkret heißt das, dass jeder Betrieb Stechuhren oder andere Systeme einführen muss, mit denen die Arbeitszeiten genau protokolliert werden sollen. Die daraus gewonnenen Daten müssen dann an die jeweilige Krankenversicherung weitergegeben werden, und die wiederum gibt die Daten an die Rentenversicherung und die Träger der Unfallversicherung weiter. Diese berechnen nun anhand der Arbeitszeit und der Gefahrenklasse der Arbeit einen Beitrag, den der Arbeitgeber zu zahlen hat.



Die somit entstehende Datenbank bietet tiefen Einblick in das Leben der ArbeiterInnen, da darin nicht nur steht, wie viel jeder Arbeiter und jede Arbeiterin in der BRD arbeitet, sondern auch vermerkt wird, welche Tätigkeiten verrichtet werden, um damit die Gefahrenklasse zu bestimmen. Im Gegensatz zu der alten Regelung werden die Informationen nicht mehr betriebsweise weitergegeben, sondern individuell durch jeden Arbeiter. Dies und die zentrale Sammlung der Daten erlaubt eine Verbindung und den Abgleich mit anderen Datenbanken. Werden die Daten der „Zentralen Arbeitszeiterfassung“ z.B. mit der neu eingeführten Job-Card kombiniert, kommt jeder, der auf die Job-Card zugreifen darf, an umfangreiche Informationen über den Besitzer. Die Verwendungsmöglickeiten der Informationen sind im Moment noch so eingeschränkt, dass eine solche Kombination vorerst nicht möglich ist. Ob das so bleibt oder ob die Informationen wie bei der LKW-Maut immer freigiebiger hergegeben werden, kann keiner sagen. Ebenso wenig, ob oder wie viele Leute unerlaubt auf diese Datenbanken zugreifen.

Als Begründung für die Zentrale Arbeitszeiterfassung wird Kostenersparnis angegeben. Diese soll zustande kommen, indem die Berufsgenossenschaften die Beiträge nach der exakten Arbeitszeit erheben können. Doch die Berufsgenossenschaften hatten bereits zuvor das „Recht“, die Informationen anzufragen, die nun unter die Zentrale Arbeitszeiterfassung fallen, aber offensichtlich gar kein Interesse daran. So wurde es bisher geduldet, dass die Informationen nur pauschal gemeldet wurden. Und viele Betriebe haben deswegen kein Zeiterfassungssystem. Kosten werden also nicht wirklich gespart. Im Gegenteil: alle, die sparen müssten, beschweren sich über Mehrkosten und übermäßige Bürokratie. Auch erklärte sogar der Präsident des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW), Mario Ohoven, dass es Kleinstunternehmen nicht zugemutet werden könne, aufwendige Zeiterfassungssysteme zu installieren, und dass die geplante Neuregelung sogar bei der gesetzlichen Unfallversicherung auf Ablehnung stöße. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist, dass der Nationale Normenkontrollrat, der überprüfen soll, welche Bürokratiekosten entstehen, gerade die fragliche Neuregelung nicht überprüft hat.

Da die offiziell angegebenen Gründe für die Zentralisierung der Arbeitszeiterfassung offensichtlich nicht stimmen, dieses Gesetz aber einen enormen Einblick in die Arbeitswelt zulässt, kann man annehmen, dass genau dies der Zweck des Gesetzes ist.

Tim Grocki



11. Oktober 2008: „Freiheit statt Angst“-Demo in Berlin



Für den 11. Oktober mobilisiert auch in diesem Jahr ein breites Bündnis zu einer bundesweiten Demonstration gegen den immer mehr ausufernden Überwachungsstaat und die Datengier der Wirtschaft. Der Überwachungswahn greift um sich. Staat und Unternehmen registrieren, überwachen und kontrollieren uns immer vollständiger. Egal, was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen oder fahren, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren, in welchen Gruppen wir engagiert sind – der „große Bruder“ Staat und die „kleinen Brüder und Schwestern“ aus der Wirtschaft wissen es immer genauer. Der daraus resultierende Mangel an Privatsphäre und die Vertraulichkeit gefährden die Freiheit des Glaubensbekenntnisses, die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Koalitionsfreiheit, die Arbeit von Ärzten, Beratungsdiensten und Rechtsanwälten. Die vielfältige Agenda der Reform des Sicherheitssektors umfasst die Aufhebung der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär und gefährdet damit die Gewaltenteilung und -balance. Unter Einsatz von Massen-Überwachungstechnologie führt die grenzenlose Zusammenarbeit von Militär, Geheimdiensten und Polizeibehörden zum Aufbau von „Festungen“ in Europa und anderen Kontinenten, die sich gegen Flüchtlinge und anders aussehende Menschen richten, aber zum Beispiel auch politische Aktivisten, arme und unterprivilegierte Menschen und Sportfans betreffen.

Start der Demonstration ist um 14.00 Uhr am Alexanderplatz. Auch verschiedene Gruppen der FAU mobilisieren wie in den Vorjahren. Achtet auf die schwarzroten Fahnen! Infos zur Demo unter www.freiheitstattangst.de.

Konzern-Spitzel infiltriert Attac Schweiz

Mehr als ein Jahr lang hat eine Mitarbeiterin des Sicherheitsdienstes Securitas unter dem falschen Namen „Sara Meylan“ das Netzwerk Attac in der Schweiz ausspioniert. Auftraggeber der Aktion ist einem Bericht des Schweizer Fernsehsender TSR zufolge der weltgrößte Nahrungsmittel-Multi Nestlé gewesen. Meylan hatte unter anderem an dem Buch „Attac gegen das Imperium Nestlé“ mitgearbeitet und soll dabei sämtliche Recherchen an die Nestlé-Konzernzentrale in Vevey weitergegeben haben.

Der Arbeitgeber der Spitzelin, der Sicherheitsdienst Securitas, operiert nach Angaben der zuständigen Polizeibehörde schon seit Jahren mit geheimdienstlichen Methoden. So erklärte Jean Sauterel (Kantonspolizei des Waadtlands), man wisse von Securitas, „dass sie verschiedene Gruppen von Globalisierungsgegnern infiltriert haben.“ Der Generalsekretär der Securitas, Reto Casutt, musste denn auch im Schweizer Fernsehen zugeben, dass seine Firma von Nestlé beauftragt worden sei, Globalisierungsgegner auszuspähen. Nestlé selbst bzw. der Konzern-Sicherheitsdienst, dessen Chef ein ehemaliger Agent des britischen Geheimdienstes MI6 ist, wollte sich zu dem Vorfall nicht äußern. Attac hat mittlerweile Strafanzeige gestellt.

Elena – Pilotanwendung für den Trojanischen Schlüssel

Die Bundesregierung plant die Einführung einer Signatur-Chipkarte für sämtliche lohnabhängig Beschäftigten in der BRD. Auf dieser Karte befindet sich ein digitaler Schlüssel, mit dem Behörden vereinfachten Zugriff auf die zentral gespeicherten Gehaltsunterlagen von mehr als 40 Millionen Menschen erhalten sollen. Zunächst soll die Karte für „Elena“ benutzt werden. Das klangvolle Kürzel steht für den „elektronischen Entgeltnachweis“. Künftig soll die Chipkarte dann aber auch der Generalschlüssel für die Beantragung u.a. von Kinder-, Arbeitslosen-, Übergangs-, Wohn- oder Elterngeld sein. Technisch steckt hinter der Karte das gleiche Verfahren wie schon bei der umstrittenen „Gesundheitskarte“. Auf dem Chip befindet sich ein eindeutiger Signaturschlüssel. Die Bundesagentur für Arbeit wird die Bezieher von Leistungen künftig auffordern, mit ihrer Karte den SachbearbeiterInnen den Zugriff auf den Zentralspeicher zu gewähren, an den die Firmen monatlich die Gehaltszahlungen übermitteln müssen. Der so entsperrte Datensatz kann dann direkt in das System der Behörde übernommen werden.

Die Kosten für die Karte müssen die Beschäftigten tragen, wobei diese Kosten immer wieder anfallen. Wirtschaft und Behörden erhoffen sich von der Chipkarte neben der Einführung einer zentralen Signatur-Infrastruktur Personaleinsparungen durch Verwaltungsvereinfachung. Für die Beschäftigten ist die Karte ein weiterer Schritt hin zu einer immer mehr zentralisierten und abgleichbaren Datenkrake.

Südwestmetall horcht Azubis aus

Ein besonders dreistes Beispiel an Datensammelwut legte im Mai der Bildungsträger „Berufliche Bildung GmbH“ im Auftrag des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg (Südwestmetall) an den Tag. Auszubildende sollten einen Fragebogen mir rund 40 Fragen beantworten, die weit in die Privatsphäre eingreifen. So wollten die Bosse u.a. wissen, ob ihre Azubis Moscheen oder Kirchen besuchen und welche Drogen sie so konsumieren. Auch über die Eltern hätte man gerne Auskunft: Was für eine Berufsausbildung haben die, welche Medien werden in der Familie genutzt, wurden Konsumgüter bar bezahlt oder auf Raten gekauft, gibt es im Haus ein Auto oder Kunstwerke und besitzt das Haus einen Garten?

Zwar versicherte Südwestmetall, die Umfrage sei anonymisiert, aber gleich zu Beginn werden auf den Fragebögen Schul- und Unternehmensnummer sowie die Personennummer abgefragt. In etlichen Fällen soll den Azubis auch signalisiert worden sein, dass ihre berufliche Perspektive mit dem Ausfüllen der Fragebögen verknüpft sei.

Prekäre Vorführung

Miese Arbeitsbedingungen in der Kinobranche. Der Fall einer Service-Kraft im Berliner Kino Babylon zeigt: Gegenwehr lohnt sich.

Am Berliner Rosa-Luxemburg-Platz ist noch ein Hauch vergangener Tage zu spüren, hier mischt sich noch Kultur mit linker Politik. Auch das Kino Babylon Mitte ist hier beheimatet, gegenüber der Volksbühne, nur wenige Schritte vom Karl-Liebknecht-Haus entfernt. Sicherlich eins der schönsten und programmatisch interessantesten Kinos der Hauptstadt, in dem von Antifa bis Linkspartei auch alles, was sich links wähnt, gern zu Veranstaltungen und Filmreihen lädt.

In der Kinobranche ist das Babylon nicht unumstritten: Die Vergabe des kommunalen Kinos an den jetzigen Betreiber roch seinerzeit doch sehr nach PDS-Seilschaften. Der damalige Kultursenator Flierl hatte 2005 am zuständigen Gremium vorbei der jetzigen "Neue Babylon Berlin GmbH" von Timothy Grossman und Tobias Hackel das Traditionshaus zugeschanzt. Dennoch konnte das Kino in den vergangenen Jahren bei Cineasten durch ein im Vergleich zu früheren Tagen wesentlich engagierteres Programm punkten und nahm den KritikerInnen damit den Wind aus den Segeln.

Babylonische Realität

Erst eine Klage der Service-Kraft Jason Kirkpatrick vor dem Arbeitsgericht im Juli dieses Jahres brachte die Betreiber wieder in die Kritik. Kirkpatrick hatte gegen seine Kündigung geklagt: "Mir wurde ohne Angaben von Gründen fristlos gekündigt. Das einzige was ich mir vorzuwerfen hatte, war, dass ich ein besseres Feedback-System für die Beschäftigten vorgeschlagen hatte und gefragt habe, ob Dienstversammlungen mit Anwesenheitspflicht nicht bezahlt werden sollten." Andere Beschäftigte bestätigten der Presse gegenüber, dass diese Hire-and-Fire-Methoden gängige Praxis im Babylon seien und es auch sonst nicht rosig um die Arbeitsatmosphäre und -bedingungen stehe.

Dass die Berliner Kinolandschaft alles andere als großes Kino für die dort Arbeitenden ist, ergab bereits eine Untersuchung, die das Kultursyndikat der FAU Berlin vor einigen Jahren durchgeführt hat. "10 Euro Stundenlohn sind schon seltene Ausnahmen, die Regel sind 5, 6 Euro mit starker Tendenz nach unten", berichtete ein Aktivist damals. Das Personal rekrutiere sich aus 50-100% Studierenden und SchülerInnen, bezahlter Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall seien meist Fremdworte.

Das Kino Babylon ist da keine Ausnahme. Die Belegschaft besteht größtenteils aus Aushilfen, die für einen Stundenlohn von 5,50 bis 7 Euro arbeiten. Bei der Schichteinteilung geht es zu wie auf dem Tagelöhnermarkt. Grundlegende Rechte werden den Beschäftigten vorenthalten und so manches Festival wird in der unbezahlten Freizeit organisiert. Oder gleich von Praktikanten erledigt. "Vom Praktikanten zum eigenen Festival" heißt dann auch sinnigerweise eine Jobannonce auf der Website des Kinos.

Kleiner Erfolg, neue Perspektiven

Kirkpatrick war der erste, der sich gegen diese Gepflogenheiten zur Wehr gesetzt und seinen Fall massiv öffentlich gemacht hat. Nachdem kritischen Presseberichten, die die Geschäftsleitung des Babylons erheblich unter Druck setzte. "Die Geschäftsführer entwerfen schon das Drohszenario, dass das Babylon demnächst schließen muss und alle ihren Job verlieren, weil Jason geklagt hat", weiß ein noch dort Arbeitender zu berichten.

Pikanterweise wird das Babylon nämlich mit mindestens 320.000 Euro pro Jahr vom rot-roten Senat subventioniert. Mehr noch als andere Kinos ist es damit durch öffentlichen Druck angreifbar.

Dafür bedarf es natürlich einer entschlossenen Belegschaft. Dass dieser aktuelle Fall, wie es ein Sprecher des Berliner Mayday Bündnisses in einer Presseerklärung ausdrückte, zeige, "dass eine Vernetzung von Prekarisierten sinnvoll ist und zum Erfolg führen kann", verfehlt nämlich leider ein wenig die Realität. Die Prekarisierten im Babylon begannen zu-



ein offener Brief an die Geschäftsleitung ohne Resonanz blieb, besorgte er sich nach Beratung mit der FAU einen Anwalt und zog vor Gericht. Der Prozess endete schließlich mit einem Vergleich. Das Kino Babylon muss ihm zwei Monate Lohn nachzahlen.

Ein bescheidener Erfolg, ein individueller zudem, der aber andeutet, was möglich wäre. Bereits diese kleine juristische Auseinandersetzung provozierte eine ganze Reihe von mindest erst nach dem Prozess sich zaghaft zu bewegen. Bis dato arrangierten sie sich – wie so oft in solchen Beschäftigungsverhältnissen – mit der Situation oder suchten sich einen neuen Job.

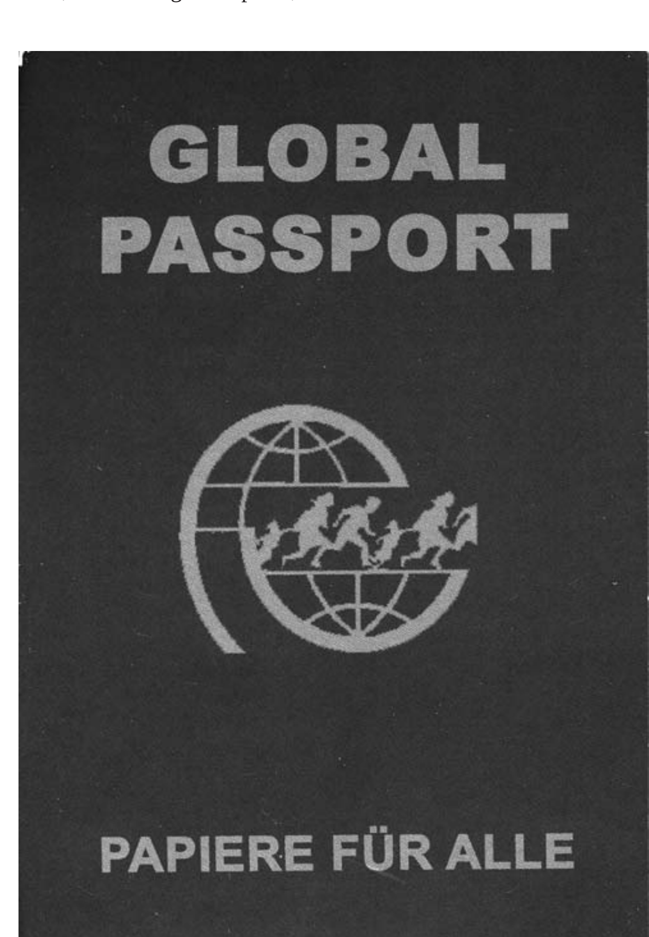
Inzwischen wird immerhin über die Gründung eines Betriebsrats diskutiert. Mal schauen, vielleicht reicht es ja auch für eine kämpferische Gewerkschaft.

Hansi Oostinga

Wurzeln des Übels

Der Kampf um die Rechte von MigrantInnen und die Notwendigkeit von Antirassismus im antikapitalistischen Kampf

Mit vielfältigen Aktionen versuchen AntirassistInnen und MigrantInnen in Deutschland in diesem Sommer, die Wichtigkeit der Kämpfe um gleiche Rechte und für das Recht zu bleiben deutlich zu machen. Mit einer 4.000-köpfigen Abschlussdemonstration der defence!-Kampagne wurde Anfang Juli versucht, an die Blockade des Bundestags in Bonn 1993 anlässlich der Einschränkung des Grundrechts auf Asyl (§16 GG) anzuschließen. Ende August wurde erneut zum antirassistischen Campen gerufen – erstmals gemeinsam mit KlimaschützerInnen in Hamburg. Und nicht zuletzt rief die Bürengruppe Paderborn zum 30. August zu einem dezentralen Aktionstag auf, der den Abschiebebetrieb wirksam stören und so zu einem „Tag ohne Abschiebungen" werden sollte.



Parallel dazu gelingt es Flüchtlingsinitiativen immer wieder, die Wut über die Sammelunterbringungen in baufälligen Lagern, ihre weitgehende Rechtlosigkeit und die unwürdige Behandlung seitens der Behörden in Proteste und Streiks mit teilweise beachtlichem Medieninteresse zu lenken. Unterstützt vom Flüchtlingsforum „The Voice" traten zuletzt die BewohnerInnen von Lagern in Gehlberg und Katzhütte (beide Thüringen) mit offenen Briefen und Demonstrationen an die Öffentlichkeit.

Wagt man den Blick über die Grenzen, bieten sich noch ganz andere Perspektiven: dort sind es vor allem Einwanderer ohne Papiere, die durch Demonstrationen und Streiks in den USA, Spanien und Frankreich Druck auf die Regierungen ausüben und Teilerfolge erringen konnten.

Spaltungen und Grenzlinien

Wie immer, wenn Betroffene sich selbst organisieren und ihren Forderungen Nachdruck verleihen, versuchten Gewerkschaften und linke Parteien dort, von den Kämpfen zu profitieren und sie zu lenken. Um als Verhandlungsmacht von der Regierung akzeptiert zu werden, mussten sie dabei gewährleisten, dass die Streiks nach einer Einigung auch wirklich beendet werden. So gelingt es immer wieder, die Protestierenden zu spalten, indem einigen ein Bleiberecht eingeräumt wird, um dann mit umso härterer Hand gegen alle anderen vorzugehen.

In Deutschland stellt sich die Situation noch etwas anders dar. Selbst die großen Gewerkschaften und (linke) Parteien tun sich – von Einzelpersonen abgesehen – vielfach schwer mit den aufkeimenden Protesten oder gar einer Organisierung von streikenden MigrantInnen. Zu groß sind Ressentiments und rassistische Vorurteile gegenüber ZuwandererInnen, die allzu oft einzig als unliebsame Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gesehen werden. Lafontaines Reden von den „Fremdarbeitern" war diesbezüglich kein Ausrutscher, sondern hat vielen aus der Seele gesprochen. Die Kampagne „Ohne Regeln geht es nicht!" der IG Bau gegen Lohndumping und illegale Beschäftigung wies genauso in diese Richtung, indem dazu aufgefordert wurde, illegal Beschäftigte zu „denunzieren". Paradoxerweise sind es dann manchmal UnternehmerInnen, die gewissermaßen als FürsprecherInnen der MigrantInnen auftreten, da sie nicht auf ihre billigen Arbeitskräfte verzichten möchten und sich so bedingt für ihre Angestellten einsetzen.

Verkürzte Interessenpolitik

An dieser Stelle werden die Gefahren einer verkürzten Interessenpolitik deutlich: Ökonomische Kämpfe und Auseinandersetzungen um die "soziale Frage", ohne das Problem des Rassismus im Blick zu haben und es in die Praxis einzubeziehen, bergen das Risiko, die soziale zu einer nationalen Frage zu machen und bei einem regressiven und autoritären Protest gegen „die da oben" zu landen. Andersherum führt antirassistischer Protest um seiner selbst willen, ohne eine Anbindung an reale Kämpfe und ohne eine Einbeziehung ökonomischer Zusammenhänge dazu, MigrantInnen zu Opfern zu machen, sowie zu einer Staatsfixierung, wie sie derzeit wieder bei den Debatten um „globale soziale Rechte" durchscheint.

Stattdessen müsste es gelingen, die vielfältigen Spaltungen und Grenzlinien zu überwinden, die zu einem wesentlichen Funktionsmerkmal des Kapitalismus gehören und Garantien für seine Fortexistenz darstellen. Staatliche Migrationsregulierung ist weder eine Ein-zu-eins-Umsetzung von Kapitalforderungen, noch ausschließlich rassistische Abschottung, sondern immer Ergebnis eines Aushandlungsprozesses verschiedener Akteure, auch der MigrantInnen und ihrer UnterstützerInnen. Durch die Aufsplitterung in Staaten, Nationalitäten, Regionen, Gemeinschaften, Branchen, Lohngruppen usw. gelingt es immer wieder, die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen als quasi natürlich festzuschreiben und zu organisieren. Je stärker antirassistische und andere Kämpfe werden, desto größer ist die Chance, diese Spaltungen zu überbrücken. Und genauso wie die Wurzeln des Rassismus nur durch eine Überwindung des Kapitalismus beseitigt werden können, kann der Kapitalismus nur mit einem konsequenten Antirassismus überwunden werden.

Andreas Beisbart, Bürengruppe Paderborn (www.aha-bueren.de)

Frankfurter Rundschau: Keine Chance ohne Solidarität

Mitte Juni hatte es bei der linksliberalen Tageszeitung Frankfurter Rundschau (FR) einen befristeten Streik gegen die Outsourcing-Bestrebungen des Managements gegeben (siehe DA Nr. 188). Untergraben wurde diese Aktion andernorts, u.a. in Hannover, von Mitgliedern derselben Gewerkschaft. Die Folgen: Ein deutlich formulierter offener Brief der Verdi-Vertrauensleute bei der FR; eine Soli-Aktion der FAU Hannover, die die StreikbrecherInnen von gestern zur Solidarität beim nächsten Streik aufrief und die zuständigen Gewerkschaftssekretäre konfrontierte (siehe Foto auf Seite 2); und letzten Endes, unbestätigten Informationen zufolge, die Unterschrift fast aller Betroffenen unter die neuen, schlechteren Verträge. Dass der Konzern und FR-Eigner M. DuMont Schauberg ihre Pläne umsetzen konnten, lag letztlich an der mangelnden Kampfbereitschaft der gesamten FR-Belegschaft als auch ihrer Gewerkschaft. (AE)

GDL macht Schule

Die Gewerkschafts- und Verbandswelt kommt in Bewegung: Kleine Organisationen setzen große mit Aktionen und Demonstrationen gehörig unter Druck. Das jüngste Beispiel lieferte der Bund deutscher Milchviehhalter (BDM) mit seinem Milch-Streik (siehe DA Nr. 188). Seither wenden sich viele Produzenten vom behäbigen Bauernverband ab und treten dem BDM bei. BDM-Vorsitzender Schaber erklärte indes, man könne „von der GDL eine Menge lernen". Ex-GDL-Vorstand Schell fasste die wesentlichen Punkte so zusammen: Solidarität, Klarheit im Ziel und Konsequenz in der Aktion. Ob die Milchbauern diese Hinweise beherzigen und – nach dem Lieferboykott Anfang Juni und dem „Milchgipfel" Ende Juli – zu weiteren Eskalationsstufen fähig sind, wird sich zeigen. Mit den schwächsten Gegnern haben sie es, in Form der bundesdeutschen und EU-Bürokratie sowie der Einzelhandelsmonopole, nicht zu tun. (AE)

Rosa Pazos, Anarchistin und transsexuelle Aktivistin aus Sevilla wurde am 11.7.2008 ermordet.

Rosa hatte immer gesagt, dass man sie eines Tages töten würde, aber niemand hatte sie ernstgenommen. Leider haben die Tatsachen ihr am Ende Recht gegeben: Sie wurde am 11. Juli erstochen in ihrer Wohnung gefunden.
Im Laufe ihres Lebens wurde sie von sehr wenigen Menschen so akzeptiert wie sie war, nicht einmal von ihrer Familie, und sehr wenige gaben ihr Aufmerksamkeit.
Trotzdem blieb sie unangepasst, kämpfte gegen die Gesellschaft, die sie wegen ihrer Transsexualität und ihrer anarchistischen Ideale ablehnte.
Rosa war ihr ganzes Leben lang eine Kämpferin für ihre Rechte: Für ihr Recht als Frau anerkannt zu werden, für ihr Recht auf ärztliche Versorgung als solche, für ihr Recht auf soziale Anerkennung, für ihr Recht auf Meinungsfreiheit, auf Privatsphäre usw. Sie führte ununterbrochen einen ungleichen Kampf auf libertärer Basis, der sie dazu gebracht hat, die Institutionen und Ämter anzugreifen, deren Bürokratie – wie in so vielen Fällen – ihre Rechte zu bloßen Lippenbekenntnissen hat werden lassen.
Jahrelang wurden ihre Plakate und Protestaktionen, ihre Auftritte vor Gerichten, Beschwerden bei der Gesundheitsbehörde, der Polizei und Gerichten missachtet und lächerlich gemacht, aber nichtsdestotrotz klagte sie mit



allen Widerstandsformen die Heuchelei der ignoranten Behörden an.
Rosa war nie Mitglied der CNT, nichts desto trotz hat sie die Konföderation unterstützt und sich mit allen ihren Kämpfen solidarisiert. Ohne Aufsehen zu erregen, fast anonym, hat sie langwierige Streiks wie bei der Müllabfuhr in Tomares oder des öffentlichen Abschleppdienstes unterstützt und ihren Beitrag im Rahmen ihrer Möglichkeiten geleistet.
Genossin Rosa, wir werden weder dich noch deinen Kampf vergessen. Möge die Erde dir leicht sein.

CNT Sevilla (gekürzte Fassung)

Übers.: Robin

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Bangladesh: Tausende TextilarbeiterInnen in wilden Streiks

Die Welle von Unruhen in den Textilfabriken Bangladeshs, über die wir schon häufiger berichtet haben (siehe z.B. DA 186) reißt nicht ab. Am 8. August traten die ArbeiterInnen von Biswas Synthetics Limited in Savar bei Dhaka in einen spontanen Streik. In der Nachtschicht waren einige Arbeiter von „Ansar"-Schlägern schlafend überrascht und angegriffen worden. Die Ansar sind eine paramilitärische Freiwilligentruppe, die von den Fabrikbesitzern zusammen mit professionellem Werkschutz angeheuert wird. Auf ihr Konto gehen eine Unzahl von Angriffen auf TextilarbeiterInnen in den letzten Jahren. Als die Frühschicht von dem Überfall erfuhr, war das Maß voll. Kurz zuvor waren zudem 400 ArbeiterInnen, fast alles Frauen, ohne irgendeine Vorwarnung gefeuert und um die ausstehenden Löhne betrogen worden. Die gesamte Schicht weigerte sich, die Arbeit anzutreten, solange nicht die Ansar-Schläger bestraft und der Werksleiter entfernt würde. Als das Management nicht reagierte, griffen die ArbeiterInnen das Ansar-Camp auf dem Werksgelände an, worauf die Paramilitärs das Feuer eröffneten und mehrere Beschäftigte verletzten. Daraufhin zerlegten die ArbeiterInnen systematisch vier Stunden lang die Fabrik, bis ein riesiges Kontingent von Armee und Polizei eintraf, dem es gelang, die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen. Das Ansar-Camp wurde geschlossen.

Zwei Tage später kam es zu massiven Auseinandersetzungen in Dhaka, als sich 300 ArbeiterInnen der Polonia Garments Ltd. versammelten, um ausstehende Löhne einzufordern. Als sie das Werkstor verschlossen vorfanden, begannen sie die Fabrik zu stürmen und zu demolieren. In Windeseile schlossen sich mehr als 1.000 ArbeiterInnen aus benachbarten Fabriken an. Zusammen zogen sie durch die Umgebung, zerstörten weitere Produktionsstätten am Dhaka-Tangail Highway und blockierten die Schnellstraße für zwei Stunden. Insgesamt 15 Fabriken wurden angegriffen, in mindestens drei weiteren forderten die ArbeiterInnen höhere Löhne. 60 Fabriken wurden vorsorglich geschlossen. Hintergrund der Proteste sind die galoppierende Inflation und der sprunghafte Preisanstieg bei den Grundnahrungsmitteln.

Kuwait: 800 streikende ArbeiterInnen nach Bangladesh deportiert

Im August deporierte die kuwaitische Regierung mehr als 800 ArbeiterÍnnen aus Bangladesh und warf ihnen vor, Streiks und gewaltsame Auseinandersetzungen organisiert zu haben. In den Golfstaaten arbeiten mehr als 200.000 ArbeiterInnen aus Bangladesh, hauptsächlich als Reinigungskräfte, Security oder Bauarbeiter. Häufig wird vor der Arbeitsaufnahme der Pass eingezogen, um von Seiten der Bosse Druck auf die ArbeiterInnen ausüben zu können. Oftmals sind die Firmen über mehrere Monate mit den Lohnzahlungen im Rückstand und verweigern die vorgeschriebenen Urlaubstage. Arbeitstage von 16 Stunden ohne Bezahlung der Überstunden sind keine Seltenheit.

Ende Juli traten schließlich tausende von ArbeiterInnen aus Bangladesh, Nepal und Pakistan in einen Streik für eine lange Liste von Forderungen. Die meisten arbeiteten als Reinigungskräfte, Müllmänner und Schauerleute, viele hatten von zuhause ihre Kampferfahrungen mit nach Kuwait gebracht. In Kuwait City griffen daraufhin Polizei, Armee und die Verwaltung der Arbeitslager für ausländische ArbeiterInnen die Streikenden an. 800 Bangladeshis wurden am 28. Juli verhaftet und abgeschoben, die Auseinandersetzungen gingen noch einige Tage weiter.

Dennoch könnte der Streik erfolgreich gewesen sein. Die kuwaitische Regierung musste vor den Augen einer breiten Öffentlichkeit eingestehen, dass Kuwait in großem Umfang von der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus Südostasien abhängig ist. Sie kündigte an, das umstrittene Anwerbesystem abzuschaffen und den Mindestlohn zu verdoppeln.

Bolivien: Bergarbeiter streiken gegen Rentenreform

Im Juli streikten die Kumpel in Boliviens größter Zinnmine, Huanuni, und brachten die Förderung vollständig zum Erliegen. Hintergrund für den Streik ist ein Rentenreformgesetz der bolivianischen Regierung unter Evo Morales. Der größte Gewerkschaftsverband des Landes, die COB, forderte eine Erhöhung der Renten und eine Senkung des Renteneintrittsalters auf 55 Jahre. Die Regierung hat dem Kongress einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der von der COB als nicht weitreichend genug und entschieden zu unternehmerfreundlich kritisiert wird. Die COB hatte im Juli aus Protest gegen diesen Entwurf eine ganze Reihe von Streiks, Straßenblockaden und Besetzungen von öffentlichen Gebäuden organisiert.

China: Auseinandersetzungen mit Wanderarbeitern

Anfang Juli kam es in Kanmen, einer Stadt in der Küstenprovinz Zhejiang zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Wanderarbeitern und der Polizei. Die Proteste begannen am 10. Juli, als Arbeiter während dreier Nächte in Folge eine Polizeistation angriffen. Dem Vorfall in Kanmen vorausgegangen war ein Überfall von privaten Sicherheitskräften, die einen Wanderarbeiter brutal zusammengeschlagen hatten. Die Menge belagerte die Polizeistation, nachdem die Polizei einen Arbeiter, der deswegen Anzeige erstatten wollte, festgenommen hatte. Nachdem am dritten Tag der Proteste mehr als 300 Militärpolizisten in die Stadt verlegt wurden, ebbten die Auseinandersetzungen ab. Nur wenige Wochen zuvor hatte eine Menge von 30.000 Leuten mehrere Dutzend Regierungsgebäude in der Provinz Guizhou niedergebrannt.

Vietnam: 330 „wilde Streiks" im ersten Halbjahr 2008

Alleine in der ersten Hälfte des Jahres 2008 wurden in der „Sozialistischen Volksrepublik" Vietnam offiziellen Statistiken zufolge 330 Streiks gezählt. Sämtliche dieser Streiks gelten als illegal, weil sie nicht vom Gewerkschaftsverband durchgeführt wurden und sich nicht an die gesetzlichen Vorschriften hielten.

In Vietnam ist am 1. Juli 2007 ein neues Arbeitsgesetz in Kraft getreten, dass de facto einem Streikverbot gleichkommt. ArbeiterInnen haben nicht das Recht, wegen nichttariflicher Forderungen in den Streik zu treten, sondern müssen stattdessen die Gerichte anrufen. Gewerkschaften können zwar streiken, aber nur wenn zuvor Verhandlungen gescheitert sind. Sollte ein Gericht einen Streik für illegal befinden, haben die Bosse ein Recht auf Entschädigung durch die Streikenden, insbesondere durch die Vorsitzenden der Gewerkschaften. Da sich kaum Gewerkschaften finden, die unter diesen Bedingungen bereit sind, überhaupt zu einem Streik aufzurufen, sind es die ArbeiterInnen selbst, die immer wieder die Initiative ergreifen. Häufig scheitern auch die Versuche, Streikende haftbar zu machen, an der kollektiven Stärke der ArbeiterInnen: erst jüngst sah sich ein Gericht nicht in der Lage, angesichts von 10.000 Streikenden die „Rädelsführer" auszumachen.

Kafkaeske Prozesse

Willkürliche Repression gegen die österreichische Tierrechtsbewegung

Ein Justizskandal erster Klasse spielt sich derzeit in Österreich ab. Die österreichische Tierrechtsbewegung sieht sich der größten Repression gegen alternative Strukturen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ausgesetzt, welche totalitären Züge annimmt. Neun Menschen sitzen in Untersuchungshaft – seit mehr als 3 Monaten und ohne jeglichen konkreten Verdacht, geschweige denn Beweis.

Begonnen hatte alles am frühen Morgen des 21. Mai. Die Polizei krachte in 23 Wohnungen und Büros gleichzeitig hinein. Angeklopft wurde meist nicht, sondern gleich die Türen mit dem Rammbock aufgebrochen. Teilweise wurden Schlafende von zehn Vermummten mit an den Kopf gehaltener Pistole geweckt. Eine Frau wurde nackt aus der Dusche gezerrt, musste sich bei angehaltener Pistole hin knien und mit dem Kommentar, dass es sich nur um Privatfotos handle, in dieser Lage abfotografieren lassen.

Den Vorwand für diese Repressionswelle lieferte das Konstrukt der "Bildung einer kriminellen Organisation". Betroffen sind Menschen aus dem gesamten Spektrum der Tierschutz- und Tierrechtsbewegung, von großen – teilweise sehr kritikwürdig agierenden – Vereinen, über kleine Vereine bis zu libertären Zusammenhängen. Der Staat hat sich des Anti-Mafia Paragraphen 278a des Strafgesetzbuches bedient, damit lässt sich schon alleine die Mitgliedschaft in einer solchen Organisation sanktionieren, ganz egal ob es tatsächlich zu Straftaten gekommen ist.

Zehn Menschen wurden umgehend verhaftet. Genau jene Anzahl, die eine kriminelle Organisation nach ständiger Judikatur mindestens braucht. Konkrete Tatvorwürfe gibt es bisher jedoch nicht. Mehr noch, die Staatsanwaltschaft wird nicht müde zu betonen, dass keine Taten nachgewiesen werden müssen, sondern die Existenz einer "Kriminellen Organisation". Betroffen sind durch die Bank Menschen, die sich an öffentlichen Aktionen – Demonstrationen, Kampagnen, Unterschriftenlisten – beteiligten.

Über zwei Jahre wurde gelauscht und überwacht, was das Zeug hält. Es wurden 17 Menschen persönlich observiert, 15 Wohnungen videoüberwacht, Spitzel eingeschleust, 22 Telefone permanent abgehört, Ruf- und Standortdaten erfasst, IP-Adressen und E-Mails mitprotokolliert, Bewegungsprotokolle erstellt, genetisches Material entnommen, freilich ohne dass sich ein konkreter Tatverdacht ergäben hätte.

Mediale Nebelgranaten, zum Beispiel angebliche Gas-Attentate, entpuppten sich auf Nachfrage als das angebliche Verspritzen von Buttersäure. Nichts desto trotz wurden solche Falschmeldungen von manchen Medien freudig reproduziert. Einige bürgerliche Medien berichten jedoch immer kritischer über die massive Willkür der Behörden, deren eigentliches Ausmaß hier nur verkürzt wiedergegeben werden kann.

So wurde zum Beispiel auch veröffentlicht, dass es eine Brandstiftung bei einer Jagdhütte gegeben haben soll. Nach einiger Zeit wurde jedoch bekannt, dass die Polizei immer gewusst hatte, dass die Ursache eine Ofenüberhitzung war. Dennoch wurde die Handyortung eines Verdächtigen drei Tage nach(!) dem Brand in der Nähe der Hütte missbraucht, um einen Zusammenhang zu konstruieren.

Der alternde Ex-Nationalratspräsident Andreas Kohl (ÖVP) wiederum will unterdessen, die Schöpfung schützend, den militanten Tierschutz als Terrorismus verstanden wissen – und dazu bemüht er sogar das seit Jahren nicht mehr erscheinende autonome Magazin TATblatt, das er mit der Causa sowie der Grünen Partei in Verbindung bringen will – es herrscht akuter Wahlkampf in Österreich.

Schreckliche Phantasie

Unglaublich auch der folgende Akt des Dramas: Die Polizei hat einen Kronzeugen in den Akten präsentiert. Dieser soll etliche der Verhafteten schwer belastet haben. Nun hat dieser Mann umgehend seinen Anwalt eingeschaltet – eine Amtsmissbrauchsklage gegen die Polizei wurde von ihm eingebracht – denn er bestreitet, die Aussagen jemals getätigt zu haben. Dennoch sitzen neun Beschuldigte weiterhin in U-Haft.



Repression can´t get us down!

Der eigentliche Grund für die repressive Kampagne des Staates und die Einrichtung einer Sonderkommission dürfte jedoch eine erfolgreiche Kampagne der TierschützerInnen gegen Pelzverkauf sein. In einer Anzeige wird "Otto Graf" als "geschädigtes Unternehmen" genannt, jene Gruppe, zu der auch die Modefirmen Hämmerle und Kleiderbauer gehören. Ob die Gerüchte, dass der ehemalige Innenminister Günther Platter (ÖVP) ein persönlicher Freund der Familie Graf sei, irgendeinen Wahrheitsgehalt haben, ist bei all den oben genannten Begebenheiten eigentlich auch schon belanglos. Denn wenn das Kapital angegriffen wird, schlägt es eben zurück.

Die Untersuchungshaft wird weiterhin mit zwei nicht haltbaren Argumentationslinien legitimiert: einerseits Verdunkelungsgefahr, da einige AktivistInnen die absolut legale PGP-Verschlüsselung für ihre E-Mails nutzen. Und andererseits Tatbegehungsgefahr, „wegen des langjährigen politischen Aktivismus der Inhaftierten". Ergänzt wird dieses Vorgehen durch das Angebot der Gerichte, eine Enthaftung gegen Preisgabe der Passwörter für beschlagnahmte Computer anzuordnen. Bereits mehrere Haftprüfungen plus Überprüfungen durch das Oberlandesgericht Wien wurden mit diesen Argumenten geführt, und die U-Haft für neun der zehn Menschen jeweils verlängert.

Mittlerweile wurden alle beteiligten Beamten, vom Soko-Leiter über die Richter bis zum Staatsanwalt, wegen Verdachts der Freiheitsentziehung, des Amtsmissbrauchs, der Verleumdung und Sachbeschädigung von einem Grünen-Politiker angezeigt.

Dass sogar Amnesty International, die Grünen, als auch die Sozialdemokraten für die Inhaftierten interveniert haben, nutzte bisher nichts. Dass ein Anti-Mafia-Paragraph auf Nichtregierungsorganisationen angewandt werden kann, lässt nichts Gutes erahnen. Jene, die noch einen Funken Vertrauen in den bürgerlichen Rechtsstaat hatten, werden sich hoffentlich in Zukunft keinerlei Illusionen mehr hingeben. Dass es sich dabei um einen Angriff gegen uns alle handelt, ist selbstverständlich unzweifelhaft – auch für weniger tierrechtsbewegte AnarchosyndikalistInnen. Die volle Solidarität gilt den Inhaftierten.

Arbeiter von Wien

Rache für den Streik

In Marseille droht La Poste dem Briefträger und CNT-Mitglied Serge Reynaud mit Entlassung. Dieser neuerliche Anschlag kommt nicht aus heiterem Himmel. Im Mai 2008 hatten die Gewerkschaften CGT und SUD die Beschäftigten zum Streik aufgerufen. Damit wendeten sie sich gegen das Projekt „Briefträger der Zukunft", mit dem die komplette Brieflogistik umstrukturiert werden soll. Im Département Bouches du Rhône sind dadurch etwa 1.000 Jobs gefährdet.

Die Auseinandersetzung im Mai wurde besonders hart geführt, u.a. wurden Leiharbeiter als Streikbrecher eingesetzt. Trotz der 17 Tage Streik, an dem sich täglich 400 ArbeiterInnen beteiligten, endete die Auseinandersetzung Ende Mai mit einem Patt.

Im Juni dann wurde der Genosse Reynaud zur Geschäftsleitung zitiert. Man warf ihm vor, in seinem Büro eine Rede gehalten zu haben. Weiter legte man ihm zur Last, sich an einer kollektiven Aktion beteiligt zu haben – die KollegInnen hatten versucht, in die Eingangshalle der Poste vorzudringen. Diese „Vergehen" gehören zwar zum normalen Streikgeschehen, dienen aber nun, aus dem Kontext gerissen, zur Rechtfertigung von Strafmaßnahmen.

Weitere Informationen auf www.fau.org/soli/cnt-ptt/

Anti-Islam-Kongress blockieren!

Pro Köln, eine rechtsextreme Kleinstpartei, die sich seit Jahren für rassistische Politik stark macht, lädt für den 19. bis 21. Sept. nach Köln zu einem Kongress über „Islamkritik" ein, der als Propaganda gegen Menschen anderer Herkunft und Religion zu verstehen ist. Es werden bis zu 1.000 Rechte – das Spektrum reicht von Neonazis bis Altkonservativen – erwartet. Als Publikumsmagnet soll u.a. der greise Rassist Le Pen (Front National; Frankreich) auftreten.

Verschiedene Gruppen wollen es soweit nicht kommen lassen und haben sich zusammengeschlossen, um dieses internationale rassistische Treffen zu verhindern: Den Rechten soll der Durchgang versperrt und der Veranstaltungsort blockiert werden. Weitere Infos unter: www.no-racism.mobi und www.hingesetzt.mobi/cms. (AE)

Repression gegen kämpferische Belegschaft von FagorMastercook in Wroclaw (Polen).

Am 2. Juni organisierte die klassenkämpferische Gewerkschaft „Sierpen80“ (August80) einen Warnstreik bei dem Haushaltsgerätehersteller FagorMastercook, bei dem die gesamte Belegschaft für zwei Stunden die Arbeit niederlegte. Gefordert wird eine Gehaltserhöhung um 1000 Zloty (312 Euro). Nachdem sich die Firmenleitung schon im Vorfeld weigerte, auf die Verhandlungsangebote der Gewerkschaft einzugehen, beantwortete sie den Warnstreik mit Repression: Mitglieder der Gewerkschaft wurden unter fadenscheinigen Gründen entlassen, Verträge von Gewerkschaftsmitgliedern nicht verlängert. Am 26. und 27. Juni entschied sich die Belegschaft dann dafür, ab September in den Streik zu treten. Am 18. Juli fand eine Kundgebung vor dem Werkstor statt. Die Bosse verwandelten das Firmengelände bereits im Vorfeld in einen Hochsicherheitstrakt: 450 Sicherheitskräfte, die ausgerüstet mit Tränengas und Schlagstöcken auf dem Firmengelände patrouillieren und die ArbeiterInnen schikanieren und einschüchtern sollen, wurden engagiert. Zwischenzeitlich hat sich auch die „Zwiazek Syndykalistów Polski“ (ZSP/Union der Syndikalisten) in den Konflikt eingeschaltet und ruft zur Unterstützung des Arbeitskampfes auf. (RO)

Mehr Informationen und ein Formular für die Protestmail der ZSP an FagorMastercook findet sich unter diesem Link: http://cia.bzzz.net/fagormastercook_protest

Solidarität und gegenseitige Hilfe

Klassenkampf in Mexiko, Teil 3: Der Kampf um das EUZKADI-Reifenwerk in El Salto, Guadalajara

Eine Syndikalisierung des mexikanischen Gewerkschaftswesens war die Hoffnung des ersten Beitrags dieser Reihe, angesichts der Diskreditierung des Begriffes „Syndikalismus“ in Mexiko wurde im zweiten Teil abschließend ein „ArbeiterInnenzapatismus“ als Alternative benannt. Aus beidem wird aber nur ein Schuh, wenn zum einen eine internationale Perspektive und zum anderen ein Konzept, wie es nach dem konkreten Arbeitskampf weitergehen soll, mitbedacht wird. Beispielhaft soll dies am Arbeitskampf der ArbeiterInnen des Reifenwerks EUZKADI in Guadalajara erläutert werden.

Im Rahmen der 'anderen Kampagne' besucht Subcomandante Marcos die Kooperative TRADOC

Mit dem einjährigen Streik beim Flughafen–Caterer Gate Gourmet (2006/2007) in Düsseldorf und dem weitgehend unbekannten 395-tägigen Streik der Leverkusener BusfahrerInnen (2004/2005) hat die BRD im beginnenden neuen Jahrtausend die längsten Streiks ihrer Geschichte erlebt. Solches Durchhaltevermögen fordert allen Respekt und wäre ohne einen starken Kampfeswillen und Solidarität von außen nicht möglich gewesen.

Diesen „deutschen Rekord“ übertreffen die Arbeiter des Reifenwerks Euzkadi in Guadalajara/Mexiko jedoch bei weitem: drei Jahre blockierten sie das von der Schließung bedrohte Werk.

Euzkadi war ein mexikanisches Traditionsunternehmen, das seit den 1940er Jahren und in Guadalajara seit 1970 Reifen produziert. Schon immer gab es bei Euzkadi mit SURTE (Sindicato Unico de Trabajadores de Euzkadi) eine recht kämpferische, „rote“ Gewerkschaft im Betrieb, aus der 1970 die nicht weniger radikale SNRTE (Sindicato Nacional Revolucionario de los Trabajadores de Euzkadi) hervorging.

1998 gingen die Euzkadi-Werke durch Verkauf an die Continental AG. 2001 gewannen die radikaleren Mitglieder der SNRTE die Gewerkschaftswahlen in El Salto bei Guadalajara. Daraufhin ließ Continental das Werk schließen, da sich die Gewerkschaft vermeintlich Reformen verschließe, für die, wie Conti-Vorsitzender Manfred Wennemer betonte, „deutsche Gewerkschaften lange gekämpft haben“ und weil die Maschinen in diesem Werk veraltet seien. Die Gewerkschaft hielt dagegen: Das Werk in El Salto sei das modernste in ganz Lateinamerika. Vor allem aber, so wurde uns beim Besuch des Werkes immer wieder bestätigt, sei es Continental darum gegangen, die bestehende Gewerkschaft mundtot zu machen. Die Praxis, einen Betrieb zu schließen und unter neuem Namen – ohne die entsprechende Gewerkschaft – wieder zu eröffnen, wurde hier nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal in Mexiko angewendet. Dass dies der Plan der Conti-Manager gewesen ist, davon waren und sind die Arbeiter überzeugt.

Also blockierten sie den Abtransport der Maschinen – und dies über genau drei Jahre. Vier Arbeiter sind dabei verstorben, mindestens einer, weil er sich bewusst für den Streik und gegen eine Abfindung, einen neuen Job und damit eine Krankenversicherung entschied. 100 Arbeiter emigrierten in die USA, um dort noch ein Auskommen zu finden. In Mexiko standen die Familien der Streikenden auf schwarzen Listen, regional noch eine Stelle zu bekommen war unmöglich. Hausfrauen nahmen Arbeiten an, studierende Kinder mussten ihr Studium abbrechen, um ihre Familie zu ernähren.

Das ist in diesem Arbeitskampf keineswegs einmalig, aber zu betonen. Die 600 Euzkadi-Arbeiter, die sich zum Kampf gegen die Continental entschieden, konnten dies nur, weil ihre Familien hinter diesem Kampf standen. Jesús Torres Nuño, damals Gewerkschaftssprecher, betont in der WDR-Dokumentation „David gegen Goliath“ von Matthias Enger: „Der Tequila und die Frauen haben uns geholfen, diesen Kampf zu gewinnen.“. Das mag mexikanisch-machistisch klingen, aber Jesús Torres wie auch Enrique Gómez, der politische Berater der Streikenden von der trotzkistischen Arbeiterpartei POS (Partido Obrero Socialista) betonen, dass dies nicht sexistisch gemeint sei, sondern dass die Arbeit, das Streikposten-Stehen, der praktische Kampf der Angehörigen, ohne die Hausfrauen die vor dem Betrieb standen, unterbezahlte, halblegale Jobs annahmen und ihre Familien versorgten, nicht möglich gewesen oder dieser Kampf schon früh verloren gewesen wäre. Die Entscheidung für den dreijährigen Kampf fiel in den Familien.

Internationale Solidarität

Aber nicht allein die Unterstützung der Familien war es, die den Kampf letztendlich zum Erfolg führte, wesentlich war auch die Unterstützung von außen.



Gewerkschaftsvorsitzender Jesús Torres Nuño bekommt eine Machete von den Kämpfenden in Atenco überreicht

Die SNRTE wendete sich früh an Organisationen im Ausland, insbesondere in Deutschland und hier noch mal insbesondere in Hannover, dem Hauptsitz der Continental. Besondere Solidarität erfuhren die Arbeiter hier von FIAN und Germanwatch. Als diese beiden Organisationen zum ersten Mal Gewerkschafter aus Guadalajara nach Deutschland einluden, war es Zufall, dass gleichzeitig die Aktionärsversammlung der Continental stattfand. Die Reaktionen der Aktionäre sprechen gegen sie, auf die Frage, warum denn der Betrieb geschlossen worden sei, antworteten sie, dass die Arbeiter dort nicht arbeiten sondern streiken würden. Die Kritischen Aktionäre übergaben Jesus Torres ihr Rederecht, so dass dieser mehrfach vor den Aktionären sprechen konnte.

Ein Akteur, der eigentlich sofort hätte alarmiert sein sollen, tritt allerdings überhaupt nicht in Erscheinung: die deutsche DGB-Gewerkschaft IG BCE, welche im Stammwerk in Hannover vertreten ist. Mehrfach haben wir in Mexiko und bei einem Gegenbesuch in Deutschland gefragt, warum denn der DGB nicht angesprochen wurde. Für die mexikanischen Streikenden waren die Gewerkschaften des DGB der erste Ansprechpartner. Die Reaktionen aus dem DGB wurden von den mexikanischen KollegInnen als „desaströs“ und „absurd“ beschrieben. Deutsche Minister seien wesentlich einfacher zu kontaktieren gewesen als Offizielle der zuständigen Gewerkschaft. Abgesehen von Einzelpersonen aus dem Betriebsrat der Continental Hannover, denen daraufhin ein entsprechender Gegenwind ins Gesicht blies, gab es keinerlei Reaktionen aus den Reihen des DGB, bis dieser unter entsprechendem öffentlichen Druck stand: Erst als sich die deutsche Parteipolitik einmischte, fühlte sich auch der DGB berufen, sich einzumischen.

Die erfahrene Solidarität und die dadurch hergestellte Öffentlichkeit waren eindrucksvoll, jedoch nicht die einzige Ursache, die den Umschwung herbeiführte. Die Arbeiter von Euzkadi mussten auch vor die Gerichte ziehen. Mit Unterstützung von FIAN und Germanwatch wurde international geklagt und die Schließung des Betriebes wurde für unrechtmäßig erklärt. Mexikanische Arbeitsgerichte erkannten währenddessen den Streik als rechtens an. Erst durch diese Urteile wurde der Arbeitskampf 2005 zu einem Erfolg.

Die Continental AG musste 2005 neben den ausstehenden Löhnen von drei Jahren auch eine Abfindung zahlen, insgesamt etwa die Hälfte des Betriebswertes. Gemeinsam mit dem Reifenvertrieb El Llanto, vorher Abnehmer von Euzkadi, kauften die Arbeiter den Betrieb und produzieren seitdem selbstverwaltet.

Die 600 ehemalig Streikenden produzieren bis heute qualitativ hochwertige Reifen. Im Arbeitsablauf hat sich einiges geändert. So wurden die alten Vorarbeiter abgeschafft und die Arbeiter wählen selbst die Bereichsbeauftragten, die den Produktionsprozess bestimmen und kontrollieren. Jesús Torres, seinerzeit Gewerkschaftsvorsitzender, heute in geheimer, freier und gleicher Wahl gewählter Vorsitzender der Kooperative TRADOC (Trabajadores Democráticos de Occidente), zeigt uns stolz seinen Arbeitsplatz an einer Walze in der Fabrik. Aber er zeigt auch sein Büro. Über seinem Schreibtisch hängt eine Machete aus Atenco, überreicht durch die Organisationen, die in Atenco gegen den Flughafenausbau gekämpft haben und deren Mitglieder nun teilweise in mexikanischen Gefängnissen sitzen. Seit Beginn des Kampfes in Atenco spenden alle Arbeitenden einen Teil ihres Lohns an die Inhaftierten. Jesús Torres begründet das damit, dass auch die Arbeiter von Euzkadi drei Jahre lang zuverlässig von der Getränke-Kooperative Pascual, die Anfang der 1990er einen ähnlichen Kampf ausgefochten hatte, jeden Monat entsprechende Spenden bekommen hat. Ebenso werden auch andere ArbeiterInnen, die gerade dabei sind Kooperativen zu gründen, unterstützt, beispielsweise in Ocotlan, Tonel und Atenco. Genauso stolz wie auf die Machete aus Atenco ist Jesus sichtbar auf die beiden jungen Frauen, die nun bei TRADOC arbeiten: Bei Euzkadi haben nur Männer gearbeitet. Ungewöhnlich für mexikanische Verhältnisse versucht die Kooperative auch, den mexikanischen Machismus zumindest abzumildern.

Keine Bewegung ohne Widersprüche

Sicher ist die Zukunft der Kooperative keineswegs, wie Enrique Gómez bei seinem Gegenbesuch in Münster betonte. Die Produktion läuft stetig und stabil und dank der Beteiligung des vierköpfigen Vertriebs El Llanto ist eine Mindestabnahme garantiert. Die Löhne, die gezahlt werden, waren bisher für alle gleich, die Kooperative hat vor kurzem allerdings eine Staffelung der Löhne eingeführt. Die momentane Produktion reicht nicht aus, TRADOC ist auch nicht mehr Bestandteil der „anderen Kampagne“ der EZLN. Auf Nachfrage erklärt Enrique Gómez, dass die ArbeiterInnen politisch zu verschieden seien, um diese vorbehaltlos zu unterstützen. Auf dem Parkplatz der Fabrik findet man auch PKWs mit Aufklebern der regierenden (rechtsliberalen bis regional rechtsextremistischen) PAN. Enrique Gómez zeigt sich sichtlich frustriert, dass im Eingangsbereich der Fabrik nach wie vor die Büste des Betriebsgründers steht wie auch eine Plakette, die an die geplante Wiedereröffnung des selbstverwalteten Betriebs durch den damaligen Präsidenten Vicente Fox (PAN) erinnert. Fox hatte bei einem Deutschland-Besuch betont, dass er es nicht dulden würde, dass ein deutscher Konzern mexikanisches Arbeitsrecht brechen würde. Aus dem Munde des ehemaligen mexikanischen Coca-Cola-Managers eigentlich eine leere Phrase – aber zu diesem Zeitpunkt waren die mexikanische und internationale Rechtssprechung bereits auf Seiten der Streikenden. Aufgetaucht ist Fox dann aber doch nicht bei der Eröffnung eines selbstverwalteten Betriebs.

Diese Details mögen einen politisch denkenden Menschen vielleicht frustrieren, aber lassen wir ideologische Bedenken beiseite, bleibt ein mit allen möglichen Mitteln – konkreter Arbeitermacht, internationaler Solidarität, Öffentlichkeit und Nutzung des bestehenden Rechts – erfolgreicher Arbeitskampf, der zu einem erstaunlichen Ergebnis geführt hat: einem selbstverwalteten Betrieb. Parallelen zum Arbeitskampf bei Bike Systems Nordhausen drängen sich nahezu auf. Auch Strike Bike wäre nicht eine GmbH geworden, ohne einerseits die Unterstützung der FAU zu haben, andererseits aber auch vorbehaltslos mit Politikern des Landes Sachsen-Anhalt zu sprechen. Ein Strike Bike mit Reifen von TRADOC – das klingt doch eigentlich toll.

Torsten Bewernitz

In der **DA#190** wird es einen abschließenden Artikel mit einem Fazit der Artikel-Serie geben: Was können wir in Mitteleuropa von den Klassenkämpfen in Mexiko lernen?

Zu dem Streik und der Selbstverwaltung bei Euzkadi gibt es folgende Bücher auf deutsch:

Dortmund, Mechthild (Hrsg.): „Einen Tag länger als die Continental. Der Sieg der Arbeiter von Euzkadi/Mexiko über einen internationalen Konzern. Ein Streikbericht von Enrique Gómez Delgado“. Mit Beiträgen von Hubert Brieden, Dietrich Höper, Stephan Krull und Jürgen Scharna. Verlag Region + Geschichte, Neustadt 2008.

Gregor Maaß/Lars Stubbe (Hrsg.): „Contra Continental. Der Widerstand der mexikanischen Euzkadi-Arbeiter gegen den deutschen Reifenkonzern“. Neuer ISP-Verlag, Karlsruhe 2008.

Macht kaputt was euch kaputt macht!

Ein kurzer Einblick in die Geschichte und Hintergründe der MaschinenstürmerInnen

März 1811: In Nottinghamshire (Mittelengland) brechen kleine Gruppen von StrickerInnen, bewaffnet mit Knüppeln, Äxten und Hämmern in Manufakturen ein. Ihr Ziel ist die Zerstörung sogenannter Wirkmaschinen(1). Ihr Motiv ist Existenzangst, weil die neue Technik immer mehr menschliche Arbeit überflüssig macht.

In der Grafschaft Nottinghamshire werden so viele Strümpfe, Spitzen, Handschuhe und Krawatten gefertigt, wie nirgendwo sonst in England. Unternehmer lassen sie in den zahlreichen Manufakturen produzieren und exportieren sie in die ganze Welt. Als Folge der „Kontinentalsperre“(2) wird aber sowohl der Export von Textilien als auch der Import von Rohstoffen stark eingeschränkt. Lohnkürzungen für HandarbeiterInnen sind die Konsequenzen der Unternehmer, um die Herstellungskosten zu senken. Außerdem werden sogenannte Wirkmaschinen angeschafft, die endlos lange Strickschläuche herstellen, welche dann von ungelehrten ArbeiterInnen zerschnitten und zu „cut-ups“ vernäht werden. Auf diese Weise können Strümpfe billiger hergestellt werden. Etwa 500 ausgebildete StrickerInnen, die bisher jeden Strumpf nahtlos aus einem Stück fertigten, werden auf diese Weise eingespart. Der vermehrte Maschineneinsatz in der Textilindustrie lässt immer mehr Familien an Hunger leiden.

In den Wochen nach dem ersten „Sturm auf die Maschinen“ vergeht in Nottingham und den umliegenden Gemeinden kaum eine Nacht ohne Überfälle auf Manufakturen. Im Herbst 1811 beteiligen sich auch die ersten Baumwoll- und Seidenweber an den Protesten. Immer mehr kleinere Gruppen von Handwerkern, vereint durch den Hass auf die „Maschinen des Unheils“(3), treffen sich in Kneipen und Wohnhäusern. Unter dem Pseudonym „General Ned Ludd“(4) werden zahllose Drohbriefe verfasst, in denen sie die Bosse unter Todesandrohung auffordern, den durch Ausbeutung verdienten Gewinn gerecht unter den ArbeiterInnen zu verteilen.

Noch im November desselben Jahres schickt London fast 2.000 Soldaten in die kleine Grafschaft, um den Aufstand niederzuschlagen und eine Ausweitung auf andere Regionen zu verhindern. Doch die Maschinenstürme haben sich bereits auf andere Grafschaften ausgeweitet. Baumwollweber und Tuchscherer zerstören im Namen Ned Ludds in Manchester und Yorkshire mehr als 1.000 Maschinen, brennen Fabriken nieder und drohen ihren Bossen mit dem Tod. Mehr als 14.000 Soldaten werden in die mittelenglischen Grafschaften bis Ende des Jahres geschickt. Im Frühjahr 1812 verabschieden die englischen Abgeordneten den „Frame Breaking Act“, der Maschinensturm mit dem Tod bestraft.

Doch selbst die Androhung des Mordes konnte die Maschinenstürmer nicht aufhalten. Da die ArbeiterInnen zu erkennen schienen, dass sie mit den Maschinen sowieso sterben würden, weiteten sich Sabotageaktionen und Proteste auf ganz England und später auch auf Deutschland und den Rest Europas aus.

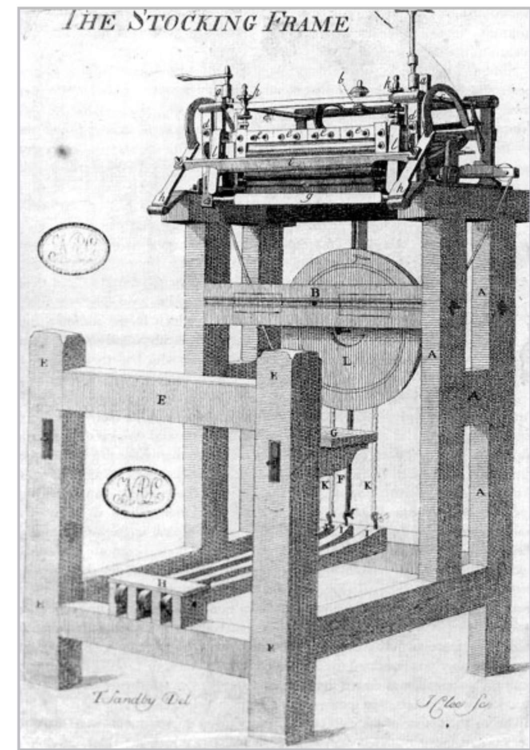


Bild einer Wirkmaschine, wie sie damals eingesetzt wurden

Der Anfang einer „neuen Zeit“

1776 erschien ein Buch, das noch bis heute als die „Bibel des Kapitalismus“ zu bezeichnen ist. In seinem Werk „Untersuchung über die Natur und Ursachen des Wohlstandes der Nationen“ beschreibt der Professor für Moralphilosophie Adam Smith(5) zum ersten Mal den grundlegenden Mechanismus des Marktes.

England war das erste Land, das die von Smith geforderten Bedingungen umsetzte. Und in keinem anderen Land auf der Welt vollzog sich die Entwicklung des Kapitalismus in so einem monströsen Ausmaß. Vermehrte Arbeitsteilung, Wegfall von Handelshemmnissen und der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft sorgten für eine größere Warenumschlagshäufigkeit und schienen den Wohlstand Englands zu erhöhen. Aber tatsächlich zeigte sich unter den „neuen Bedingungen“ das Privateigentum von seiner brutalsten und zerstörerischsten Seite. Millionen Menschen, die ins Nichts geworfen und zur Prostitution gezwungen wurden, die mit nichts anderem als ihrem bloßen Leben ein neues Herrschaftsverhältnis begründeten: die Lohnsklaverei. Die Feudalherrschaft war zwar abgeschafft, aber in Wahrheit hatte sich lediglich die Bezeichnung geändert und die Herrscher hatten gewechselt. Der neue Feudalismus hieß jetzt Kapitalismus. Unternehmer waren die Feudalherren der sogenannten „Neuen Zeit“. Männer, die ihr streben nach Gewinn nicht als verwerfliche Habgier sahen, sondern als ökonomisches Grundprinzip.

In England wuchsen über Nacht riesige kapitalistische Metropolen, in denen der „neue Wohlstand“ produziert wurde. Bekanntester Magnet kapitalistischer Ausbeutung war wohl Manchester. Mit seinen riesigen Agglomerationsprozessen(6) schuf der Kapitalismus rund um die Produktionsmetropolen nie zuvor da gewesene Armutsviertel: riesige Ghettos, die die industrielle Reservearmee beherbergten; Millionen Männer, Frauen und Kinder, die in jedem Menschen aus ihren eigenen Reihen einen potentiellen Feind sahen, weil er vielleicht derjenige ist, der bereit ist, seine Arbeitskraft für noch weniger zu verkaufen. Besonders ethnische Minderheiten werden Opfer des durch den Kapitalismus geschaffenen Rassismus. Vor allem Iren galten zu dieser Zeit als „minderwertig“.

Aber der technische Fortschritt mit immer besser werdenden Produktionstechniken und Maschinen bildete schon bald den neuen Feind der ArbeiterInnen. Überall da, wo es möglich war, setzten Unternehmer Maschinen ein und sparten somit an menschlicher Arbeit. Menschen, deren Berufsstand von heute auf morgen einfach nicht mehr gebraucht wurde, weil er durch eine Maschine ersetzt wurde, welche von einer anderen ungelernten und billigeren Kraft bedient werden kann. Die Maschinen, die den ArbeiterInnen die Arbeit hätten erleichtern können, scheinen zu einer Existenz gefährdenden Plage geworden zu sein.

Die Aktionen der Maschinenstürmer, die aus Angst um ihre Existenz gehandelt haben, zeigen ein ganz grundlegendes Problem des Kapitalismus auf: Auch wenn viele Menschen behaupten, dass das was wir heute an technischen Mitteln benutzen, ohne Wettbewerb gar nicht möglich wäre, kann man aber ganz bestimmt sagen, dass technischer Fortschritt in einem System, das auf Profit und Egoismus basiert, schnell dazu führt, dass es einen großen Teil von Menschen hervorbringt, die von den Vorzügen der neuen Technik ausgeschlossen sind. Sie bilden die Schicht der Menschen, die im Spiel namens Marktwirtschaft versagt haben und abgehängt wurden. Links liegen gelassen, denn überleben kann nur der Stärkere.

„Hurra, endlich wird die Arbeit knapp!“

Der besagte „Wohlstand der Nationen“ bleibt aus, wenn sich Produktionsmittel und Kapital nur in den Händen weniger Privilegierter befinden. Sie produzieren mit ihren Maschinen und wenigen Sklaven das, was im Endeffekt die Arbeitslosen kaufen sollen. Wenn aber der Mensch im eigenen Land nicht mehr in der Lage ist, die Produkte zu kaufen, dann muss halt exportiert werden, und zwar in Länder, in denen es noch Kaufkraft gibt. Aus diesem Grund „funktionieren“ auch sogenannte „Sonderwirtschaftszonen“. So sind zum Beispiel TextilarbeiterInnen in Honduras mit ihren geringen Löhnen niemals in der Lage, das, was sie produzieren, auch selber zu kaufen. Kapitalistische Märkte sind immer auf andere Märkte angewiesen. Und so lassen sich die Handlungen der Unternehmer Englands zu Zeiten der Kontinentalsperre gar nicht erklären. Wenn sie nicht mehr in der Lage waren, ihre Nachfrager im Ausland zu bedienen, warum stärkten sie dann nicht die Nachfrage im Inland? Stattdessen taten sie genau das Gegenteil. Sie setzten Maschinen ein und machten so ihre potentiellen KäuferInnen arm. Kapitalistische Verwertungslogik.

Aber auch heutzutage leidet ein Großteil der Menschen darunter, dass ihre Arbeit mittlerweile von Maschinen ersetzt wurde. Als Beispiel sei da die Automobilbranche genannt. Der einstige „Jobmotor“ war damals für seine sicheren und zahlreichen Arbeitsplätze bekannt. Heute werden diese von Maschinen besetzt und zahlreiche ArbeiterInnen verlieren ihre Existenzgrundlage. Da scheint eine Forderung nach einer Maschinensteuer, die Sozialleistungen für die Menschen erwirtschaftet, die „überflüssig“ gemacht wurden, nur fair zu sein.

Aber ist es das wirklich? Bedeutet, einen Job zu haben, nicht auch gleichzeitig gesellschaftliche Anerkennung? Und wer oder was gibt einen diese wieder zurück? Die Tatsache, dass die Menschen in Zukunft weniger arbeiten müssen, sollte eine Gesellschaft nicht vor ein soziales Problem stellen. Im Gegenteil sollte jeder von uns, ohne Existenzangst, sagen können: „Hurra, endlich wird die Arbeit knapp!“ Aber unter den herrschenden Bedingungen eines modernen Sklavensystems – dem Verhältnis von Unternehmern und Lohnabhängigen, von Herrn und Sklave –, das die Produktionsmittel und damit verbundene Macht nur für eine Seite der Menschheit bereitstellt, während es die andere ausbluten lässt, wird uns der technische Fortschritt zum Verhängnis. Erst die Kollektivierung aller Produktionsmittel, Rohstoffe und Maschinen wird den sozialen Ausgleich bewirken. Erst wenn jedem Menschen der Zugang zu ihnen und damit auch der Zugang an dem gesellschaftlichen Reichtum offen ist, können wir behaupten, Technologien „effizient“ zu nutzen. Sie werden den Menschen erlauben, bei steigendem Wohlstand die Arbeitszeit zu verringern, weil noch vorhandene Arbeit auf alle anderen umgelagert wird.

WHEREAS,
Several EVIL-MINDED PERSONS have assembled together in a riotous Manner, and DESTROYED a NUMBER of
FRAMES,
In different Parts of the Country:
THIS IS
TO GIVE NOTICE,
That any Person who will give Information of any Person or Persons thus wickedly
BREAKING THE FRAMES,
Shall, upon CONVICTION, receive
50 GUINEAS
REWARD.
And any Person who was actively engaged in RIOTING, who will impeach his Accomplices, shall, upon CONVICTION, receive the same Reward, and every Effort made to procure his Pardon.
☞ Information to be given to Messrs. COLDHAM and ENFIELD.
Nottingham, March 26, 1811.

Ein Brief von Ned Ludd

Benjamin Simmon

(1) Wirkmaschinen stellen Maschenware mit Hilfe vieler einzelner Nadeln her, die alle gleichzeitig nähen. Damit können Textilien schneller und beinahe ohne den Einsatz von menschlicher Arbeit hergestellt werden.

(2) War eine 1806 von Napoleon verfügte Wirtschaftsblockade, die bis 1814 anhielt. Sie war ein wirtschaftsstrategisches Mittel, um England in die Knie zu zwingen.

(3) „Maschinen des Unheils“ war ein Protestlied der NäherInnen.

(4) Ned Ludd war ein Pseudonym unter dem fast alle MaschinenstürmerInnen agiert haben. Daher nannte man sie auch „Luddisten“. Bis heute ist nicht geklärt, ob es jemals einen Ned Ludd gegeben hat.

(5) Adam Smith (1723-1790) gilt als Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre.

(6) Bezeichnet den stark ansteigenden Bevölkerungszuwachs einer Region. Metropolen, in denen ein wirtschaftliches Wachstum stattfindet, locken Menschen in der Hoffnung an, eine Arbeit und ein besseres Leben zu finden.

TERMINE

Veranstaltungsrundreise mit Stephanie Basile
(siehe Catwalk Seite 1)

Bochum:
Mo. 8.9., 19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108. Veranstalter: LabourNet Germany & Kulturzentrum Bahnhof Langendreer.

Wuppertal:
Di. 9.9., 19.00 Uhr, Alte Feuerwache, Gathe 6 (Elberfeld). Veranstalter: Basisinitiative Solidarität.

Bremen:
Mi. 10.9., wg. Ort und Uhrzeit auf Flyer achten. Veranstalter: FAU Bremen.

Hamburg:
Do. 11.9., 18.30 Uhr, Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15. Veranstalter: Jour Fixe Gewerkschaftslinke Hamburg.

Göttingen:
Fr. 12.9., 19.00 Uhr, DGB-Haus, Obere Masch 10. Veranstalter: Göttinger Betriebsexpress.

Berlin:
Mo. 15.9., 20.00 Uhr, FAU-Lokal, Straßburger Str. 38. Veranstalter: FAU Berlin.



Hansen ist überall

Wie kapitalistisch ist der DGB? Die Geschäftspraktiken der DGB-Gewerkschaften und ihre Einbindung in Unternehmen und Politik werfen unbequeme Fragen auf.

Der Gleiswechsel Norbert Hansens im Schienennetz der Karrieren war in Gewerkschaftskreisen eines der großen Themen in diesem Jahr. Als der Gewerkschafter im Mai seinen Rücktritt als TransNet-Chef erklärte und seinen neuen Posten als Arbeitsdirektor bei der Bahn antrat, war von „Seitenwechsel“, ja sogar von „Überlauf“ und „Verrat“ die Rede. Schon zuvor standen Hansen und seine TransNet in der Kritik: Die Eisenbahngewerkschaft im DGB vertrat offiziell eine Position, die die Privatisierung der Bahn befürwortete, während der berüchtigte Mehdorn-Freund munter mit dem Bahnvorstand fraternisierte und seine Organisation gar als Instrument nutzte, um die Konkurrenzgewerkschaft, die GdL, unter Druck zu setzen. Empörung und Aufatmen vermischten sich so bei vielen GewerkschafterInnen. Der Gewerkschaftsboss habe sein wahres Gesicht gezeigt; z.T. erkläre dies den unternehmerfreundlichen Kurs von TransNet. Immerhin sei man Hansen und seine Politik nun los.

Sicherlich, der Fall Hansen ist symptomatisch, er wirft ein Schlaglicht auf die Ausrichtung von TransNet. Doch steht und fällt diese mit einem Norbert Hansen? Sein Nachfolger Lothar Krauß ist nicht unbedingt anderer Machart, und unabhängig von Personalfragen, sind alle DGB-Gewerkschaften unternehmerfreundlich ausgerichtet – die einen mehr, die anderen weniger.[1] Das Problem zu personalisieren, lenkt nur von den eigentlichen Ursachen ab. Und ist es überhaupt richtig, von Verrat und Überlauf zu sprechen? Das setzt schließlich voraus, dass es sich bei den Seiten, zwischen denen gewechselt wird, um Antagonisten handelt. Hansens TransNet pflegte aber länger schon ein partnerschaftliches Verhältnis zur Unternehmensleitung und folgte dem Unternehmensinteresse. Der Verrat, wenn man das so nennen kann, fand also schon weit davor statt, eine Tatsache, die ebenso unabhängig von Personalien ist und sich nicht allein auf TransNet beschränkt. Wenn auch die Sozialpartnerschaft in der Praxis durch die Offensive des Kapitals erschüttert wurde, so folgt der DGB insgesamt noch immer einer sozialpartnerschaftlichen Doktrin, die keinen Klassenantagonismus kennt und die Kooperation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern betont. Diese Doktrin besteht selbstverständlich nicht nur im Kopf, sondern findet ihren reellen Niederschlag in der gewerkschaftlichen Praxis und in den Strukturen und Institutionen, die die Arbeitsbeziehungen bestimmen.

Liga der Wendehälse

Der Trubel, der um die Hansen-Story gemacht wurde, ist in diesem Zusammenhang absolut unverständlich. „Überläufe“ sind fast etwas Alltägliches und finden auf allen Ebenen der Arbeitsbeziehungen statt. Ungewöhnlich am Fall Hansen ist allenfalls, dass es seltener auf so hoher Ebene vorkommt. Wobei dies auch daran liegen dürfte, dass soweit oben ein formeller Wechsel gar nicht nötig scheint, so stark integriert sind ranghohe Gewerkschafter in die wirtschaftliche Belle Etage.

Generell gilt aber: Wenn Gewerkschaftssekretäre ihre Arbeit machen, ohne zuviel Staub aufzuwirbeln und den Arbeitgebern positiv

2002: Proteste gegen die Liquidierung der Union Druckerei in Frankfurt a.M.

auffallen (d.h. durch kooperatives Verhalten in der Arbeitsgemeinschaft), haben diese gute Chancen, einen gut bezahlten Posten angeboten zu bekommen. So weiß ein Verdi-Gewerkschaftssekretär anonym zu berichten: „Wechsel ins andere Lager stehen fast auf der Tagesordnung. Ein Kollege von mir aus Mannheim, der das Gesundheitswesen dort betreute, wurde 2001 Personaldirektor im Klinikum Ludwigshafen. Da darf ich jetzt mit ihm verhandeln. Sein Vorgänger beim Klinikum war früher beim Hauptvorstand der ÖTV Abteilungsleiter des Bereiches „Gemeinden“. Der Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Mainz ist jetzt Vorstand bei den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden. Der Transportsekretär aus Neuwied ist Personalchef bei Schenker. Und so weiter. Posten als Arbeitsdirektor sind auch immer beliebt; sie sind Teil der Geschäftsleitung und sollen sich um die Belange der Beschäftigten kümmern. Der Landesbezirksleiter der IG BCE Rheinland-Pfalz ist das jetzt bei RWE (verdient ca. 400.000 Euro im Jahr) und Herbert May, Bsirskes Vorgänger bei der ÖTV, bei der FraPort AG. Das sind nur ein paar Beispiele aus meinem direkten Umfeld.“ Wer sich die Mühe macht, der könnte sicher eine überdimensionale Liste solcher Seitenwechsel erstellen.

Doch der „Verrat“ beginnt nicht erst beim formellen Seitenwechsel, er ist der letzte Schritt – in gewisser Hinsicht einer, der zumindest Klarheit schafft. Denn auf welcher Seite die zahlreichen GewerkschafterInnen wirklich stehen, die (noch) in sozialpartnerschaftlichen Institutionen wie Betriebsrat oder Aufsichtsrat arbeiten, darüber herrscht große Uneinigkeit: Der offizielle Anspruch, Arbeitnehmer zu vertreten, täuscht vielerorts darüber hinweg, wie des einen oder anderen Rates Arbeit den Unternehmern in die Hände spielt.

Inwiefern genau das auf die Betriebsräte zutrifft, darüber mag sich noch streiten lassen. Hier findet man tatsächlich die eine oder andere ehrliche Haut, die es ernst meint mit den Arbeiterinteressen, während die Distanz zum eigentlichen Klientel noch nicht allzu fern ist. Verrat und Korruption sind hier zumindest nicht epidemisch, auch wenn Betriebsräte schon mehr sind als nur Brutstätten verräterischer Keime.[2]

Weitaus eindeutiger lässt sich allerdings der Charakter der Mitbestimmungsstrukturen in den Aufsichtsräten herausfiltern.

Mitbestimmung – ein Euphemismus für Korruption

Schon damals, als die Aufsichtsräte in den 50ern und 70ern geschaffen und mit Gewerkschaftsvertretern besetzt wurden,[3] war den Unternehmen diese „Mitbestimmung“ recht, und sie ist es, mit Abstrichen, auch heute noch. Vorsitzende und wichtige Funktionäre der Gewerkschaften werden über die Aufsichtsräte in die Unternehmenspolitik eingebunden, dadurch prozessweise korrumpiert und sozusagen „legal bestochen“. Frank Bsirske z.B. erhält für sein Mandat als stellvertr. Vorsitzender des Aufsichtsrates bei der Lufthansa eine „Aufwandsentschädigung“ von 200.000 Euro pro Jahr. Das ist mehr, als er bei Verdi als Vorsitzender verdient. Da stellt sich natürlich die Frage, wem dabei die Loyalität gilt.

Bleiben wir beim Beispiel Bsirske: Für einen kleinen Skandal sorgte er, als er im Sommer während des Lufthansa-Streiks seiner Gewerkschaft in den Urlaub flog, mit der Lufthansa, 1. Klasse, und zwar gratis. Denn als Aufsichtsrat der Lufthansa hat Bsirske grundsätzlich alle Flüge frei. Dirk Niebel, Generalsekretär der FDP, forderte den Rücktritt Bsirskes und argumentierte: „Als Vorsitzender der [von] Verdi vertritt er die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer der Lufthansa. Als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates müsste er sich um das Wohl des Unternehmens Lufthansa kümmern“.[4] Sein Kompagnon Rainer Brüderle ergänzte: „Gewerkschaftsfunktionäre gehören nicht als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat“, um schließlich sogar bezogen auf Betriebsräte zu fordern, dass niemand, der gewählt wird, um die Interessen der Beschäftigten zu vertreten, aus dieser Position persönliche Vergünstigungen in Anspruch nehmen dürfe.[5]

Große Worte von FDP-Politikern, die in dieser Form sicher auch mancher Syndikalist unterschreiben könnte. Denn was sich darin ausdrückt, ist zumindest ein Klassenstandpunkt, nur eben von der anderen Seite der Arena aus. Den haben anscheinend DGB-Funktionäre in keiner Form, und so bringt es Niebel auf den Punkt, wenn er geifert, Bsirske könne aus dem Urlaub zurückkommen, „um hier den Tarifabschluss als Arbeitgeber und Gewerkschaftsboss zu feiern“. Es irrt sich der Klassenkämpfer von oben nur, wenn er behauptet, Bsirskes „Doppelmandat ist eine gleichermaßen einmalige wie einträgliche Form der Tarifeinheit“.[6]

Einmalig? Wohl kaum! Fast jeder DGB-Spitzenfunktionär sitzt irgendwo im Aufsichtsrat: Lothar Krauß, der neue Transnet-Chef ist z.B. stellvertr. Vorsitzender des Aufsichtsrates bei der Bahn, wo er Doppelvorgänger Hansen gleichfalls beerbte; Berthold Huber, Chef der IG Metall, sitzt im Aufsichtsrat bei Siemens und dessen Vorgänger Jürgen Peters bei Salzgitter und VW; Michael Sommer, der Big Boss in der DGB-Hierarchie, wagt sogar den Dreier und ist im Aufsichtsrat bei der Telekom, der Postbank und der DGB Rechtsschutz GmbH. Um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Was auch immer die ursprüngliche Intention der Gewerkschaften war, in die Aufsichtsräte zu kommen, bis heute hat sich das Ganze dahingehend entwickelt, dass die partizipierenden Gewerkschafter selbst zum „Arbeitgeber“ geworden sind und quasi einer Managerklasse angehören.[7] Getrost ließe sich demnach behaupten, dass fast allen deutschen Gewerkschaften Manager vorstehen. Wer Spaß daran hätte, könnte sicherlich mit guten Erfolgsaussichten beim Bundesarbeitsgericht auf Gegnerfreiheit[8] klagen, um etliche Riegen des DGB zu säubern. Es gäbe gute Argumente dafür.

Die Steinkühlerisierung der Gewerkschaften

Der Interessenkonflikt, den die Lakaien Niebel und Brüderle am Beispiel Bsirske konstatieren, besteht theoretisch tatsächlich, praktisch löst er sich jedoch zugunsten des Unternehmensinteresses auf. In seiner stumpfen Rekapitulation neoliberaler Kehrreime verkennt das Duo Nieberle, was viele Unternehmer erkannt haben: GewerkschafterInnen im Aufsichtsrat sind im ureigensten Unternehmensinteresse; sie werden kooptiert und lernen auch noch das nötige Handwerk. Man bedenke nur einmal, wie es Hansen als frischgebackener Arbeitsdirektor hat krachen lassen, als er einen „Personalabbau zur Steigerung der Effizienz“ ankündigte! Solch soziale Distanz und Kälte will gelernt sein. Nicht wenige Top-Gewerkschafter haben sich das in ihrem Leben nach der Gewerkschaft (oder gar währenddessen) in der Wirtschaft zu Nutze gemacht. Wohl noch vielen bekannt sein dürfte der Gewerkschafter in Nadelstreifen, Franz Steinkühler. Der ehem. IG Metall-Vorsitzende (1986-93) ist heute Vermögens- und Unternehmensberater. Steinkühler war gewissermaßen der Prototyp des modernen Manager-Gewerkschafters. Als Aufsichtsratsmitglied von Daimler Benz führte dieser sogar Insideraktiengeschäfte durch und pflegte zarte Bande mit seinen eigentlichen Widersachern. Der moderne Gewerkschafter ist eben geschäftstüchtig und hat Verständnis für die Wirtschaft. Heute wissen wir das.

Zwei Beispiele mögen angebracht sein, um das herauszustellen:

1) Als Krauß den TransNet-Chefposten übernahm, verteidigte dieser den Wechsel Hansens: „Das ist Bestandteil der deutschen Mitbestimmungskultur.“ Er sei „stolz“ darauf, dass Gewerkschafter auch Verantwortung als Arbeitsdirektor übernähmen, und verwies darauf, dass dies in anderen großen Unternehmen ebenfalls üblich sei.[9]

2) 2004 veröffentlichte die DGB-nahe Hans-Böckler-Stiftung eine Schrift zum Thema des Interessenkonflikts, die u.a. fragt, ob Gewerkschafter prinzipiell in den Aufsichtsrat gehören. Wer glaubt, es würde diskutiert werden, ob GewerkschafterInnen im Aufsichtsrat überhaupt das Interesse ihrer Klientel vertreten könnten, weit gefehlt. Kein Wort darüber. Stattdessen Lobhudeleien, dass Gewerkschafter im Aufsichtsrat im Interesse des Unternehmens wären; sie würden Erfahrung einbringen und für den Betriebsfrieden sorgen.[10]

In allen Ecken

Auch in andere Instanzen der gesellschaftlichen Macht wirken GewerkschafterInnen hinein und tragen ihr Scherflein zum Funktionieren der bestehenden Sozial- und Wirtschaftsordnung bei. Zunächst einmal existieren da die immerwährenden Seilschaften mit der Sozialdemokratie. Auch wenn die traditionelle Partnerschaft zwischen DGB und SPD allmählich am Bröckeln ist, ist die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftspromis Mitglied in der SPD (so auch und immer noch Hansen). Freundschaftliche Beziehungen und Gefälligkeiten zwischen GewerkschafterInnen und PolitikerInnen sind Usus. Das kann den einen oder die andere schon mal in die Zwickmühle bringen, wenn man sich in einem Konflikt formell auf verschiedenen Seiten befindet, so z.B. in Berlin, wo GewerkschafterInnen ihren rot-roten Spießgesellen gegenüber stehen, wenn im öffentlichen Bereich etwas losgetreten wurde. Zurückhaltung in den Forderungen aus Verständnis gegenüber den Sparzwängen des Senats ist hier vorprogrammiert. Mancher Gewerkschafter würde da am liebsten den Konflikt abblasen, wäre da nicht diese Basis, die es auch noch irgendwie zu befriedigen gilt. Und so balanciert man das Ganze auf einem schmalen Grat aus, um ein wenig

Fortsetzung auf Seite 11

(1) Im Prinzip sind in Dtschld. alle etablierten Gewerkschaften gelb. Siehe M. Seiffert, „Die AUB und die Rolle gelber Gewerkschaften“, DA Nr. 181.
(2) Siehe dazu die beiden Diskussionstexte der FAU Neustadt a.d.W. und der FAU Moers zum Thema Betriebsrat, DA Nr. 185 & 186.
(3) Nach dem 2. WK gab es eine große Bewegung zur Sozialisierung der Wirtschaft, zumindest der größeren und bedeutsamen Betriebe. Dies wurde schließlich reduziert auf eine „Mitbestimmung“, die 1951 im BetrVG festgeschrieben wurde. Teil dieser Regelung war auch die Gründung und Besetzung von Aufsichtsräten in Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Hierfür wurde eine „paritätische Mitbestimmung“ festgelegt, wonach die Beschäftigten die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder wählen sollten. In größeren Betrieben, zunächst nur des Bergbaus (daher „Montan-Mitbestimmung“), wurden zwei Aufsichtsratsmitglieder direkt von der zuständigen Gewerkschaft (also ausschließlich DGB-Gewerkschaften) benannt. Als 1972 das BetrVG novelliert wurde, blieben die Regelungen über die Aufsichtsräte aus dem BetrVG von 1951 in Kraft. 1976 dann wurde das Ganze im „Mitbestimmungsgesetz“ auf alle Betriebe mit über 2.000 Beschäftigten ausgedehnt. Mittlerweile wurden diese Regelungen in einem einzigen Gesetz zusammengefasst. Offiziell dient der Aufsichtsrat zur Kontrolle des Managements bzw. Vorstands, zum „Wohle des Unternehmens“, versteht sich. Unternehmer haben immer eine Stimme mehr.
(4) „Luftverkehr läuft trotz Streik normal“, Tagesspiegel, 28.07.2008.
(5) So Brüderle auf dem FDP-Portal www.fdp-rlp-aktuell.de.
(6) Presseportal der Rheinischen Post, 01.08.2008.
(7) Michael Albert spricht z.B. von einer „Koordinatorenklasse“. Siehe „Ein Vorschlag zur Güte“, DA Nr. 188.
(8) Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung notwendige Eigenschaft einer Gewerkschaft. Gegnerfrei ist eine Organisation, wenn keine finanzielle oder personelle (z. B. durch Mitgliedschaft von Arbeitgebern) Abhängigkeit von sozialen Gegenspielern besteht.
(9) „Krauß soll neuer Transnet-Chef werden“, Süddeutsche Zeitung, 09.05.2008.
(10) „Zur aktuellen Kritik der Mitbestimmung im Aufsichtsrat“, Februar 2004.
(11) Die Abgeordnetenliste des Bundestages kategorisiert nur nach Grundberufen. Die Angaben beruhen deshalb auf eigenen Berechnungen.

Fortsetzung von Seite 10

Luft abzulassen.

Aber auch über die SPD hinaus: Wer weiß schon, dass GewerkschafterInnen die größte Gruppe unter den Abgeordneten des Bundestags stellen? 170 von ihnen sitzen dort unter den 612 Abgeordneten; das sind 27,8% (die zweitgrößte Gruppe, die Juristen, stellen 23,3%).[11] In dieser Eigenschaft sind sie mitverantwortlich für die politischen Rahmenbedingungen, die die neueste Entfaltung des neoliberalen Kapitalismus zuungunsten der Arbeiterschaft bedingen, so z.B. im Falle von Hartz IV. Von politischem Widerstand der GewerkschafterInnen im Parlament war damals zumindest nichts zu hören. Auch ein Blick auf die Zusammensetzung der Kommissionen, die arbeiterfeindliche Ergebnisse gebracht haben (z.B. Hartz, Rente), offenbart, dass diese, wie üblich bei solchen Kommissionen, unter ranghoher gewerkschaftlicher Beteiligung tagten.

Während der DGB also öffentlich und auf der Straße gegen die neuesten unsozialen Arbeits- und Sozialgesetze andonnert, ist er gleichzeitig für diese Gesetze institutionell mitverantwortlich.

Karrierefeld Gewerkschaft

Über die verschiedenen Verstrickungen der Gewerkschaften mit Wirtschaft und Politik hinaus ist von Interesse, wie die DGB-Gewerkschaften selbst zunehmend als quasi-kapitalistische Unternehmen funktionieren, sowohl was die interne als auch die externe Funktionsweise betrifft.

Zum einen haben die Gewerkschaften immer mehr den Charakter von Dienstleistungsbetrieben angenommen. Unabhängig von den degenerativen Potentialen, die im Konzept hierarchischer Stellvertretung vorangelegt sind, begreifen sie gewerkschaftliche Grunderfordernisse (Rechtsschutz, Beratung, Altersvorsorge etc.) fast nur noch als Dienstleistungsangebot, für das Kunden ähnlich wie z.B. beim ADAC mit entsprechenden Beiträgen zahlen und das sie dann, selbst inaktiv, dafür in Anspruch nehmen können. Nicht mehr, nicht weniger. Funktionäre agieren dabei als Agenten, die die Angelegenheiten vermittelnd zwischen den Gewerkschaftskunden und den Arbeitgebern regeln. Im Amerikanischen fasst man dieses Phänomen des geschäftsmäßigen Umgangs auch unter dem Begriff der „Business Union", wobei Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite quasi als Geschäftspartner betrachtet werden.[12]

Integrierte Gewerkschaften im Kapitalismus sind eben auch nur ein Geschäft. Das sieht man nicht nur daran, dass ihre Vorgehensweise von Rentabilitätsdenken geprägt ist, z.B. wenn bestimmte Bereiche und Teile der Arbeiterschaft als nicht organisierbar ausgeklammert werden, weil eine Organisierung sich dort unter dem Strich nicht zu rechnen scheint. Es drückt sich ebenso in der Professionalisierung der Gewerkschaft aus. Schon in den „freien Gewerkschaften" der Weimarer Republik gab es eine deutlich zu erkennende Tendenz, dass sie verstärkt opportunistische und karrierelüsterne Elemente anzogen, die erkannten, dass es sich hier um ein zukunftsfähiges Berufsfeld handelte, das sogar mit der Aussicht auf Machterhalt verbunden war. Spätestens nach dem 2. Weltkrieg wurde der DGB zum Feld alternativer Karrierewege für Emporkömmlinge aus der Arbeiterklasse. Was auch immer es an Leuten gab, die das Potential hatten, sich zu aufrechten Kämpfern für die Sache der Arbeiterklasse zu entwickeln, sie wurden entweder schrittweise im Gewerkschaftsapparat kooptiert oder blieben isoliert, wenn sie sich außerhalb des hegemonialen DGB bewegten.[13] Die Steinkühlerisierung, der Übergang vom Gewerkschaftsboss, der zumindest noch bedingt proletarische Etikette wahrte, hin zum Gewerkschafter in Nadelstreifen und mit Luxusauto, war so nur eine Frage der Zeit.

Gewerkschaften als Arbeitgeber

Die Professionalisierung betrifft jedoch nicht nur die hohen Ebenen, sondern zeigt sich durchweg. Als Unternehmen und Karrierefeld sind die Gewerkschaften selbst Arbeitgeber eines großen Personalapparats. Seien es die Gewerkschaftssekretäre, die einfachen Beschäftigten oder sogar PraktikantInnen. Die mehreren tausend Beschäftigten der DGB-Gewerkschaften sind immer wieder mit ähnlichen Widrigkeiten konfrontiert wie die der Privatwirtschaft. So führten sowohl der DGB-Dachverband als auch Verdi in den letzten Jahren rationalisierende Haushaltskonsolidierungen durch: Der Dachverband minderte so seine Beschäftigtenzahlen von 2.076 auf 860,[14] Verdi baute in den letzten Jahren gar 1.400 Stellen ab.[15] 2006 gab es sogar Proteste von Verdi-Beschäftigten, als der Vorstand die betriebliche Altersvorsorge von knapp der Hälfte der 3.500 Beschäftigten massiv beschnitt.[16]

Der DGB wird zwar in seinen Geschäftsberichten nicht müde, sich als vorbildlichen Arbeitgeber zu bezeichnen. Das mag für die Kernbeschäftigten z.T. sogar zutreffen, anders schaut das aber bei gewerkschaftseigenen Firmen und ausgegliederten Gesellschaften aus. 1998 gliederte der DGB z.B. die DGB Rechtsschutz GmbH aus, fast die Hälfte der Beschäftigten wurde so zu Angestellten in der Privatwirtschaft. Über die Arbeitsverhältnisse in den 173 Standorten der GmbH schweigt sich der Geschäftsbericht dann aber aus. Nachforschungen könnten hier womöglich Interessantes zum Vorschein bringen.

Mehr weiß man da schon z.B. über das Berufsfortbildungswerk (bfw). Hier beschwerte sich 2003 der Betriebsrat in Gelsenkirchen, dass es beim bfw gängige Praxis sei, „entlassenen Mitarbeitern bei der 'inab', einer Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des bfw, einen Job anzubieten. Anders als im bfw gilt bei der 'inab' kein Tarifvertrag. Dass Weiterbildner in neuen Positionen auf die Hälfte ihres bisherigen Einkommens verzichten, ist keine Seltenheit."[17] Das bfw, ein gemeinnütziges Unternehmen des DGB, ist bundesweit in der beruflichen Bildung und Beratung tätig, während die inab GmbH, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft, ihr Feld erweitert hat und sich neben Zeitarbeitsunternehmen wie Adecco, Manpower und Randstadt auch als PersonalServiceAgentur behaupten will. Sollte das Geschäft mit der Arbeitslosigkeit nicht den gewünschten Ertrag bringen, dann gibt man diesen Geschäftszweig halt auf.[18]

Verdi wiederum hat seine Bildungsarbeit in Form der ver.di Bildung + Beratung GmbH und der ver.di GewerkschaftsPolitischeBildung GmbH ausgegliedert und vermarktwirtschaftlicht. Ziel dessen ist, „Gewerkschaftliche Bildungs- und Begegnungsangebote ... auf der Basis von Wirtschaftlichkeit professionell und serviceorientiert anzubieten", so der Geschäftsbericht von 2007. Verdi selbst verweist darauf, dass der Anspruch auf Arbeitsplatzerhalt und gute Entlohnung sich mit betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten beißt; die Bildungsstätten müssten schließlich konkurrenzfähig in der Branche sein. So wurden denn auch von 2003-2005 über 800.000 Euro in den Personalkosten eingespart. Der Geschäftsbericht lobt die (Verzichts-)Bereitschaft der Beschäftigten, ohne die dasselbe Angebot nicht aufrechtzuerhalten gewesen wäre. Denn bei Verdi weiß man: „ohne die Leistungsbereitschaft der ver.di-Beschäftigten ist eine Neuausrichtung der Organisation hin zu einem erfolgreichen Unternehmen nicht zu schaffen." Ausgegliedert hat Verdi auch die ver.di-Vermögensverwaltungsgesellschaft (VGG), die mit der Vermehrung des Kapitals der Gewerkschaft beauftragt ist (siehe unten). Dazu nur eines: die VGG hält die Gebäude der Bildungsstätten von ver.di und vermietet sie wiederum an die Gewerkschaft. Ohne Kommentar.

Die Gewerkschaft als Kapitalistin, ...

Damit aber nicht genug. Die Gewerkschaften setzen dem ganzen noch die Krone auf, indem sie als ausgemachte Kapitalisten operieren. Der DGB-Geschäftsbericht von 2006 gibt zwar vor, dass „der DGB wie seine Mitgliedsgewerkschaften ausschließlich vom Beitrag der Mitglieder abhängig ist", die Wahrheit sieht aber anders aus. Neben schon erwähnten Ausgliederungen lassen die Gewerkschaften nämlich auch ihr Vermögen arbeiten, und das besteht aus Finanzanlagen, Immobilien und Beteiligungen. Genaue Informationen über das Volumen dieser Aktiva zu bekommen, erweist sich als schier unmöglich. Gerd Herzberg, stellvertr. Verdi-Vorsitzender, gab 2007 in seinem Finanzbericht mit dem programmatischen Titel „Finanzkraft ist Kampfkraft" zu verstehen: „Unser Vermögen ist unsere Streikkasse, und die werde ich angesichts laufender Tarifauseinandersetzungen und im Hinblick auf mögliche größere Auseinandersetzungen in den nächsten Jahren nicht offenlegen", womit er sich geschickt aus einer kontroversen Angelegenheit herausredete. Viele Verdi-Mitglieder wären sicherlich erschüttert, wenn sie wüssten, was ihre Gewerkschaft für Geschäfte betreibt.

Es ist zum Kopfschütteln, denn spätestens seit der Rentenreform 2001 machen die Gewerkschaften umfangreiche Aktiengeschäfte. Nach US-Vorbild unterhalten sie Pensionsfonds, um Kapital für die Altersvorsorge zu bilden. Die Gewerkschaften zahlen hierbei in überbetriebliche Fonds ein, die dann gewinnbringend an der Börse langfristig angelegt werden. Die Pointe dabei: damit die Rente ihrer Klientel wächst, müssen sie auf steigende Kurse spekulieren – und damit auf all die kapitalistischen Sauereien, die damit verbunden sind.[19]

Doch der Aktienhandel dient nicht nur der Altersvorsorge. Unverblümt erklärt z.B. Herzberg, dass solche Operationen der Finanzierung der Gewerkschaft generell dienen. Andere Zwekke haben die hiesigen Gewerkschaften bisher nicht verlauten lassen. Die Vorbilder in den USA sind da zumindest nicht ganz so einseitig. Dort versuchen Gewerkschaften immerhin ihre Macht als Anteilseigner auch strategisch zu nutzen.[20] In Deutschland scheint das nur in Verlegenheitssituationen angedacht zu werden.[21] Bspw. vertraut Verdi große Summen aus der Pensionskasse der äußerst dubiosen Investmentfirma Blackstone an.[22] Im letzten Jahr drohte man dann mal ausnahmsweise mit dem Abzug der Gewerkschaftsgelder, wenn Blackstone nicht von seinem harten Sanierungskurs bei der Deutschen Telekom abließe. Wir erinnern uns: Verdi befand sich damals in einem wichtigen Arbeitskampf, um die Sanierung durch Out-Sourcing abzuwehren. Die Drohung wurde noch im Mai wiederholt. Letztlich waren das aber nur leere Worte und von dieser Marktmacht wurde nicht Gebrauch gemacht. Und so fließt der eine oder andere Euro auch schon mal in Unternehmen, die die üblichen Mätzchen wie Rationalisierung, Out-Sourcing, Standortverlagerung usw. betreiben.

... Investorin und Immobilienhai

Was die Beteiligungen betrifft, so berichtete zwar der Tagesspiegel im März 2005, dass die „Gewerkschaften als Unternehmer aufgeben" und die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) ihre Beteiligungen verkaufe, was im Zuge dieses Prozesses aber so alles vonstatten ging und geht, ist auch nicht ohne. Die BGAG, deren Aufgabe es ist, das Vermögen der beteiligten Gewerkschaften zu vermehren, sollte allmählich aus der Wohnungs- und Gemeinwirtschaft aussteigen. Bereits 1986 wurde die Wohnungsbaugesellschaft des DGB, die Neue Heimat,[23] abgewickelt und die Bestände mit erheblichem Verlust an die Wohnungsbaugesellschaften der Bundesländer verkauft. Vor allem in den letzten Jahren wurden viele Beteiligungen an dubiose Konzerne abgestoßen, so z.B. 2005 die Allgemeine Hypothekenbank Rheinboden an den US-Finanzinvestor Lone Star, den wir noch aus dem Kampf in Nordhausen in Erinnerung haben. Auch die Volkshäuser des DGB wurden an Investoren verkauft und werden nun gemietet. Da fragt man sich schon mal, ob es damit nicht noch schlimmer gemacht wurde, als wenn die Gewerkschaften die Beteiligungen selbst gehalten und etwas anderes damit angefangen hätten, als sie der reinen Privatwirtschaft zuzuführen.

Während der DGB-Dachverband weitestgehend aus dem Immobilienmarkt ausgestiegen ist, bleibt Verdi dort weiter munter tätig. Die Dienstleistungsgewerkschaft ist z.B. über die VVG stark beteiligt an der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft DAWAG. Der Verdi-Finanzbericht frohlockt diesbezüglich: „Die DAWAG hat einen Wohnungsbestand von rund 6.000 Wohnungen, und es sind ... in der DAWAG erhebliche Finanzanlagen. Die DAWAG trägt erfreulicherweise erheblich zu unseren Vermögenserträgen bei." Daneben gehören Verdi selbst 48 Objekte, davon 34 Gewerbeimmobilien und 14 Bildungsstätten, wovon ein Teil fremd vermietet wird. Herzberg selbst sieht darin „eine gute Wertanlage". Momentan versucht Verdi, aufgegebene Bildungsstätten gewinnbringend zu verkaufen.

Schließlich unterhält Verdi noch die Immobilienverwaltungsgesellschaft der ver.di GmbH. Im Mai kam es in Berlin zur Besetzung eines Hauses dieser Gesellschaft, das zu Spekulationszwecken seit Jahren leer steht. Damit protestierten die BesetzerInnen u.a. gegen Verdis Immobilienpolitik und bemerkten richtigerweise: „Denn anstatt der Verwertungslogik kämpferisch etwas entgegen zu setzen, wie es sich für eine Gewerkschaft gehört, ist ver.di fröhlich mit dabei."[24] Wenn Herzberg betont: „Wir machen das …., um die finanziellen Grundlagen unserer Kampfkraft zu stärken", dann zeugt das von der starken Verwurzelung kapitalistischen Denkens in diesen Kreisen. Verdi und der DGB machen nicht nur Geschäfte mit dem Lebensraum, der für viele Menschen existentiell ist. Dafür und für all die anderen kapitalistischen „Engagements" der DGB-Gewerkschaften gibt es keine Entschuldigung.

Holger Marcks



2006: Streik bei der zu 88% in Gewerkschaftsbesitz befindlichen Druckerei Alpha Print Medien in Darmstadt wegen ausstehender Löhne und geplanter Sanierung

(12) Der Begriff wird zwar ausschließlich zur Charakterisierung von US-Gewerkschaften verwendet (vorwiegend aufgrund der eigentümlichen industriellen Beziehungen in den USA), doch es scheint plausibel, diesen Begriff ebenso für die dtsch. Gewerkschaften und ihr sozialpartnerschaftliches Konzept anzuwenden, das sich zunehmend unternehmensmäßig entwickelt hat.

(13) Meine kleine persönliche Meinung ist, dass es zahlreiche Gewerkschaftslinke im DGB gibt, die sich zwar keine Illusionen mehr über den Charakter ihrer Gewerkschaft machen, die sich aber dennoch nicht dem Aufbau einer Alternative außerhalb verpflichten, weil sie irgendwelche Pöstchen und Posten innehaben, die sie als ihren Job und als Ort, wo sie anerkannt sind, betrachten und folglich nicht aufgeben wollen.

(14) DGB-Geschäftsbericht 2002-2005, S. 135.

(15) Finanzbericht auf dem Verdi-Bundeskongress 2007.

(16) M. Schiermeyer, „Gewerkschafter pfeifen denVerdi-Vorstand aus", Stuttgarter Zeitung, 12.10.2006.

(17) Aus: Prekär. Zeitung für die Beschäftigten in der Weiterbildung (GEW), Nr. 10, Dez. 2003.

(18) Siehe dazu den Artikel „Besuch bei einer DGB-eigenen PSA" auf www.fau.org vom 02.04.2004.

(19) Siehe Brost & Niejahr, „Kapitalisten im Blaumann", Zeit online, 11/2001.

(20) Siehe Buchter, „Klassenkampf mit Aktien", Zeit online, 25/2004.

(21) Eine der wenigen strategischen Erwägungen stammt von IG-Metall-Chef Berthold Huber, wobei er Anteileignung weniger als Mittel der Druckentfaltung begreift, sondern als Mittel der Bereicherung im Shareholder-Sinne. Siehe „Aktien und gewerkschaftliche Verteilungsstrategien. Gedanken und Anmerkungen", in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 8-9 (2000), S. 518-24. Auch in andere Richtungen gedacht, bleibt eine gewerkschaftliche Aktienstrategie, wie z.B. in den USA, mehr als fragwürdig.

(22) Z.B. übernahm der Investmentriese in Dtschld. einen großen Bestand von Immobilien aus öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, so dass Investitionen aus dem öffentlichen Wohnungsbau nun auf dem freien Markt verschleudert werden.

(23) Auch eine dubiose Angelegenheit: Schon allein die Tatsache, dass der DGB nach der Übernahme 1952 den Namen des Wohnungsunternehmens beibehielt, der 1939 von den Nazis eingeführt wurde, sollte zu Denken geben. 1982 kam es dann zu einer Affäre. Es stellte sich heraus, dass sich die Vorstandsmitglieder, trotz enormer Verschuldung des Unternehmens, persönlich bereichert hatten, z.T. direkt an den Mietern.

(24) „Stellungnahme zur Besetzung des Gebäudes Michaelkirchplatz 45…"

Impressionen vom Aktionstag

Australien: Melbourne



Aktivisten der **ASF-IAA** (Anarcho-Syndicalist Federation) versammelten sich vor dem lokalen Starbucks um ihre Solidarität mit den gefeuerten ArbeiterInnen zu zeigen.

Schweiz: Bern



Die **FAU Bern** organisierte einen Gratiskaffee-Stand, verteilte Flugblätter und führte Diskussionen mit der Kundschaft.

Österreich: Wien



Die Föderation der ArbeiterInnen Syndikate (**FAS**) hat 8 Filialen besucht und MitarbeiterInnen und KundInnen über die gewerkschaftsfeindliche Haltung des Konzerns informiert.

Der Startschuss zum Aktionstag kam von den polnischen AnarchosyndikalistInnen der ZSP. Diese verteilten bereits am 1. Juli Flugblätter vor der Konzernzentrale von „Amrest“ in **Wroclaw**. Der Konzern betreibt in Polen diverse Systemgastronomie-Ketten und soll demnächst auch Starbucks auf dem polnischen Markt einführen. Laure Akai (ZSP) schrieb dazu: „Es sieht so aus, als gäbe es einiges Potential für eine gewerkschaftliche Organisierung, bevor Starbucks hier überhaupt erst richtig eröffnet hat.“

In **Spanien** gab es Aktionen in allen vier Städten, in denen Starbucks derzeit Filialen unterhält. Dabei wurde vor ingesamt 20 Starbucks-Filialen protestiert, während mehrere tausend Flugblätter verteilt wurden. Einige der Starbucks-ArbeiterInnen zeigten sich sehr an der CNT als Gewerkschaft interessiert; es gibt mittlerweile konkrete Gespräche über die Gründung weiterer Betriebsgruppen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Aktionstages war Starbucks in den USA. Von dort erreichten uns unter anderem Berichte über Aktionen in **Philadelphia**, **Rochester**, **Grand Rapids**, **New York**, **Phoenix**, **Alameda**, **Baltimore**, **Alburqueque**, **Alameda**, **Burlington**, **Salt Lake City**, **Boston**, **Fresno**, **Tampa**, **Los Angeles** und **Chicago**.

Ähnlich viele Aktionen gab es in der BRD. Mehr als 40 Filialen in 16 Städten bekamen Besuch von der FAU und UnterstützerInnen. Die Reaktionen der Beschäftigten waren teilweise sehr positiv, aber meistens erst dann, wenn die Teamleiter kurzfristig nicht anwesend waren. In **Braunschweig** erfuhren wir so, dass die Konzernzentrale die Filialen bereits vorab informiert hatte, dass es Aktionen geben würde. Auch in **Dortmund** signalisierten Baristas Zustimmung für die Aktion. In **Duisburg** erzählte eine Passantin, dass ihr Freund jüngst unter fadenscheinigen Gründen bei Starbucks in Essen gefeuert worden sei und dass sie auf dem nächsten Treffen der Duisburger FAU vorbeischauen wolle.



BRD: Frankfurt / GB: London / USA: New York / Chile: Santiago de Chile

Überhaupt waren die PassantInnen in fast allen Orten sehr interessiert, alleine in **Nürnberg** wurden in kurzer Zeit 1.000 Flugblätter verteilt. In **Bremen** nahmen manche Leute die Flugblätter erst, nachdem sie erfahren hatten, dass diese sich gegen Starbucks richten. In **Darmstadt** rief der Filialleiter die Polizei und forderte diese auf, Platzverweise zu erteilen – das wurde mit Hinweis darauf, dass man diese aufgrund so einer „Lapalie“ nicht aussprechen würde, verweigert.

In einigen Orten schenkte Starbucks im Laufe des Tages Gratis-Kaffee aus, um die wenigen KundInnen, die sich trotz der Proteste noch in die Läden verirrt hatten, bei Laune zu halten. Weitaus mehr Leute tranken aber lieber den zapatistischen Kaffee, der z.B. in **Aachen** gratis während den Aktionen ausgeschenkt wurde.

Eine Reaktion ganz besonderer Art gab es übrigens von Seiten der Marketing-Direktorin der Starbucks Coffee Deutschland GmbH. Diese schrieb als Reaktion auf einen Protestbrief: „Industrial Workers of the World (IWW) repräsentiert eine kleine Gruppe von Partnern (so nennen wir die Mitarbeiter von Starbucks), die andere Ziele als die Mehrheit unserer Partner verfolgt. Sie möchte sich dadurch selbst und ihre eigenen Interessen positionieren. Die IWW arbeitet nicht daran, unter anderem das Arbeitsumfeld unserer Partner zu verbessern“. Angesichts von soviel Dummdeutsch liegt der Schluss nahe, dass es bei Starbucks offensichtlich an Kompetenz fehlt, die Verlautbarungen der US-Konzernzentrale zumindest ansatzweise verständlich zu übertragen.

In Australien versammelten sich mehr als 20 Leute vor dem Starbucks in **Melbourne**, um ihre Solidarität mit den gefeuerten ArbeiterInnen zu zeigen und das Recht der ArbeiterInnen sich zu organisieren zu verlangen. Die Aktion dauerte eineinhalb Stunden, fast niemand ging in den Laden.

In **Wien** besuchten unsere österreichischen GenossInnen von der Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) insgesamt 8 Filialen. In der Schweiz gab es eine Aktion in **Bern** durch die FAU Bern und in **Zug** durch die Gruppe Systembruch. Weitere Protestaktionen gab es u.a. in **Belfast**, **London**, **Brighton**, **Bristol**, **Manchester**, **Dublin**, **Cork**, **Ankara**, **Moskau**, **Santiago de Chile**, **Buenos Aires**, **Christchurch**, **Birmingham** und **Leeds**.

Ganz eigene Gedanken macht man sich derweil im **Amsterdam**. Dort soll im nächsten Frühjahr ein innerstädischer Starbucks eröffnet werden. Vor dem Hintergrund des Aktionstages fürchtet man jetzt Proteste. „Natürlich“, schmunzelt Beltrán Roca Martínez von der CNT in Sevilla „sollte auch dieser Starbucks in Zukunft das Ziel von Aktionen sein.“

robot

Für ausführlichere Berichte vom Aktionstag siehe die Zusammenstellung auf www.fau.org.





Flucht nach vorne

Hintergründe zur Unternehmenspolitik von Starbucks

Der erfolgsverwöhnte Kaffeegigant steckt in der Krise. Starbucks, das 2007 insgesamt 160 Mio. Kilo Kaffee eingekaufte, davon sechs Prozent „fairtrade“, beschäftigt ca. 172.000 ArbeiterInnen. In den letzten fünf Jahren hatte sich die Anzahl der Starbucks-Filialen weltweit nahezu verfünffacht. Bei der Wahl der Standorte ging und geht man nach der sogenannten „Cluster“-Methode vor. Überall wo ein neuer Starbucks eröffnet wurde, folgten bald weitere Läden. Das führte in den USA irgendwann dazu, dass die Filialen begannen, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen; Umsatzeinbußen von 20-30 Prozent waren die Folge. Diese Situation wird zudem durch die Immobilienkrise weiter verschärft, da sich viele Standorte nicht so dynamisch entwickelten, wie von den Starbucks-Analysten prophezeit. Hinzu kommt die stetig wachsende Konkurrenz durch Fastfood-Ketten, wie z.B. McDonalds, Subway oder Dunkin' Donuts, die sich zum Teil auf ein bedeutend umfangreicheres Filialnetz stützen können, und nicht zu vergessen: die mittlerweile entstandene Konsumzurückhaltung im Starbucks-Vaterland.

Konkurrenz erwächst aber auch aus ganz unvermuteter Richtung. So berichtete die Financial Times Deutschland schon im April des Jahres, dass kolumbianische Kaffeebauern Starbucks auf dem europäischen und US-amerikanischen Markt „angreifen“ wollen. Die Vereinigung der Kaffeeproduzenten der Federación Nacional de Cafeteros de Colombia (FNC), mit der verbandseigenen Kaffeehauskette „Juan Valdez“, betreiben schon über 120 Filialen, unter anderem in den USA und Spanien. Bis zum Ende des Jahrzehnts sollen es schon 300 Filialen sein. Konkret geplant sind bereits 50 neue Läden in Schweden, und natürlich ist eine Expansion nach Deutschland nicht ausgeschlossen.

Rosskur

Dass Starbucks in diesem Quartal, seit 16 Jahren das erste Mal, einen Verlust melden musste, ganze 6,7 Mio. Dollar, liegt unter anderem an der Rosskur, die vom Anfang des Jahres zurückgekehrten Firmengründer Howard Schultz verordnet wurde. Allein in den USA werden 600 als unrentabel qualifizierte Filialen geschlossen – 12.000 Angestellte (rund sieben Prozent der Belegschaft), im Firmenjargon beschönigend „Partner“ genannt, müssen die Sachen packen. 200 von diesen Filialen sollten noch bis September im laufenden Geschäftsjahr geschlossen werden, die übrigen 2009. In Australien macht Starbucks 61 von rund 84 Standorten dicht. Gut 70 Prozent der Filialen, die zur Schließung bestimmt wurden, sind eigentlich gerade erst eröffnet worden. Die Kosten, des im Managerjargon verschleiernd genannten „Konzernumbaus“, sollen alleine in den USA bis zu 348 Mio. Dollar betragen.

Berichten zufolge sollen auch in der Essener Deutschland-Zentrale bis Ende des Jahres 22 der insgesamt rund 70 Stellen wegfallen. Dabei hatte Starbucks in Deutschland in den letzten fünf Jahren zweistellige Wachstumsraten hingelegt und ist weiterhin auf Expansionskurs.

Expansion in Europa und Asien

Von den 15.500 Filialen in 43 Ländern, befinden sich nur rund 4.500 außerhalb der USA. Dieses Zahlenverhältnis wird sich jedoch schon bald auffallend verändert haben. Weltweit sollen dieses Jahr, im Kontrast zu den Schließungen in den USA, insgesamt über 800 neue Läden eröffnet werden. Für das nächste Jahr werden sogar 900 neue Läden avisiert. Laut dem Wall Street Journal (WSJ) sei bisher in Europa „zu wenig aggressiv“ auf den Markt vorgedrungen worden. Besonders ins Visier der Expansion gekommen sind laut WSJ in Westeuropa Frankreich, England und Deutschland. In Osteuropa sind Polen, Tschechien und die Türkei im Zentrum der Aufmerksamkeit. In China gibt es bereits 600 Starbucks-Coffeeshops.

Ausblick

Neben der wirtschaftlichen Situation, der Immobilienkrise in den USA und der verschärften Konkurrenz durch den Eintritt von Fastfood-Ketten in den Kaffeemarkt, ist sicherlich auch noch ein weiter Aspekt entscheidend für die Krise bei Starbucks. Wenn es früher einmal „cool“ war, bei Starbucks seinen Kaffee zu kaufen, dann ist es das jetzt nicht mehr. Das Bild vom freundlichen Arbeitgeber, der seine ArbeiterInnen „Partner“ nennt, hat schon länger einen nicht unwesentlichen Riss bekommen. Die Löhne sind in den USA nicht besonders hoch, die Arbeitsbedingungen dagegen sehr schlecht. Erst im März dieses Jahres verurteilte ein kalifornisches Gericht den Konzern dazu, über 100 Mio. Dollar an einbehaltenen Trinkgeldern auszuzahlen. Flexibilität ist eine Einbahnstraße und wird von den ArbeiterInnen in einem so hohen Maße verlangt, dass ein irgendwie geregeltes Leben jenseits der Theke kaum mehr möglich ist.

Jeder Versuch der ArbeiterInnen, sich in Gewerkschaften zu organisieren, wird von der Zentrale rabiat bekämpft. Bisher ist es nur den IWW und der CNT-IAA in Spanien gelungen, sogenannte „Baristas“ zu organisieren. Aber das alles geht an den DurchschnittskonsumentInnen womöglich vorbei, zumal es kaum in den Massenmedien berichtet wird. Anders, wenn es um den Umgang des Konzerns mit „seinen“ Kaffeebauern geht oder um die Frage, ob der Kaffee wirklich „fairtrade“ ist. Auch diese beiden einstmals positiv besetzten Bilder haben mittlerweile tiefe Risse bekommen. Ob Starbucks in Zukunft weiter expandieren und den AktionärInnen Gewinne bescheren wird, liegt nicht zuletzt daran, ob es dem Global-Player gelingen wird, sich wieder ein verkaufsförderndes Image zu geben oder nicht.

FIGHT UNION BUSTERS

Rudolf Mühland

Das Kaffeeimperium schlägt zurück

Mehrjähriger Konflikt zwischen Starbucks und den IWW findet neuen Höhepunkt in der Entlassung des IWW-Organizers Cole Dorsey

Das Feuern unfügsamer und widerständiger Angestellter gehört bei Starbucks schon beinahe zur Tagesordnung. Im Juni wurde zwei weiteren Baristas (Starbucks-Bezeichnung für die VerkäuferInnen in den Filialen) fristlos gekündigt: Cole Dorsey aus Grand Rapids und Erik Forman von der Betriebsgruppe in der Mall of America. Besonders die Kündigung von Cole rief breiten Widerstand hervor und war neben der Kündigung Mónicas aus Sevilla Anlass des weltweiten Aktionstags gegen Starbucks.



Die Begründung für die Kündigung von Cole war fadenscheinig. Eine zehnminütige Verspätung vor zwei Monaten reichte Nate Bailey, dem Leiter der Filiale in East Grand Rapids, aus, um die fristlose Kündigung zu rechtfertigen. Die eigentlichen Gründe sind aber wohl eher in Coles gewerkschaftlicher Tätigkeit und dem Kampf für seine Rechte und die der anderen Baristas zu finden. Er war als IWW-Organizer eines der aktivsten Mitglieder der Betriebsgruppe in seiner Filiale und schon vorher bei Auseinandersetzungen mit der Filialleitung aufgefallen, sowohl bei alltäglichen Auseinandersetzungen als auch bei Gerichtsverhandlungen oder Pressekonferenzen der Starbucks Workers Union (SWU) der IWW. So hatte er bspw. erst eine Woche vor der Kündigung seine Filiale wegen einem leckenden Dach, durch das Wasser auf die arbeitenden Baristas tropfte, bei der Gesundheitsbehörde angezeigt. Im Morgengrauen des 6. Juni wurde er von Bailey bei Schichtbeginn beiseite genommen und bedrängt, die Kündigung zu unterschreiben, was Cole aber ablehnte.

Direkt nach Coles Kündigung gab die SWU eine Presseerklärung sowie die Namen und Telefonnummern der beiden Verantwortlichen (Filialleiter Bailey und Bezirksmanager Tom Balenger) heraus. Gleichzeitig wurde eine Protestaktion vor der Starbucks-Filiale durchgeführt, um die Öffentlichkeit auf die Entlassung aufmerksam zu machen und Druck auf die Bosse auszuüben. Außerdem wurde sofort Anzeige wegen illegaler Kündigung bei der Nationalen Behörde für Arbeitsbeziehungen eingereicht, die offiziell über die Einhaltung der Arbeitsrechte wacht. Um den Druck aufrechtzuerhalten, gibt es immer noch wöchentliche Info- und Flyerstände der IWW vor der betreffenden Filiale, mit denen weiterhin die KundInnen von Starbucks auf die Situation aufmerksam gemacht werden.

Vorgeschichte des Konflikts

Schon seit längerem hatte es ständige Konflikte zwischen der Filialleitung und der SWU in Grand Rapids gegeben. Anfang 2007 war die SWU vor Gericht gegangen, um gegen das permanente „Union Busting" vonseiten der Filialleitung vorzugehen. Nach dem Verfahren erlaubte diese den organisierten Baristas, KollegInnen mit Plakaten am Arbeitsplatz über ihre Rechte in Bezug auf die gewerkschaftliche Organisierung aufzuklären. Auch willigte sie ein, bei Vorstellungsgesprächen nicht mehr die Gewerkschaftszugehörigkeit zu erfragen. Laut Grand Rapids Press war Cole Dorsey derjenige, der die Pinwand nutzen wollte, um gewerkschaftliches Material aufzuhängen, und der dieses Recht einklagen musste, da es ihm von seinen Vorgesetzten verwehrt worden war. Bereits im April 2008 wurden erneut Verfahren gegen Starbucks eingeleitet, wieder wegen Einschränkung der Pinnwandbenutzung, aber auch wegen Diskriminierung organisierter Baristas, z.B. durch willkürliche Bestrafungen, Schichtenvergabe nach Gewerkschaftszugehörigkeit und Verhinderung des Wechsels von SWU-Mitgliedern in andere Filialen.

Die Betriebsgruppe in Grand Rapids war für die Filialleitung zu einer ernstzunehmenden Kraft geworden. So werden bspw. die organisierten Baristas in Grand Rapids in geringerem Maße zu Überstunden gedrängt und bekommen auch höhere Gehaltserhöhungen (bei Starbucks alle sechs Monate entsprechend ihrer „Leistung") als ihre nicht organisierten KollegInnen, weil die Unternehmensführung offensichtlich den Konflikt weitestgehend vermeiden will. Die Betriebsgruppe kümmert sich zwar hauptsächlich um die Angelegenheiten im Betrieb, allerdings wird innerhalb ihrer auch gegenseitige Hilfe praktiziert und Solidarität geübt mit anderen von Starbucks Ausgebeuteten wie äthiopischen Kaffeebauern, die sich in einem Patentstreit mit Starbucks befinden.

Union Busting in Grand Rapids – kein Einzelfall

Die Ereignisse in Grand Rapids sind offensichtlich kein Einzelfall bei Starbucks, sondern nur ein weiterer Ausdruck der repressiven Unternehmenspolitik des Kaffeekonzerns, der sich besonders gerne mit seiner angeblichen Übernahme sozialer Verantwortung wie der Krankenversicherung für ArbeiterInnen rühmt. Um in den vollen Genuss davon zu kommen, müssen diese aber 240 Stunden pro Quartal arbeiten, was dank der teilweise willkürlichen Schichtverteilung aber nur eine Minderheit schafft.



Auch die Kündigung von Cole ist nichts Außergewöhnliches: Bereits am 22. Juni wurde Erik Forman, Barista in der Mall of America und SWU-Mitglied, ebenfalls mit einer an den Haaren herbeigezogenen Begründung gefeuert. Erik war zwar eine Woche zuvor für eine Verspätung abgemahnt worden, die Kündigung durch die Bezirksleiterin Caroline Kaker bezog sich aber explizit nicht auf die Verspätung selbst, sondern auf die Tatsache, dass Erik die Abmahnung im Gespräch mit einem Kollegen erwähnt hatte. Schon seit Jahren werden regelmäßig unbequeme und gewerkschaftlich organisierte Baristas von Starbucks gefeuert. Momentan läuft auch in New York ein Verfahren gegen die Starbucks-Kette wegen Behinderung von Gewerkschaftsarbeit, das dem erfolgreichen Prozess aus Grand Rapids zum Verwechseln ähnlich sieht. Bezeichnend für die Firmenpolitik von Starbucks ist auch, dass Manager des Unternehmens in Internet-Chatrooms versucht haben, IWW-Sympathisanten und Angestellte zu identifizieren, wie aus E-Mails hervorgeht, die dem Wall Street Journal zugespielt wurden.

Trotz aller Rückschläge und Kündigungen hat die SWU beachtliche Erfolge erzielt: Innerhalb von nur vier Jahren haben sich Belegschaften in New York, zwei in Chicago, eine in Grand Rapids und eine in Maryland in der IWW organisiert. Seit Juni dieses Jahres sind auch die Baristas der Starbucks-Filiale in der Mall of America Mitglieder der SWU. Konkret wurden auch schon einige Forderungen durchgesetzt, entweder durch Druck oder über die Gerichte, darunter beachtliche Gehaltserhöhungen in mehreren Städten, Wiedereinstellung gefeuerter GenossInnen und die Rückzahlung von einbehaltenen Trinkgeldern in Millionenhöhe, die Baristas von kalifornischen Gerichten zugesprochen wurde. Insofern sind die Perspektiven für die IWW nicht die schlechtesten, da sie bei Starbucks in den USA regen Zulauf bekommen und im Kampf gegen den Kaffeemulti dank ihrer dezentralen und selbstorganisierten Struktur bestehen kann.

Robin (FAU Berlin)

Spanien: Sevilla



USA: Alameda



IWW-Mitglieder informierten Baristas und Passanten über die Geschäftspraktiken von Starbucks.

Polen: Wroclaw



In Polen verteilte die **ZSP** (Zwiazek Syndykalistów Polski) schon vor dem Aktionstag Flugblätter am Firmensitz von Amrest. Amrest wird in Kürze Starbucks-Filialen in Polen eröffnen.

Kündigungsgrund: Gewerkschafterin

Interview mit Mónica, der bei Starbucks in Sevilla gefeuerten CNT-Aktivistin



Mónica war eineinhalb Jahre lang Barista bei Starbucks in Sevilla, bis sie wegen ihrer Mitgliedschaft in der CNT und der Einforderung ihrer Rechte gefeuert wurde. Ihre Kündigung war u.a. Anlass für den globalen Aktionstag gegen Starbucks. Die DA führte ein Interview mit der CNT-Aktivistin.

Kannst du uns die Umstände deiner Entlassung und die Situation, in der sich der Kampf momentan befindet, beschreiben?

Ich habe während der Zeit, die ich bei Starbucks gearbeitet habe, ständig auf mein Recht bestanden, u.a. auf die Bezahlung von Überstunden und regelmäßigen Arbeitstreffen mit KollegInnen, die in unserer Freizeit abgehalten werden mussten. Ich verwies darauf, dass es illegal war, uns während der Osterfeiertage zu Überstunden zu zwingen, weil die laut Vertrag der Zustimmung der ArbeiterInnen bedürfen. Außerdem forderte ich, dass diese Überstunden gemäß der geltenden gesetzlichen Regelungen bezahlt werden. Ich habe auch kritisiert, dass die Schichten – nicht wie im Arbeitsvertrag festgelegt – unter den KollegInnen aufgeteilt, sondern willkürlich vergeben werden, und dabei auch verlangt, dass die Filialleitung sie wenigstens eine Woche vorher bekannt gibt. Wegen dieser Forderungen wurde ich von Agnola, der Verwaltungsgesellschaft meiner Starbucks-Filiale, immer wieder genötigt und bedroht, auch wenn meine Arbeit von ihnen weiterhin für gut befunden wurde. Aber sie sagten, dass ich mit meiner Haltung nicht zu der Gruppe von KollegInnen passe, die in ihrer Filiale arbeiten. Deshalb haben sie mir ohne weitere Erklärung gekündigt, also ohne dass objektive Gründe vorlägen.

Wie war die Stimmung unter den KollegInnen deiner Filiale? Haben sie sich mit dir solidarisiert?

Was die anderen KollegInnen angeht, erleidet jeder, der protestiert, Repression. Mehrere haben sich wegen Depression krank gemeldet oder sind freiwillig gegangen. Niemand hat den Druck ausgehalten, mit mir zu kämpfen, deshalb habe ich tatsächlich nur die Unterstützung der CNT gehabt.

Die Angst vor Repressalien war also vorherrschend, so dass es keine gewerkschaftliche Organisierung bei Starbucks gab. Hat sich das nach deiner Entlassung geändert?

Im Moment fangen Leute in Barcelona an sich zu organisieren, vielleicht weil dort ArbeiterInnen mit einem anderen Profil angestellt wurden. In Sevilla stattdessen trägt Starbucks dafür Sorge, dass nur fügsame Leute eingestellt werden, die vorher bei McDonalds oder in anderen prekären Verhältnissen gearbeitet haben und schon daran gewöhnt sind, ausgebeutet zu werden.

Wie hat Starbucks auf die Aktionen reagiert und wie sind die Reaktionen der ArbeiterInnen ausgefallen?

Die ArbeiterInnen wissen inzwischen, dass sie mit der CNT rechnen können, und wir hoffen, dass sie nach und nach reagieren. Es ist eben eine Tatsache, dass es unter jungen Leuten in prekären Arbeitsverhältnissen keine Tradition einer weitergehenden Organisierung gibt, auch wenn sie diejenigen sind, die den meisten Angriffen und der härtesten Ausbeutung ausgesetzt sind. Auf jeden Fall werden wir weiterhin in die Starbucks-Filialen gehen und mit Flaggen, Megaphonen, Transparenten und Flugblättern die Angriffe und Vergehen von Starbucks anklagen, damit die ArbeiterInnen die Kontinuität unseres Kampfes sehen und erkennen, dass wir es ernst meinen.

Gibt es Sektionen anderer Gewerkschaften bei Starbucks und wie ist die Beziehung zwischen der CNT und ihnen? Gibt es Zusammenarbeit oder sogar Solidarität?

Die offizielle für Starbucks zuständige Gewerkschaft heißt FETICO(1). Es gibt keinen Vertreter dieser Gewerkschaft in Sevilla, sondern nur einen in Madrid, weshalb es außerhalb von Madrid auch keinerlei Unterstützung der ArbeiterInnen gibt. Die Gewerkschaft ist dafür bekannt, dass sie für die Firmen die ArbeiterInnen aushorcht und manipuliert. Der Vertreter aus Madrid kam während meines Arbeitskampfs in den Osterfeiertagen nach Sevilla, als ich mich geweigert hatte, Überstunden zu machen. Nachts ist er dann mit meinem Chef vor unseren Augen einen trinken gegangen.

Welche Perspektiven siehst du für eine Weiterführung der Kampagne gegen Starbucks, was könnten die nächsten Schritte sein?

Die direkte Aktion, also direkt in die Starbucks-Filialen zu gehen. Das stört die Bosse, weil sie weiterhin ein Gute-Laune-Image verkaufen und das ideale Unternehmen spielen. Dieses Bild zerstören wir vor den Kunden, die sich für das interessieren, was wir ihnen sagen. Ein weiterer Schritt könnte die gerichtliche Verfolgung der Verstöße gegen das Arbeitsrecht sein, die von Starbucks begangen werden, aber dafür brauchen wir ArbeiterInnen, die bereit sind, den Konzern anzuzeigen.

Interview: Robin (FAU Berlin)

Anmerkungen:
(1) Federación de Trabajadores Independientes del Comercio (Föderation unabhängiger Arbeiter im Handel).





Die Alltäglichkeit des Folterns: Die Vorfälle von Abu Ghuraib werden dokumentiert, ohne Gewalt zu zeigen

Spannende Reportage: Die Macher von AK Kraak waren dabei, als in Nordhausen das letzte Strike Bike vom Band lief.

Dein Uterus ist Deutschland

Die Macher von AK Kraak wollen mit ihrem neuen Videomagazin zugleich dokumentieren und provozieren

Objektivität gibt es nicht! Das sagen zumindest die Macher von AK Kraak, einem autonomen Videokollektiv aus Berlin. Erstmals seit zweieinhalb Jahren haben sie nun wieder eine Ausgabe ihres Magazins herausgebracht, mit dem sie nicht nur dokumentieren, sondern auch provozieren und die moderne Gesellschaft gewaltig auf die Schippe nehmen möchten.

„Unser Videomagazin soll polarisieren", sagt Kraak-Aktivistin Kirsten. Sie gehört zum Stammpersonal, hat das Kollektiv im Jahre 1990 zusammen mit anderen Kunstschaffenden aus der damaligen Hausbesetzerszene in Ostberlin gegründet. Kraak kommt aus dem Niederländischen, die wörtliche Übersetzung von „knacken" hat sich schnell zum Synonym für die Besetzung leerstehenden Wohnraums entwickelt. AK steht hingegen für Aktuelle Kamera und bezieht sich damit voller Ironie auf die Nachrichtensendung, die täglich über die Bildschirme in der ehemaligen DDR flimmerte. Die Aktuelle Kamera erhob zwar stets den Anspruch, die ultimative Wahrheit zu verkünden – und war damit wohl so subjektiv wie keine andere Sendung. AK Kraak maßt sich hingegen gar nicht erst an, objektiv zu sein – und liegt damit vielleicht häufig näher an der Wahrheit als andere Magazine.

„Die Leute, um die es in unseren Beiträgen geht, sollen zu Wort kommen", erklärt Kirsten das Konzept. Dabei habe sich AK Kraak längst vom Videoaktivismus mit dem Anspruch der Gegenöffentlichkeit gelöst. „Es können ruhig andere zu Demonstrationen fahren und ihre Berichte darüber in Windeseile ins Internet stellen", sagt Kirsten. „Unser Anspruch ist das aber nicht." Der sehe ganz anders aus. „Wir wollen, dass die Meinung der Medienmacher erkennbar ist."



Deutsche Spermien müssen's sein: „Kein Problem, ich nehme doch das neue Ethnoprop von Frontex."

Die Berichte sollen weit über reine Information hinausgehen. „Wir wollen motivieren, hinterfragen und auch einfach nur Spaß rüberbringen", sagt Kirsten. Eine wilde Mischung also, mit der das Videokollektiv bei den Konsumenten ankommen möchte. AK Kraak ist kein Szene-TV, es ist eine kritisch-ironische Ansammlung von Themen, die den Machern auf dem Herzen liegen.

So wie die Geschichte von zwei Mädchen, die sich auf der Toilette einer Diskothek über ihre neuesten Männerbekanntschaften austauschen. Ganz geschockt ist die eine, als sie erfährt, dass die andere einen Ausländer geangelt hat. Sie müsse doch an ihr Land denken, deutsche Kinder würden gebraucht. „Kein Problem", sagt die andere mit einem Lächeln auf dem Gesicht, wie es der Betrachter sonst nur aus billigen Werbespots kennt. Sie benutze ja das neue Ethnoprop von Frontex – ein Diaphragma, das nur Spermien von deutschen Männern durchlässt. Die finale Parole am Ende des zweiminütigen Clips: „Dein Uterus ist Deutschland."

„Sicher ist das etwas übertrieben", räumt Kirsten ein. „Es soll eine ironische und bittere Auseinandersetzung mit der Abschottung der europäischen Grenzen sein", erklärt sie. Ihr Ziel, den Betrachter mittels ungewohnter Darstellungsformen zum Nachdenken zu bringen, haben die Macher von AK Kraak erreicht – über den Inhalt lässt sich sicher streiten.

Weniger plump, dafür umso überzeugender, ist ein kleiner inszenierter Film, der sich mit den Foltervorfällen von Abu Ghuraib beschäftigt. Gewalt wird nicht gezeigt – zu sehen bekommt der Zuschauer nur Gespräche im Aufenthaltsraum der Bewachersoldaten. Ab und an wird der Raum von handelnden Personen verlassen, andere kommen mit einem Fotoapparat in den Händen wieder herein und berichten von ihren Erfolgen. Der achtminütige Beitrag über die Alltäglichkeit des Folterns trägt den simplen Titel „Lyndie" – ein wahres Meisterstück.

Viele weitere Beiträge sind in der aktuellen Ausgabe von AK Kraak enthalten. Auch eine Reportage über den Bau des Strike Bikes in der besetzten Fahrradfabrik im thüringischen Nordhausen. Die Filmemacher waren dabei, als der letzte Drahtesel vom Band gelaufen ist. „Spannend und schwierig zugleich", beschreibt Kirsten die Situation. Auf der einen Seite stehe die Freude über das Erreichte, auf der anderen Seite jedoch die Ungewissheit vor der Zukunft. Im Internet ist das Videomagazin zu finden unter http://akkraak.squat.net – die aktuelle Ausgabe können Interessierte dort bestellen.

BTN

Bücher gegen den Markt

Edition AV ist seit 20 Jahren als libertärer Verlag im Geschäft

Als Verlag für Bücher aus der libertären Szene und als Basis eigener bibliophiler Buchausgaben gründeten zwei Männer vor 20 Jahren den Verlag „Edition AV". Damals nannte die zweiköpfige anarchistische Künstlergruppe ihr Projekt noch „Edition Avantgarde 88", wobei sich die 88 auf das Gründungsjahr bezog. Erst später wurde das Zahlenkürzel gestrichen, als es in der Neonaziszene als Ersatz für den deutschen Gruß aufkam. Gegründet wurde der Verlag in Frankfurt am Main, 2005 zog es die Macher nach Lich – schon zwei Jahre zuvor wurde das Team von einer Frau verstärkt.

Ziel war es immer, Bücher gegen den Markt zu veröffentlichen. Der Verlag will Bücher machen, die wichtig sind, weil sie sich an eine politisch-orientierte Szene richten. Und natürlich auch, weil es einfach Spaß macht, Bücher zu machen. „Das war damals unser Ziel und ist es auch heute noch", berichten die Verleger. „Obwohl es uns keiner zugetraut hat, hat der Verlag überlebt und mit 16 Büchern im Jahr und über 100 Novitäten ein relativ festes Standbein bekommen."

Vor der Verlagsgründung stand ein Ideal: das Leben ohne Chef und Staat. Edition AV komme dem schon sehr nahe, sagen die Gründer. „Sowohl MitarbeiterInnen als auch AutorInnen arbeiten und publizieren gemeinsam und können mitbestimmen."

Haben kleine Verlage überhaupt eine Chance – gerade in einer Zeit der Medienkonzentration, wo sich immer mehr Verlage zusammenschließen und den Markt mit billigen Produktionen überschwemmen? „Wir haben eine Nische entdeckt und uns behaupten können", lautet die Antwort. „Gerade unsere unkonventionelle Art, Entscheidungen zu treffen und nicht immer Bücher nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip zu publizieren, hat uns eine Beweglichkeit gegeben, mit der die Großen nicht konkurrieren können." Das sei auch der Grund, weshalb in der Edition AV neben klassischen linken Themen auch Romane und Lyrik ein Zuhause gefunden haben.

Trotz der Hilfe von unabhängigen Buchläden, autonomen Projekten und den Organisatoren diverser Büchertische ist die wirtschaftliche Situation für unabhängige Verlage und Buchhändler nicht gerade leicht. Die Leute von Edition AV gestehen ein: „Die Marktkonzentration der Konzerne gräbt uns immer weiter das Wasser ab." Trotz enormer Anstregung ist es schwer, als Verlag zu überleben. „Außer unserem persönlichen Engagement haben wir der Eintönigkeit im Literaturbetrieb nicht viel entgegenzusetzen."



Musik von heute, Rebellion von morgen

Chris Hannah von der Band Propagandhi über politische Musik, die Situation in Nordamerika und ParEcon. Ein Interview.

Sie gelten als Kanadas umstrittenste Band, ihr Sänger schaffte es im letzten Jahr bei einer Umfrage der Canadian Historical Society sogar auf Platz zwei der „Schlimmsten Kanadier" – aller Zeiten. Ohne Frage, Propagandhi scheut sich nicht, Unbequemes auszusprechen. Als bekennende Anarchisten produzieren sie seit knapp zwei Jahrzehnten politisch ambitionierte Musik und treten aktiv für Menschen- und Tierrechte und gegen Kapitalismus, Rassismus und Sexismus ein. Womöglich liegt es mitunter an ihrem Aktivismus, dass sie in 22 Jahren nur vier LPs herausgebracht haben und vor allem Fans in Übersee mit Auftritten nicht gerade verwöhnen. Nach sieben Jahren machten Propagandhi nun im August wieder einen kleinen Abstecher nach Deutschland, wo sie vier Konzerte spielten. Die DA und Z-Net nutzten die Gunst der Stunde für ein Gemeinschaftsinterview mit Sänger und Gitarrist Chris Hannah im Anschluss an das abschließende Konzert in Karlsruhe.

· Auf der Website des Rudolf Rocker Cultural Centers (R2C2) in eurer Stadt Winnipeg findet sich ein Zitat von Louis Riel, einem kanadischen Revolutionär aus dem 19. Jh.: „Mein Volk wird hundert Jahre lang schlafen. Wenn es erwacht, werden es die Künstler sein, die ihm seinen Geist zurückgeben." Ihr als Künstler habt den Ruf einer politisch ambitionierten Band, eine Sache, die ihr von Anfang an betont habt. In Anlehnung an das Riel-Zitat, was denkst du, kann die Rolle eines Musikers im Prozess von politischer und sozialer Veränderung sein?

Chris: Ich denke, ich kann nur über meine eigenen Erfahrungen sprechen und wie ich selbst von politischer Kunst beeinflusst wurde. Als ich 13 oder 14 war, hatte ich sehr konservative Ansichten. Ich lebte in einer sehr abgeschotteten, konservativen und militärisch orientierten Welt. Ich glaubte an die atomare Abschreckungspolitik, war überzeugt von der NATO usw. Doch ich hatte nie die Möglichkeit, andere Sichtweisen kennenzulernen. Dann, als Jord und ich ein Interesse für Musik entwickelten, stießen wir zufällig auf diese verrückt wirkenden Platten von Million Of Dead Cops und z.B. die frühen Sachen der Dead Kennedys. Die Dinge, über die sie in ihren Texten sprachen, passten einfach nicht zu der Realität, die uns von unseren Familien, Schulen, Kirchen usw. vermittelt wurde. Es brachte einfach alles zum Einsturz. Es legte die Realität bloß, die man tatsächlich sah, wenn man durch die Straßen ging. Das war meine persönliche Erfahrung mit Musik und Politik, und ich weiß, dass die anderen Bandmitglieder dieselbe Erfahrung gemacht haben. Es sind erste Berührungen mit politisch beeinflussender Kunst. Nicht jede Art von Kunst wird Menschen beeinflussen oder überzeugen. Unsere Hoffnung ist, dass egal wie wenig Leute unsere Musik hören, es einige darunter gibt, die auf dieselbe Weise von neuen Ideen beeinflusst werden können, in der wir von Bands beeinflusst wurden. Das ist die Rolle, die wir kennen. Und ich meine, es gibt viele weitere Arten, wie Menschen durch politische Kunst überzeugt werden können.

· Es wirkt so, als wäre die Landschaft politischer Musik sehr klein heute. Man könnte fast meinen, dass die Welt sich in den letzten Jahrzehnten zum Guten verändert hat, da es wohl nichts mehr gibt, was Künstler anklagen könnten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Hast du eine Erklärung für diese gegensätzlichen Entwicklungen?

Chris: Ich glaube, das ist die Undurchlässigkeit des Marktes. Und die Undurchlässigkeit, die durch immer kürzer werdende Aufmerksamkeitsspannen entsteht. Die Leute werden schon in sehr jungem Alter äußerst schnell mit Werbung und Images gefüttert. Sie fliegen sehr schnell von einem Interesse zu einem anderen, verlieren das Interesse an Dingen und spielen kubische Videospiele. Aber ich würde sagen, diese Bands existieren immer noch, sie sind nur nicht präsent. Die Leute wissen nichts von ihnen, sie sind außerhalb des Radars. Es gibt Tonnen von Untergrund-Bands, allein in der Hardcore-Punk-Szene, die immer noch versuchen, Ideen statt Images herauszustellen. Und es gibt das auch in anderen Formen von Musik. Zum Beispiel gibt es eine reichhaltige Hip-Hop-Subkultur, die überall gegen den Trend angeht. Das ist nichts von dem, was du auf MTV siehst, diese Art von Mist. Das gibt es alles, auch in anderen Formen von Kunst. Es wird nur nicht neu verpackt und jetzt auf MTV verkauft. Anscheinend sind diese Dinge also einfach nur nicht fett im Geschäft.



Chris Hannah beim Interview in Karlsruhe

· Bereits Mitte der 90er habt ihr den aufkommenden Neoliberalismus thematisiert, der einen „softeren" Kapitalismus abgelöst hat, der z.T. sozial durch den Staat reguliert wurde. In dem Song „And we thought nation states were a bad idea..." deutet ihr an, dass Klassenkampf wieder aktuell werde. In Deutschland können wir dies bestätigen. Der Sozialabbau und die allgemeine Prekarisierung haben hier zu neuen und unüblichen Arbeitskämpfen geführt; Begriffe wie Klassenkampf werden wieder diskutiert. Gab es in Kanada bzw. Nordamerika auch eine Wiederbelebung von Klassenkampf und Klassenbewusstsein?

Chris: Ich denke, da kam definitiv etwas in Bewegung – bis zum 11. September. Ob Seattle oder Quebec City – man hatte wirklich das Gefühl, dass viele ihren Platz in einer Bewegung zu finden versuchten, um die wachsende Privatisierung in Nordamerika oder den wachsenden Imperialismus von nordamerikanischen transnationalen Konzernen aufzuhalten. Aber nach 9/11 war das alles plötzlich verschwunden, weil die entstandene Atmosphäre sich auf alles niederschlug. Alles änderte sich, und man wurde zurückgeworfen auf den Status von kleinen Gruppen engagierter Menschen, die versuchten, anderen klar zu machen, dass die Konzerne immer noch alles und jeden platt walzen und alles privatisieren. Doch niemand wollte das hören. Sie sagten: Nein, es ist nicht der richtige Zeitpunkt, die Regierung und diese Unternehmen zu kritisieren. Wir müssen jetzt zusammenhalten. So habe ich das in Nordamerika wahrgenommen. Es war eine wirklich erdrückende Decke, die einfach herniederschwebte. Jedes Bewusstsein, das vorher existiert hat, wurde reduziert auf eine dünne Schicht, die allenfalls noch tief unten am Boden schwelt. Vielleicht steigt es ja langsam wieder hoch.

· Heute auf dem Konzert habt ihr über eine Demonstration von christlichen Fundamentalisten in Winnipeg gesprochen. Über G7 vertreibt ihr das Buch „American Fascists" von Chris Hedges, in dem er die Bedrohung der US-Gesellschaft durch die christlich-evangelikale Bewegung beschreibt. Er schreibt: „Nur noch eine weitere nationale Krise wie 9/11 ist nötig, damit die christliche Rechte eine konzertierte Aktion zur Zerstörung der amerikanischen Demokratie durchführt. Diese Bewegung wartet nur auf eine solche Krise. In diesem Moment werden sie offenbaren, was sie tatsächlich sind: die amerikanischen Erben des Faschismus." Hat die christliche Rechte trotz Bushs als gescheitert wahrgenommene Amtsperiode immer noch so viel Macht in Nordamerika, in den USA?

Chris: Ja, die haben sie. Die Situation in Kanada ist nicht direkt mit der in den USA vergleichbar, aber in Kanada haben sie genauso Fuß gefasst. Ich glaube nicht, dass die Menschen, die Bush oder McCain in den Staaten unterstützen, die letzten acht Jahre als ein Scheitern des Konservatismus oder des christlichen Fundamentalismus empfinden. Sie betrachten es eher als einen Fehler des Managements. Für sie haben nicht die Werte versagt, sondern nur das Management. Wenn ihre Werte besser gemanagt werden, womöglich von jemandem Extremeren, und wenn es in Amerika zu einem Machtvakuum kommt, dann ist die christliche Rechte da, um es auszufüllen. Sie haben Leute im Militär rekrutiert, sie haben Leute im Obersten Gerichtshof, sie haben Leute auf allen Ebenen des Regierungsapparates. Unabhängig davon, ob Barack Obama kommt oder nicht – was bis zu einem bestimmten Grad irrelevant ist für den Weg, den die Welt nehmen wird –, die christliche Rechte wird gerüstet und fähig sein, die Entscheidungen, die in den USA getroffen werden, zu beeinflussen. Und man kann es sehen, es ist nicht verborgen. Man sieht überall diese Megakirchen und diese verrückten Reklametafeln. Sie haben die Macht, sie haben das Geld. Man schaue sich nur die Hecks der Geländelimousinen (SUVs) an. Du kannst sofort sehen, wer ein christlicher Fundamentalist ist, weil sie an ihren protzigen Autos dafür werben. Es ist sehr offensichtlich, dass es keine Randerscheinung ist.

· Kommen wir zu etwas Positivem. Du und Jord waren Gründungsmitglieder von G7 Welcoming Committee, eines Plattenlabels und Büchervertriebs. Das G7-Kollektiv ist auf der Basis der ParEcon-Prinzipien organisiert, die Michael Alberts und Robin Hahnels Vision einer neuen Ökonomie entspringen (siehe DA Nr. 188). Kannst du uns eine kurze Einführung in die Geschichte von G7 geben und uns sagen, wie die ParEcon-Prinzipien angewendet werden?

Chris: Momentan werden die ParEcon-Prinzipien überhaupt nicht angewendet, weil sich G7 in einem Winterschlaf befindet. Wir machen gegenwärtig keine neuen Projekte. Wenn irgendeine Arbeit zu verrichten ist, ist da niemand außer mir. Doch zum aktivsten Zeitpunkt gab es fünf oder sechs Personen bei G7. Der springende Punkt, weshalb wir einen von ParEcon inspirierten Betrieb organisierten, war, dass wir alle zuvor in typischen Betrieben gearbeitet hatten. Ich z.B. habe, seitdem ich dreizehn war, immer in hierarchischen Betrieben gearbeitet, und ich hasste jeden dieser Scheißjobs, jede Person, die über mir stand und die gesamte Arbeit, die mir zugeteilt wurde. Das waren immer die Standardaufgaben, während andere Leute kreative Aufgaben hatten oder besser bezahlt wurden. Es verbiesterte mir die Aussichten auf die Arbeitswelt. Ich kam das erste Mal in Berührung mit dem ParEcon-Modell über die Leute, die den Mondragon-Buchladen in Winnipeg gegründet hatten. Es stieß bei mir ernsthaft auf Resonanz. Offensichtlich ließ sich das ParEcon-Modell nicht gänzlich in einem kleinen Betrieb, wie bei einem Plattenlabel oder einem Buchladen, umsetzen. Es ist dort nicht alles davon enthalten, wie z.B. die Iterations-Räte (Räte für kollektive Planwirtschaft) und andere Dinge, die in Michael Alberts Vision einer größeren Gesellschaft vorgesehen sind. Doch es war uns wichtig, zumindest die Kreativ- und die Durchschnittsarbeit auszubalancieren und Anstrengung und Aufopferung zu honorieren, während wir unser Bestes taten, jegliche Entwicklung von hierarchischen Strukturen zu unterbinden. Wir wollten die Struktur horizontal belassen, den Menschen die Verantwortung lassen und sie dauerhaft zufriedenstellen, so dass man das Gefühl hat, dass man Teil davon ist, dass man Teil der Kreativarbeit ist, dass man die Durchschnittsarbeit verrichten und versuchen kann, das Fundament des Betriebes zu stärken, ohne dass zu viel Spezialisierung in einer Person gebündelt wird und plötzlich Panik ausbricht, wenn einer mal abspringt. Jeder kann von allem ein bisschen tun. Das war für uns das Hauptziel, als wir nicht unbedingt das ParEcon-Modell übernahmen, sondern uns eher haben inspirieren lassen von dem, wozu Michael Albert und Robin Hahnel anregten.

· G7 verkündete vor Kurzem die Veröffentlichung der letzten Platte. Heißt das, dass das Projekt zu Ende geht? Oder gibt es Pläne für die Zukunft?

Chris: Wir werden noch im Februar oder März die nächste Propagandhi-Platte bei G7 rausbringen. Und wenn Derek, der andere Protagonist bei G7, nach Winnipeg zurückkehrt – er ist weggezogen und wohnt gerade 500 km entfernt von mir –, was in ein oder zwei Jahren der Fall sein könnte, dann werden wir das Projekt wahrscheinlich wiederbeleben. Es wird weitergehen, da bin ich mir sicher.

· Danke für das Interview.

Interview:
Holger Marcks (DA) & Timo Stollenwerk (Z-Net)

Das vollständige Interview findet sich auf: www.zmag.de.

Wo wir stehen

PropaGandhi, als eine Gruppe von Individuen, fühlt sich grundsätzlich Werten verpflichtet, die fundamentale Aspekte des anarchistischen Gedankens widerspiegeln. Als direkte Konsequenz der Tatsache, dass wir eine Gruppe von unterschiedlichen, frei denkenden Individuen sind, repräsentiert PropaGandhi jedoch keine singuläre, eingeschränkte Subkultur „linken" Denkens. Unsere individuellen Wünsche/Erwartungen, Wahrnehmungen und/oder Zynismen, hinsichtlich der Durchführbarkeit und Beständigkeit einer praktischen Anwendung anarchistischer Theorie, wurden im Arbeitskreis interner Diskussion(en) dargelegt, um sie weitestgehend zu kontrastieren. Dies ist der Grund, weshalb Anarchie kein Dogma darstellt. Anarchie bedeutet nicht Homogenität. Und PropaGandhi steht für keines von beiden.

Aus: How to Clean Everything (1993).

Die Band

Gründungsjahr: 1986 (Winnipeg).

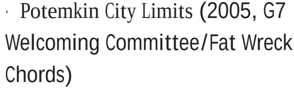
Bandmitglieder:
Chris Hannah (Gitarre, Gesang),
Jord Samolesky (Schlagzeug),
John K. Samson (Bass, Gesang; verließ 1996 die Band und gründete The Weakerthans),
Todd Kowalski (Bass, Gesang; seit 1996),
David Guillas (zweiter Gitarrist seit 2006).

Musik: Hardcore/Punk.

Sonstiges: Chris Hannah und Jord Samolesky gründeten 1997 das Musiklabel G7 Welcoming Committee.

Diskografie

- How To Clean Everything (1993, Fat Wreck Chords)
- Less Talk, More Rock (1996, Fat Wreck Chords)
- Today's Empires, Tomorrow's Ashes (2001, G7 Welcoming Committee/Fat Wreck Chords)
- Potemkin City Limits (2005, G7 Welcoming Committee/Fat Wreck Chords)



Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Der Sozialismus wird frei sein oder er wird nicht sein

Des letzten Rätsels Lösung: Rudolf Rocker, Theoretiker des freiheitlichen Sozialismus

Rudolf Rocker, der Mann mit dem komischen Namen war weder Komiker, noch Motorradfahrer, noch hatte er etwas mit Volksmusik zu tun. Dieser Mann, dessen 50. Todestag wir gedenken, hinterlässt bei Generationen von Menschen einen nachhaltigen Sinn für eine lebenswerte und glückliche Zukunft. Er war bis 1958 fast 40 Jahre lang die wohl bekannteste lebende Persönlichkeit einer weltweiten freiheitlich-emanzipatorischen Bewegung.

Die frühen Jahre

Der am 25. März 1873 in Mainz geborene Sohn eines Notendruckers kam als Vollwaise mit 14 Jahren in ein katholisches Erziehungsheim. Die dortige Strenge förderte seinen Hunger nach Freiheit, die Bücher von Bakunin und Most ließen den Volksschüler und Buchbinderlehrling zu einem revolutionären Sozialdemokraten werden, welcher sich schon bald der anarchistisch orientierten „Opposition der jungen" innerhalb der Partei anschloß. Vor der staatlichen Willkür floh Rocker 1892 nach Frankreich und 1895 nach London, wo er die nächsten 20 Jahre besonders unter den jüdischen TextilarbeiterInnen als charismatische und außerordentlich redebegabte Persönlichkeit anerkannt wurde, welche sich für die Einheit der Arbeiterklasse und gegen antisemitische Tendenzen erfolgreich einsetzte. Er war Mitorganisator des großen Londoner Textilarbeiterstreiks von 1912, Redakteur der bedeutendsten Londoner Arbeiterzeitungen.

Der erste Weltkrieg und Weimar

Zu Kriegsbeginn kam er, der Kriegsgegner, in ein britisches Internierungslager. Wer nun glaubte, dies würde seine Wirkungskraft zum erliegen bringen, sah sich getäuscht. Seine Reden und sein Einsatz einte die dort Gefangenen unterschiedlichster Richtungen, darunter sogar viele Deutschnationale, welche zum ersten Male in ihrem Leben einen Hauch von Freiheit und Gleichheit spüren konnten. Der Autodidakt Rocker sprach stets in möglichst einfachen Worten. Seine anspruchsvollen Texte verstehen Arbeiter wie Intellektuelle gleichermaßen, auf Deutsch, Englisch, Französisch und sogar Jiddisch. Mit dem Fall des deutschen Kaiserreiches im Jahre 1918 kehrte Rocker auf Einladung der syndikalistischen Gewerkschaft „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG) nach Deutschland zurück und baute sie mit auf, u.a. durch die von ihm verfasste Prinzipienerklärung des Syndikalismus. Im Jahre 1922 wurde unter Rudolf Rockers maßgeblichen Mitwirkung in Berlin die „Internationale Arbeiter-Assoziation" (IAA) in der Tradition der „Ersten Internationale" wiedergegründet. Rocker, welcher auch hier die Prinzipienerklärung verfasste, ist bis 1933 einer von drei Sekretären der weltweit bis zu mehrere Millionen ArbeiterInnen umfassenden IAA.

Letztes Exil

Im Jahre 1933 floh Rocker vor den Nazis in die USA. Im Vergleich zum Exil anderer Nazigegner kam ihm sein hoher Bekanntheitsgrad zu Hilfe. Rocker blieb im Exil für die durch Diktaturen und Kriege weitgehend versprengte weltweite Bewegung erste Kontaktstelle und Knotenpunkt für die Reorganisation. Vor den Nazis konnte er noch ein Manuskript retten, in welchem er alle seine geschichtsphilosophischen Gedanken zusammenfasste, und welches, in viele Sprachen übersetzt, in Deutschland im Jahre 1947 erstmalig unter dem Titel „Die Entscheidung des Abendlandes" erschien – heute „Nationalismus und Kultur". Der u.a. mit Emma Goldman, Max Nettlau, Alexander Berkman, Erich Mühsam und anderen weltbekannten AnarchistInnen befreundete Rudolf Rocker starb am 19. September 1958 im Alter von 85 Jahren in Crompond, Westchester County/USA.

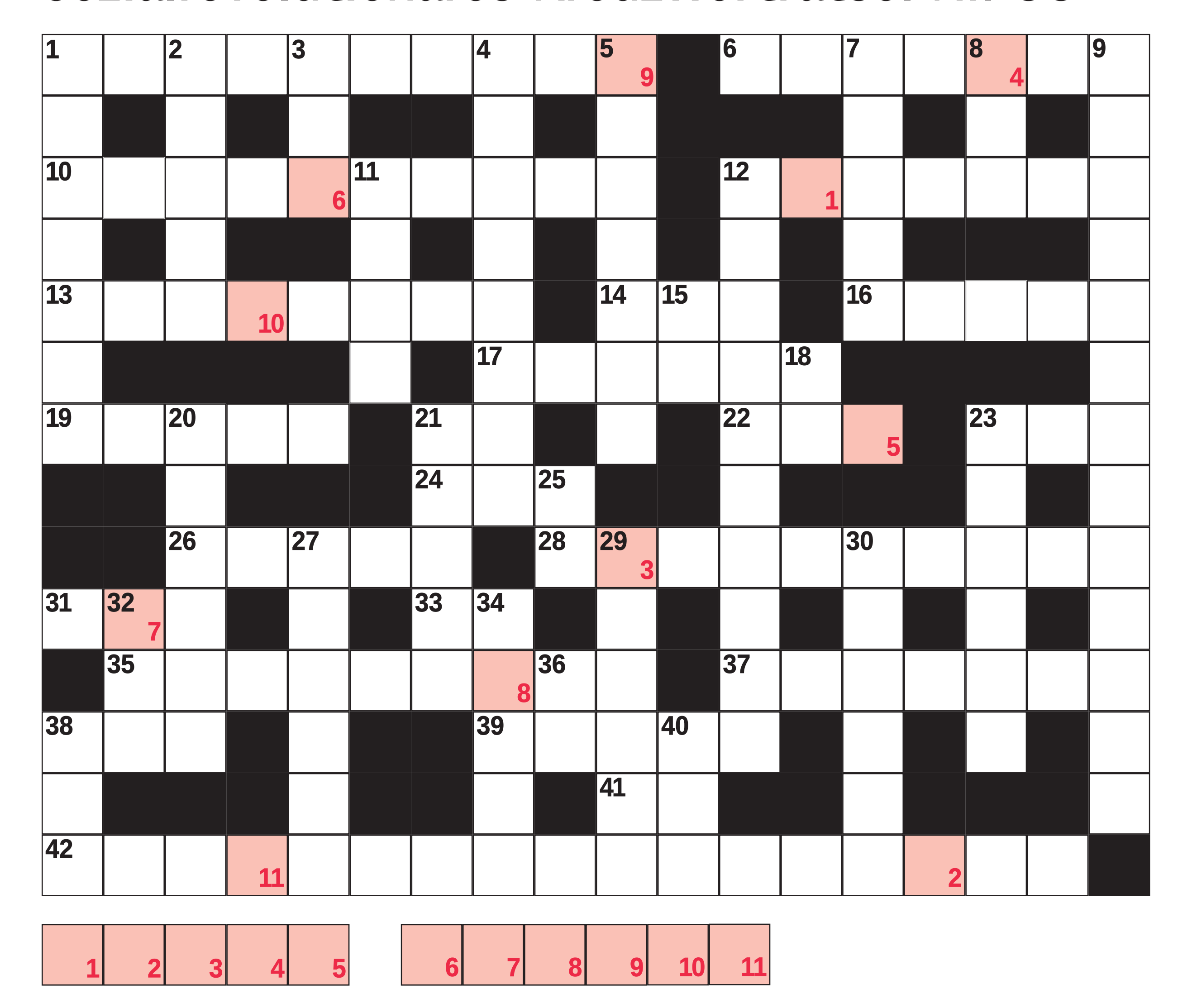
H. (FAU-Bremen)

Literatur:

Rudolf Rocker: Aus dem Leben eines deutschen Anarchisten, Frankfurt 1973

Peter Wienand: Der ‚geborene' Rebell. Rudolf Rocker – Leben und Werk, Berlin 1981

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 55



Waagerecht

1. Streikform, die trotz restriktiver Gesetzgebung in der BRD auch ohne Urabstimmung stattfinden darf(!) 6. lebhaft, unruhig 10. abgebaggertes Dorf in NRW, Synonym für den Abbau von Braunkohle im Tagebau; Protest und Widerstand der letzten Jahre haben kaum Erfolge gezeitigt 12. Zahnfüllungen aus diesem Material (einer Legierung mit großem Anteil eines giftigen Metalls) bekommen gesetzlich Versicherte über die Krankenkasse ohne Zuzahlung; für hochwertigere Füllungen muss man kräftig zuzahlen – Klassenmedizin! 13. republikanischer Diktator Frankreichs (1769-1821), hat halb Europa mit Krieg überzogen 14. umgeben von Okkupationsarmeen, erzreaktionären Weißen und taktierenden Bolschewiken wählte die Machno-Bewegung in der aufständischen Ukraine die kühne Losung: Freiheit oder ~ 16. Schlagwort für eine Hochschule, die mit reichlichen Forschungsgeldern ausgestattet die besonders erfolgreichen (d.h. oft von zu Hause aus gut abgesicherten) StudentInnen und WissenschaftlerInnen konzentrieren soll: ~-Universität 17. unersättlich, hemmungslos 19. Name verschiedener anarchistischer Gruppen im spanischsprachigen Raum: Amor y ~ (das zu suchende Wort bedeutet Wut) 21. fünfletzter + fünfter Buchstabe des Alphabets 22. Mitgründerin der anarchistisch inspirierten "Catholic Worker Movement" in den USA, Vorname: Dorothy (lebte 1893-1980) 23. Kfz-Kennzeichen für Bitterfeld 24. Frauenname 26. Alle ~ stehen still, wenn dein starker Arm es will 28. ironisierende Bezeichnung für ein Mitglied der sog. Blockparteien in der DDR 31. Motto pazifistischer Kundgebungen: "~ wieder Krieg" 33. Kfz-Kennzeichen für Dortmund 35. maoistisch geprägte Parteien, Bewegungen oder Aktivisten in Indien, die v.a. für die Rechte der Landbevölkerung im Südosten kämpfen 37. trotz des Sicherheitswahns unserer Tage brauchen die Einheimischen in manchen Ländern (US, Kanada, Australien) dieses lästige Dokument nicht 38. Verwaltungsbezirk in Nazideutschland 39. in Teeblättern enthaltenes Koffein 41. chemisches Zeichen für das häufigste in der Atmosphäre vorkommende Edelgas (ca. 0,93%) 42. unterste Schicht des Proletariats, der Marx jegliches revolutionäre Potential absprach.

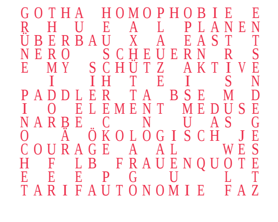
Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

1. "Eine immer offene Haustür / Ein Kind ohne Schlüssel / Ein Garten ohne Zaun / (...)" – Verse einer Liedermacherin/Dichterin aus der DDR, Vorname: Bettina 2. Politikberater und sog. "Wirtschaftsweise", Schwerpunkt: Rentenpolitik 3. eine Himmelsrichtung <Abk.> 4. Stadt in Mittelfranken 5. der rechtspopulistische Politiker Jörg Haider ist seit 1999 Landeshauptmann dieses österreichischen Bundeslandes 7. Vorstellung, die die Öffentlichkeit von einer Persönlichkeit, Firma usw. hat <engl.> 8. betrügerisches Reden und Handeln: ~ und Trug 9. Massentierhaltung plus Profitgier führen dazu, dass dieses Unappetitliche in die Regale kommt 11. Abscheu, Widerwille 12. Stadt im Osten Usbekistans, in der im Mai 205 bei der Niederschlagung massiver Unruhen mehrere hundert Menschen vom Militär und von Sondereinheiten des Innenministeriums erschossen wurden <eindeutschende Schreibweise> 15. englisch für "oder" 18. Abkürzung für den Staat Georgia, USA 20. franz. + engl. Schreibweise für "Büro" 21. größte Einzelgewerkschaft der Welt, die bei der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder in Arbeitskämpfen oft absolut lahm ist bzw. Kämpfe der Basis gerne abwürgt 23. wie ein Schaf schreien 25. Kfz-Kennzeichen für Aschaffenburg 27. riesiges, echsenartiges Fabeltier (oft Feuer spuckend) 29. gehört in jede Schulmappe und kann neben braven Zwecken auch für einen "Schwertkampf" dienen 30. medizinischer Fachausdruck für "Spalte", z.B. bei einem Einriss der Haut oder Schleimhaut, bei leichtem Knochenbruch (Haarriss) usw. 32. Frauenname 34. wasserlebende Unterfamilie der Marder 36. Ausruf des Staunens, Ärgers 38. Gewerkschaft mit ca. 35.000 Mitgliedern, die 2007 der Deutschen Bahn mit der Forderung nach einem eigenständigen Tarifvertrag den Kampf ansagte <Abk.> 40. der Schriftsteller Samuel Beckett (1906-1990) war einer, der Sänger Bono ist auch einer.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München). Gewonnen hat diesmal Malte H. aus Braunschweig.

Auflösung # 54





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstraße 28-30, 30167 Hannover, BRD
ViSdP: Holger Marcks
Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss
DA 190: 10. Oktober 2008